

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Versteht täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepatente Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Insetrate für
 die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonnabend, den 2. September 1899.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Augustburg, U. 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 100.— (darunter Freiheit 2., ameriz. Auktion 4,00, Ueberkauf von „W. J.“ 7,90), 4. Kreis (Ost) 1000.—, 6. Kreis (Wooabit) 250.— (darunter Alb. Weise, Weisfelstraße, 5.—), 8. Kreis (Kohlentaler Dorfstadt und Gesundbrunnen) 650.—, 9. Kreis (Wedding und Dramenburger Vorstadt) 800.—, 6. Kreis (Schönhauser Vorstadt) 350.— (darunter A. S. Müller 1.—, G. R. 5.—), Berlin, diverse Beiträge: R. B. P. S. 4000.—, Dr. L. A. 50.—, Rote Buchbinder Grünstraße 2.—, L. u. G. B. 10.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—, Roland 2.—, Chamissoplatz, Salomonstraße 11,50. Von einer Vereinerungsfeier, Eisenbahnstr. 21, 1,25. Arbeiter von Schuster u. Bar 10,30. Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei von R. Wading 15.—, Eisenwerkstatt P. u. S. 15.—, Breslau, v. d. Bertr. 300.—, Bamberg, Jüdelin Rohrbach 5.—, Bern 50.—, Braunschweig, 4. hannov. Wahlkreis Ostnabrück 15.—, Vornburg 10.—, Grunmützschan 200.— (darunter B.-t u. Fel. Garderobe 1.—, G. S. 5.—, Schlegel von H. d. R. 1,27, roter Geburtstag Leitelsheim 1,60), Döbeln, Hermanns 20,40. Delitzsch, Wahlkreis Delitzsch, Wahlkreis Delitzsch-Witterfeld 10.—, Eisenach, von Parteigenossen 15.—, Falkenberg Oberkahl 2.—, Forst i. d. L. v. d. Parteigenossen 200.—, Desgleichen durch J. S. 20.—, Frankfurt a. M., von den Parteigenossen 500.—, Frankfurt a. O., durch J. S. 15.—, Fürstentum, d. J. S. 10.—, Frankenthal, d. d. Bertr. 25.—, Gießen, Wahlkreis Gießen-Midda 25,10. Greiz, Wahlk. Reuth a. 2. 50.—, Gera, Wahlk. Reuth j. 2. 150.—, Gießen, E. K. 10.—, Großenhain, d. d. Vertrauensmann 40.—, Homburg, 2. Wahlkreis 2000.—, Hämelerwald, Ueberkauf v. Rachtwaldfest, „Solidarität“ 2,50. Gasthof H. Bremen, v. Parteigenossen 10.—, Heme, organisierte Schneider 5,60. Hannover 1000.—, Harburg a. E. 400.—, Herford, durch den Kreisvertr. von Herford-Halle 100.—, Hof i. B., Ueberkauf vom Volksfest 10.—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ im Monat August eingegangen 94,75. Hagen i. B., rote Hochzeit 1,50. Lübeck 400.—, Mainz, von den Parteigenossen 50.—, München, Waldläufer 5.—, New York, Dr. Romm 5.—, Oelenitz i. B., freie Sängere der roten Kindertafel bei E. B. 4,90. Ottensen, durch Rausen, 16. Kate, 10.—, Rudolstadt, o. einnamer Ausflug der Holzarbeiter 8.—, Stuttgart, W. 10. Welmar, v. d. Tischlern in Eiterberg 2. Bürttemberg 50. Volkmerhausen, von Parteigenossen 30. Würzen, zielbewusste Weber, d. R. 1.—, Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißensfeld-Ramberg 400.—

In der Quittung in Nr. 184 des „Vorwärts“ vom 9. August d. J. muß es unter Rilenberg nicht heißen: socialdemokratische Partei Niederbayerns, sondern: Nordbayerns.

Für 1899 sind noch folgende Beträge eingegangen: St. Louis, Brauer und Wälzerunion 42.—, Berlin, Butzbergstraße 10.—, Aus Deutsch-Südwest-Afrika durch W. Bod-Gotha 20.—, Schwerin i. Meckl., von den Parteigenossen 178,55. Summa 250,55. Dieser Betrag ist ebenfalls dem Unterstützungsfonds der socialdemokratischen Partei überwiesen worden.
 Berlin, den 1. September 1899.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Raybachstr. 9.

Die Massenaußsperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 31. August 1899.

Ein kapitalistisches Experiment.

Der sociale Kampf, welcher augenblicklich in Dänemark wüthet, hat sicherlich die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt auf dieses kleine Land gezogen. Und das mit vollem Rechte. Denn was hier in Dänemark vor sich geht, ist eine Generalprobe der modernen Kapitalherrschaft, um die „sociale Frage“ zu ihren Gunsten zu lösen — ein Experiment im Laboratorium der Weltmacht, darauf berechnet, die Arbeiterbewegung auf einem kleineren Gebiete zu vernichten, und dadurch den Kapitalisten in der übrigen Welt einen Fingerzeig zu geben, diese Erfindung auf dem internationalen Gebiete auszubehuten.

Die Aussperrung in Dänemark verdient aus diesem Grunde die größte Aufmerksamkeit überall, wo das Kapital und die Arbeit miteinander kämpfen.

Man muß sich zuerst erinnern, daß die Aussperrung jetzt über 50 000 Arbeiter umfaßt, von welchen gegen 2000 weibliche Arbeiter in den letzten Tagen hinzugekommen sind. Diese Zahlen auf die deutschen Verhältnisse übertragen, würde bedeuten, daß in Deutschland ca. eine Million Arbeiter angepörrt worden seien. Dänemark hat ja nur eine Bevölkerung von etwas über 2 1/2 Millionen.

Der Ackerbau und die Viehzucht bilden wohl noch jetzt die Haupteinkommensquelle des Landes, aber doch sind auch diese schon zu einem großen Teile industriell geworden (zum Beispiel die Molkereien und die Schlächtereien), und in den letzten Jahrzehnten hat die Industrie einen großen Aufschwung genommen. Etwas weniger als die Hälfte der gesamten Arbeitkraft wird jetzt in der Landwirtschaft beschäftigt, wohl ungefähr 40 Proz. Während der Teil der Bevölkerung, welcher in der eigentlichen Landwirtschaft beschäftigt wird, in dem Zeitraum von 1870—1890 nur um 12 Proz. zugenommen hat, ist im Gegentheil der Teil, welcher sich in der Industrie ernährt, um 43 Proz. gewachsen. Jetzt ist ungefähr der vierte Teil der Gesamtbevölkerung Dänemarks in der Industrie beschäftigt, und es herrscht ein stetes Wachstum, das sich mehr und mehr nach dem Muster des modernen Großbetriebs formt. Namentlich ist es die Hauptstadt Kopenhagen mit ihren ca. 450 000 Einwohnern, welche ganz die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebes zeigt. U. a. hat die Maschinenbauerei sich zu einer Branche von Bedeutung entwickelt. Das Handwerk weicht, wenn auch nur langsam, der Großindustrie, und in Kopenhagen sind ca. 62 Proz. der Arbeiter in solchen Betrieben beschäftigt, bei welchen mindestens 21 Arbeiter pro Betrieb angestellt sind.

Die Aussperrung ist ein Krankheitsphänomen dieser Entwicklung: ein Angriff des konzentrierten Kapitals auf die organisierte Klasse der Lohnarbeiter in Kopenhagen und in den Provinzstädten. Die Hälfte der hier beschäftigten Arbeiter sind auf die Straße geworfen. Die industriellen Betriebe in der Landwirtschaft sind von der Aussperrung nicht berührt, aber hier hat die Arbeiterorganisation auch nicht dieselbe Rolle gespielt, wie in den industriellen Betrieben der Städte.

Wie ist es nun zugegangen, daß das Kapital ein solches gefährliches Experiment macht, wie es die Aussperrung von mehr als der Hälfte der Arbeiter in den eigentlichen Industrie- und Handwerksbetrieben ist, und wie ist es zu begreifen, daß dieses Experiment nach einem nun schon 3 Monate dauernden Kampfe noch nicht gelungen ist?

Zur Beantwortung dieser Fragen wollen wir einige Mitteilungen über die dänische Arbeiterbewegung und über ihre Stellung innerhalb der socialen Entwicklung in Dänemark vorausschicken.

Die dänische Arbeiterpolitik.

Es war wohl die Niedermelung der Kommunisten in Paris, welche das Signal zum Eintreten der dänischen Arbeiter in die kämpfenden Reihen der Socialdemokratie gab, aber auf jeden Fall war dies nur möglich, weil die ökonomische Entwicklung eine solche Stufe erreicht hatte, daß die aufblühende Industrie sich neben dem früher allein herrschenden Ackerbau geltend machen konnte.

Das Signal kam aus Paris. Die Anweisung, den Kampf zu führen, wurde aus England mit seinen starken Gewerkschaften und aus Deutschland mit seiner socialdemokratischen Politik geholt. Diese beiden Strömungen sind in Dänemark nicht getrennt nebeneinander gelaufen. Im Gegentheil vereinigten sie sich zu einem Hauptfluß: der Arbeiterpartei. Eine jede Strömung befehlt nur ihre eigene Regie und ihre spezielle Leitung. Ihre Leiter dagegen waren sozusagen dieselben Männer, und durch die Errichtung der „Centralisirten Gewerkschafts-Verbände“ vor ungefähr zwei Jahren erreichte der gewerkschaftlich kämpfende Teil der Arbeiterklasse eine Organisation, wo die Kämpfe der einzelnen Branchen durch die gesamte Gewerkschaftsbewegung unterstützt wurden.

Deshalb gingen die Arbeiter aus den meisten Streiks siegreich hervor und in den bisher vorgekommenen Aussperrungen, welche gegen die größeren Branchen gerichtet waren, schlugen sie die Angriffe des Kapitals zurück.

Aber die Unternehmer folgten diesem Beispiele. Ihre bereits existierenden Organisationen wurden in einen gemeinschaftlichen Verein eingeordnet und dessen Hauptleitung wurde mit beinahe diktatorischer Macht ausgestattet. Die größten Kapitalisten erhielten hierdurch das Hand- und Fußrecht über die kleineren Industrie-treibenden und Handwerker. Diese fesselte man durch strenge Bestimmungen an den Verein: eine lange Kündigungsfrist beim Austritt, Nutzen in der Höhe von mehreren Tausend Mark usw. Und in blinder, dummer Furcht vor den socialdemokratischen Arbeitern gingen die kleinen Meisterlämmer unter die Vormundschaft der großen Kapitalistenwölfe.

Als der Unternehmerverein sich bis an die Zähne gerüstet hatte, faßte er den Entschluß, einen tödlichen Stoß gegen die Arbeiterbewegung zu führen. Man hatte mit Erbitterung die Erfolge gesehen, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren erreicht hatten und durch welche der Ausbeutungssucht der Unternehmer ein Ziel gesetzt worden war. Mit nicht weniger Erbitterung war die konservative und „gemäßigt-liberale“ Majorität der Unternehmer über die politischen Siege, welche die Arbeiter in Kopenhagen und den anderen Städten, wo die Industrie in den letzten Jahren einen starken Aufschwung genommen, errungen hatten, erfüllt. Alle größeren Städte wählten Socialdemokraten zu der Deputiertenkammer des Reichstags und die „Rechte“ war als Folge dessen abseuchlich im Rückgange begriffen.

In den achtziger Jahren gelang es der Rechten, eine Zeit lang politisch reaktionär zu regieren. Nun wollte man auch ökonomisch reaktionär gegen die moderne Opposition — die Socialdemokratie — vorgehen.

Die Aussperrung wird erklärt.

Am 24. Mai setzte der Unternehmerverein die große Aussperrung in Scene, indem er anfangs 30 000 Arbeiter über ganz Dänemark auf die Straße warf. Diese 30 000 Mann gehörten folgenden elf Branchen an: die Schmiede und Maschinenbauer, die Formner, die Maurer, die Zimmerleute, die Bautischler, die Klempner, die Maler, die Stuccateure, die Arbeitsleute, namentlich in den Baugewerken, die Maschinenfischer und die Arbeiter in den Sägewerken, sowie die Möbeltischler.

Bald darauf wurde die Aussperrung noch auf mehrere andere Branchen ausgedehnt.

Nur in einzelnen größeren Maschinenfabriken und einigen wenigen Werkstätten wurde die Aussperrung nicht erklärt — z. B. in den großen Maschinen- und Schiffsbauereien in Kopenhagen und Helsingör — aber gleich in der ersten Periode der General-Aussperrung war die Zahl der Aussperrten von 30 000 auf 40 000 gestiegen, und jetzt, in der 18. Woche der General-Aussperrung, ist diese Zahl über die 50 000 hinausgegangen, indem die Schneiderbranche, die Cementfabriken sowie einige andere Branchen vom Unternehmerverein die Ordre erhalten haben, zu schließen.

Aber wie verantwortete sich das Kapital wegen dieses seines Auftretens der Öffentlichkeit gegenüber?

Käuflichweise suchte man einen Grund zu dieser brutalen Handlungsweise. Aber dieser Grund wurde nicht im entferntesten vom Rechte unterstützt, was aus der folgenden Darstellung hervorgehen dürfte:

Wie zum 1. April 1899 sollte ein neuer Lohnzettel in der Tischlerbranche in Kraft treten. Nach langwierigen Verhandlungen war

man in Kopenhagen und auf den Inseln über einen solchen einig geworden, wogegen ein Teil jütländischer Meister unter der Führung eines Herrn Haslund in Hjørring den von den Meistern auf den Inseln anerkannten Lohnzettel nicht einführen wollte. Die Gesellen in sieben jütländischen Städten stellten deshalb die Arbeit ein.

Am 15. April wurde mittlerweile zwischen den centralisirten Gewerkschaftsverbänden und dem Unternehmerverein ein Abkommen getroffen, nach welchem die jütländischen Meister etwas weniger als die Meister auf den Inseln, aber etwas mehr als bisher bezahllen sollten. Diese Ausnahmestellung wurde ihnen eingeräumt, um einem weitergehenden Konflikt zu entgehen. Die jütländischen Meister wünschten jedoch, daß die Uebereinkunft einer Abstimmung sowohl zwischen den Meistern als den Gesellen in den jütländischen Städten übergeben werden solle; ein solcher Vorbehalt wurde deshalb der Uebereinkunft hinzugefügt.

Nun wiegelte der Tischlermeister Haslund und die von ihm inspirierte reaktionäre Presse die jütländischen Gesellen auf, das Uebereinkommen zu verwerfen. Man erzählte, daß die Gesellen unter den alten Bedingungen wieder in Arbeit treten sollten und man verhöhte sie, weil sie den „Arbeiterführern“ in Kopenhagen gehorchen wollten! Und wirklich gelang es, die Gesellen dazu zu bringen, die Uebereinkunft zu verwerfen. Sie hatten ja, ebenso wie die Meister, ein formelles Recht dazu, und die centralisirten Gewerkschaftsverbände hatten kein Recht, Zwangsmahregeln gegen sie zu ergreifen, obwohl man das Geschehene für sehr unklug hielt.

Die Verwerfung führte dazu, daß der Unternehmerverein mit einer Aussperrung in der Tischlerbranche drohte. Die centralisirten Gewerkschaftsverbände richteten deshalb am 25. April eine eindringliche Aufforderung an die jütländischen Gesellen, die Uebereinkunft gutheißen zu wollen, aber diese waren noch zu sehr dem Einflusse der reaktionären Presse unterworfen und verwarfen die Uebereinkunft mit 201 gegen 89 Stimmen.

Am 28. April faßte der Unternehmerverein den Beschluß, vom 2. Mai ab eine Aussperrung in der Tischlerbranche zu beginnen.

Die Situation war nun eine außerordentliche geworden. Die centralisirten Gewerkschaftsverbände beriefen deshalb auf den 6. Mai eine Sitzung sämtlicher Verbände der zu ihnen gehörenden Verbände ein und hier beschloß man, daß die jütländischen Gesellen aus geschlossen werden würden, wenn sie die Uebereinkunft nicht acceptieren wollten. Dieser außerordentliche Schritt wurde gethan, nicht weil die Uebereinkunft vom 15. April dieses erforderlich war, denn diese gab den jütländischen Gesellen das Recht zur Verwerfung, sondern im Interesse des socialen Friedens und der ruhigen Entwicklung. Am 10. Mai nahmen die jütländischen Gesellen eine neue Abstimmung vor und jetzt sagten sie sich:

Aber nun erklärte der Unternehmerverein die Uebereinkunft vom 15. April für aufgehoben! Ohne jedwede Verhandlung mit uns dehnte er am 18. Mai die Aussperrung auf die Sägewerke und die Maschinenfischereien aus und endlich am 18. Mai stellte er eine Reihe neuer Bedingungen als Grundlage für eine Verhandlung auf, wodurch die ganze gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter umgepörrt werden sollte, z. B. wurde verlangt, daß die Lohnzettel am 1. Januar (also mitten im Winter!) ablaufen sollten, daß die Vorstände nicht Mitglieder der Gewerkschaften sein dürften, usw. Alles dieses konnte die Leitung der centralisirten Gewerkschaftsverbände nicht einmal annehmen; unter allen Umständen mußten diese Forderungen erst auf den Kongressen der einzelnen Gewerkschaftsverbände verhandelt werden, und eine Debatte hierüber könnte leicht mehrere Monate erfordern.

Die centralisirten Gewerkschaftsverbände gaben am 18. Mai eine ruhige und sachliche Antwort; sie erklärten, daß zwischen den aufgestellten Bedingungen einige Sachen wären, um welche man verhandeln könne, andere Punkte seien unannehmbar, aber man erbot sich zu einer neuen Verhandlung über den Tischlerkonflikt.

Tags darauf, am 19. Mai, hielt der Unternehmerverein eine Generalversammlung ab. Im Laufe von 2 Stunden war man damit fertig. Es wurde beschlossen, die Aussperrung auf die oben erwähnten 11 Branchen auszudehnen. Man sandte den Zeitungen Mitteilung hiervon, aber unterließ es, die centralisirten Gewerkschaftsverbände oder die betroffenen Gewerkschafts-Organisationen davon zu benachrichtigen.

Das ist die Vorgeschichte dieses National-Unglücks, dessen weiterer Verlauf den Lesern bekannt ist. Niemand hat es sich bei einem gewerkschaftlichen Konflikt klarer gezeigt, wo die Schuld liegt, als hier. Die Arbeiter wollten den Frieden, die Unternehmer dagegen haben den Krieg gewollt. Oder wie ein liberales Blatt schrieb: Die Arbeiter haben konservativ gehandelt, die Unternehmer — die Großfabrikanten und Kapitalisten der Rechten — haben revolutionär gehandelt!

Für den Fernstehenden dürfte es unbegreiflich erscheinen, daß die dänische Produktion eine nun bald vier Monate andauernde Arbeitsperre von einer solchen Dimension aushalten kann.

Und daß im Lande eine Notlage herrscht, ist selbstverständlich. Eine Anzahl Konturte haben bereits stattgefunden, und viele andere werden in steigendem Tempo nachfolgen. Namentlich der gewerbetreibende Mittelstand ist in eine gefährliche Situation gebracht und die kleineren Meister werden dem Feldzuge des großen Kapitals zum Opfer fallen.

Aber in welchem Grade die Arbeitsperre ihren Einfluß auf die Produktion der dänischen Gesellschaft ausüben wird, kann noch nicht gesagt werden. Erst nach Jahr und Tag, wenn die offizielle Statistik vorliegt, wird es sich zeigen, welchen Abbruch die Aus- und Einfuhr von Waren erlitten hat.

Man muß sich dabei erinnern, daß die ausgesperrten Branchen — doch mit Ausnahme der Maschinenfabriken — solche sind, welche

nicht von der Konkurrenz des Auslandes bedroht werden. Häuser werden ja auf dem Weltmarkt nicht gekauft. Aber für die Maschinenfabriken gilt es wohl auch, daß das Auftreten der Kapitalisten unserer Ausfuhr, z. B. von Centrifugen, in einem bedeutenden Grade geschadet hat.

Aber die Folgen der Aussperrung werden doch erst später richtig an den Tag kommen. Die Arbeiterklasse, welche unter schweren Leiden und mit einer beispiellosen Ruhe für ihre Rechte gekämpft, wird wohl die Nachwirkungen der Aussperrung zu tragen haben, aber dafür hat der Kampf den Arbeitern die Anwendung neuer Mittel im Kampfe gegen das Kapital gelehrt, was sicherlich seinen Ausdruck finden wird in einer noch stärkeren gewerkschaftlichen Organisation als bisher, in ausgebreiteteren internationalen Verbindungen, in einer erhöhten Teilnahme am politischen Kampfe, sowie in der Errichtung von neuen Parteien auf kooperativer Basis.

Die Aussperrung wirkt noch immer, aber die Arbeiter stehen auch noch unüberwunden. Und diese Eintracht ist der schönste Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Verbrüderung die Wege ebnet für eine auf Freiheit und Gleichheit aufgebaute Gesellschaft.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September.

Die Aussperrung der Landräte.

Was das zweifelhafte Deutsch des gestrigen Erlasses noch im Dunkeln ließ, wird durch eine Extra-Ausgabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ klar gestellt: die beamteten Kanalgegner im Abgeordnetenhaus sind tatsächlich gemahregelt worden: 20 Landräte und zwei Regierungspräsidenten. Der offizielle Artikel handelt von den „Pflichten der politischen Beamten“ und lautet wie folgt:

„Das Staatsministerium bringt in einem Erlass vom 31. August ex. den politischen Beamten in eindringlicher Weise in Erinnerung, daß sie in ihrer amtlichen Stellung berufen und verpflichtet sind, die Regierungspolitik zu unterstützen und zu fördern, keinesfalls aber sich für berechtigt erachten dürfen, derselben Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Stundgebung wiederholt im wesentlichen nur diejenigen Grundsätze, welche auch bisher in Geltung waren und im Laufe der Zeit den Beamten in amtlicher Form mehrfach von neuem eingeschärft worden sind. Wie die Staatsregierung zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben und zur Durchführung der von ihr angeordneten Maßnahmen der willigen und eifrigen Sinesgabe seitens der Beamten nicht entbehren kann, darf sie auch nicht darauf verzichten, daß die zu unmittelbarer Vertretung der Regierungsbefehle, insbesondere in den Provinzen und Kreisen, berufenden höheren Verwaltungsbeamten in der Hauptsache der vom Staatsministerium vorgezeichneten Richtungslinie folgen. Diese Forderung ist um so unerlässlicher, wenn es gilt, für große und neue nationale Ziele, deren Tragweite die Allgemeinheit nur allmählich zu erkennen vermag, in der Bevölkerung Verständnis zu wecken und den Boden zu bereiten. Wer ungeachtet seiner Stellung als politischer Beamter diesen Aufgaben sich entzieht und gar noch die Regierungspolitik durch Verhinderung von Sonderbestimmungen oder partikularen Interessen erschwert, verstoßt gegen die Amtspflichten, zu deren Erfüllung er durch den Eintritt in den Staatsdienst sich bereit erklärt hat; sein Verhalten stände, mit allen Traditionen der preussischen Verwaltung im Widerspruch.“

Die Staatsregierung hat aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gelernt, daß die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß eine Anzahl politischer Beamten die Grenzen der politischen Betätigung, welche im vorgezeichneten Erlass erneut gewiesen worden sind, bewußt oder unbewußt überschritten hat. Die Staatsregierung hat über eine solche Aktion um so weniger hinwegsehen können, als es sich im vorliegenden Falle um Fragen handelt, die noch inmitten des Widerspruchs der Meinungen und des Zwiespalts der Parteien stehen, die daher einer aufklärerischen Tätigkeit und einer vorurteilslosen Haltung seitens der zu Trägern der Regierungspolitik berufenden Beamten ganz besonders bedürftig erscheinen. Unter den zur Zeit obwaltenden Verhältnissen entsprechen die betreffenden Beamten nicht in ausreichendem Maße in allen Beziehungen denjenigen hohen Anforderungen, die im Interesse des Dienstes und in Anbetracht der auf ihnen ruhenden Verantwortlichkeit an sie zu erheben sind. Die Staatsregierung hat sich daher entschlossen müssen, eine Anzahl politischer Verwaltungsbeamten mit Wartegeld einzuweisen in den Ruhestand zu versetzen.

Es mag hierzu bemerkt werden, daß die Staatsregierung bei ihrer Entscheidung selbstverständlich nicht die Stellungnahme der betreffenden Beamten in ihrer Eigenschaft als Landtags-Abgeordnete zu den Tagesfragen, sondern lediglich deren Verhalten gegenüber den besonderen Pflichten des von ihnen gegenwärtig bekleideten Amtes in Betracht gezogen hat.

Die vaterländische Gesinnung und das ausgeprägte Pflichtgefühl des preussischen Beamtenstandes werden, wie nicht zu bezweifeln, dazu mitwirken, in Zukunft Geschehnisse hintanzuhalten, die eben jetzt das Einschreiten der Staatsregierung notwendig gemacht haben.“

Ueber die Beweisführung dieses Artikels, der nur wiederholt, was der gestern mitgeteilte Erlass und die „Berliner Politischen Nachrichten“ ausgeführt haben, haben wir schon das nötige gesagt. Die Maßregelung ist verfassungswidrig, weil Abgeordnete für ihre parlamentarischen Handlungen nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Die widerliche Ausrede, die auch die „Berliner Korrespondenz“ versucht, die Disziplinierung sei nicht infolge der Abstimmung erfolgt, verstärkt nur die Zämmertlichkeit dieser großen Aktion. Die Regierung scheint selbst das Verfassungswidrige ihrer Handlung gefühlt zu haben und darum hat der von Hohenlohe unterzeichnete und im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Erlass mit gesittentlicher Zweideutigkeit es vermieden, auszusprechen, daß die Maßregelung bereits erfolgt ist.

Das Verfahren ist zudem innerlich unlogisch, weil es die parlamentarische Tätigkeit der Beamten nicht verbietet, — demoralisierend, da es die Beamten zu gefügigen Kommiss der Regierungsläune degradiert, — und schließlich — vom Standpunkt politischer Zweckmäßigkeit unkonfliktlich thöricht; denn es treibt nun wirklich zum Konflikt mit dem Junkertum und ruft außerdem den Unwillen aller anständig Gesinnten hervor. Die Niederlage der Regierung wird durch diese Aktion noch vergrößert. Nachdem sie immer nur gedroht und den Drohungen keine politische That hat folgen lassen, hat sie sich jetzt von dem Gebiet der Politik überhaupt zurückgezogen und sich auf das Feld persönlicher Verfolgung begeben. Auflösung des Landtags, Demission des Ministeriums, Wahlrechts-Kündigung, das wären politische Handlungen gewesen. Die verfassungswidrige Abstrafung einiger Beamten muß als persönlicher Rache-Akt der Regierung wirken, der mit politischem Handeln nichts mehr zu thun hat.

Oder wäre es doch Politik? Beabsichtigt die Regierung, durch eine Kraftprobe festzustellen, wer stärker ist: sie oder die Junkerschaft? Und hat sie darum das Mittel des Unternehmertums angewendet, das nach Kraftproben gegenüber dem Proletariat listern ist?

In der That, die Maßregelung bekundet eine Art Aussperrung. Die Landräte sind nicht entlassen, nicht pensioniert, sondern sie sind nur vorläufig ihrer Tätigkeit entzogen worden. Sie bleiben offenbar so lange ausgesperrt, bis sie sich unterwerfen, ihre Kanalbegeisterung entbieten und ihren erstarrten Kreisangehörigen als arbeitswillige Regierungsagenten mit feuriger Bereitwilligkeit predigen. Dann werden sie wieder Landräte und vielleicht sogar mehr. Ganz die Methode, mit der der Kapitalismus den Arbeitern Selbstbewußtsein und Selbständigkeit abzugewöhnen sucht. Freilich ist diese Aussperrung durch eine wesentliche Eigenschaft von den im sozialen Massenkampf geübten Zwangsmitteln unterschieden: der Regierungsunternehmer zahlt — wenn auch auf Kosten des Volkes — den ausgesperrten Wartegeld, d. h. die Landräte und Regierungspräsidenten beziehen ihr volles Gehalt weiter, ohne daß sie dafür etwas zu leisten haben.

Es wird ein interessantes Schauspiel werden, zu erfahren, wie sich die Junkerschaft gegenüber Praktiken benehmen wird, die das Proletariat tagtäglich in tausendfach schärferer Form zu erleiden hat. Was früher — zur Aufrechterhaltung des Staates — von den Konservativen immer wieder gefordert wurde, die slavische Unterwerfung der Untere Beamten unter den Regierungswillen — diese reaktionäre Auffassung wendet jetzt ihre Stacheln gegen ihre einstigen Prediger. Den Konservativen bleibt nun wirklich nichts übrig, als in die Opposition abzuschwenken und ihr Verhältnis zu den leitenden Gewaltigen zu revidieren.

Wir haben die Vermutung, daß das Ministerium Hohenlohe die Konsequenzen der Aussperrung nicht zu tragen vermögen wird. Die 20 Wartegeld-Märtyrer des Kanals werden sich als die Stärkeren erweisen. Es wird ein lustiger Krieg werden. —

Vertrauliches über die Notwehr der Landräte.

Wir sind in der Lage, folgendes streng vertrauliche Mitteilungsvertrauliches zu veröffentlichen, das einen interessanten Einblick in die nächsten Absichten der gemahregelten Verwaltungsbefehlshaber gewährt. Das Rundschreiben, das nach dem uns vorliegenden Exemplar bereits vor zwei Tagen versandt worden ist, lautet:

Streng vertraulich!

Hochverehrter Herr und Kollege!

Mit Entrüstung haben Sie bereits von dem unerhörten Attentat des Ministeriums Hohenlohe auf unsere verfassungsmäßigen Rechte erfahren. Eine Anzahl unserer bewährtesten und charakterfestesten Männer sind gemahregelt worden, weil sie nach Ehre und Gewissen ihrer Ueberzeugung gemäß im Abgeordnetenhaus gegen die Kanalvorlage gestimmt haben.

Zwar sind die Frauen und Kinder der von der Maßregelung betroffenen zwanzig Landräte und zwei Regierungspräsidenten gegen die unmittelbare Not geschützt, weil ihre Ernährer Wartegeld erhalten. Darum ist aber die Handlungsweise des Ministeriums Hohenlohe nicht minder verwerflich und unerträglich.

Wie aber sollen wir diesen Schlag begegnen, der uns in unseren heiligsten Empfindungen und höchsten Rechten bedroht? Es bleibt nur ein Mittel: Wir müssen uns solidarisieren mit den edlen Märtyrern des Mittelstandkanals erklären. Kein in den Traditionen des preussischen Adels erzogener Mann darf fürderhin dieser Regierung dienen.

So erwarten wir denn auch von Ihnen, hochverehrter Herr Landrat, daß Sie sofort die Arbeit niederlegen, selbst auch dann, wenn Sie bisher keine sonderliche Arbeit geleistet haben sollten. Die gemahregelten Kollegen haben mit anerkanntem Opferfinn den für die kräftige Durchführung dieses Aufstandes unbedingt notwendigen Ueberwachungsdiens übernommen. Zugunsten fernzuhalten, und wir glauben, daß mit Hilfe unserer ausgestellten Posten auch die schwächeren Charaktere, die Streber und Karrierejäger — nötigenfalls unter energischem Appell an ihr Ehrgefühl, und wenn das nicht hilft, unter Androhung gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykotts — zu ihrer Pflicht gerufen werden können.

Soften Sie von der Regierung kein Wartegeld erhalten, so sind bereits die nötigen Summen zur Verfügung, um Ihnen und Ihrer Familie während der Zeit des Kampfes eine standesgemäße Lebensführung zu ermöglichen. Streikarten sind auf unserer Geschäftsstelle erhältlich.

Jugleich teilen wir Ihnen mit, daß über sämtliche Ministerien die Sperre verhängt ist. Wir dürfen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten auch nicht mehr die unverbundenlichen gesellschaftlichen Höflichkeiten austauschen, geschweige denn, daß wir mit ihnen verkehren.

Selbst Sie uns, hochverehrter Herr Landrat, in unseren berechtigten Bemerkungen, so zweifeln wir nicht im mindesten, daß wir siegen werden. Die Annahme der Regierungsarbeitgeber muß gebrochen werden!

Durch Nacht zum Licht!

Daß die Solidarität der Verwaltungsbeamten! Nieder mit dem Ministerium Hohenlohe!

Das Organisationskomitee des Vereins

zur Wahrung der Interessen der höheren Verwaltungsbeamten.

Wir können den Herren, obwohl sie unsere politischen Gegner sind, das Zeugnis nicht verlagern, daß sie den richtigen Weg gewählt haben, um ihre Interessen zu fördern. Unsere verständnisvollen Sympathien begleiten sie, und sie können versichert sein, daß von unserer Seite keine Streikbrecher ihnen drohen. Uebrigens ein Glück, daß die Justizhausvorlage noch nicht Gesetz ist. —

Die katholische Heerschan.

Die Centrumsfedern preisen den Erfolg der Generalversammlung ihrer Getreuen in Reiffe. Den Nichten, den das Fernbleiben der Polen brachte, übertönt der Jubel von der imponanten Größe der Versammlung, von der Einstimmigkeit der Beschlüsse, von der Macht der katholischen Ideen. Wir sind sehr geneigt, den Gegner nicht zu niedrig einzuschätzen, da rechte Würdigung die rechte Bekämpfung bedingt. Dennoch erscheint uns der Glanz der katholischen Generalversammlung als eitel Flitter und Brunk. Der Erfolg kann nicht darüber täuschen, daß der großen katholischen Partei die innere geistige und ethische Kraft fehle, die allein Gewähr für Dauer und weiteres Wachstum bietet.

Schon äußerlich zeigt der Verlauf der großen Katholikentagen bedenkliche Symptome. Auf diesen Zusammenkünften giebt es keine Streitenden. Nach Vorchrist einiger Oberführer widert sich die lange Folge von Vorträgen und Resolutionen ab. Nirgend geraten die Geister aufeinander und die Einigkeit ist nicht die für politische Parteien so wertvolle Einigkeit in der Aktion, die aus erstem Ringen der Meinungen hervorgeht, sondern die Einigkeit der Stumpfen und Starren, denen die Unterwerfung unter feststehende Gebote die Fähigkeit, geistig zu kämpfen, erdrückt hat. So viel auch auf der Generalversammlung in Reiffe von der Not-

wendigkeit gesprochen wurde, daß insbesondere die Arbeiter herangezogen werden sollten — bisher ist kein Wort aus Arbeitermunde laut geworden, der Parrer und der Advokat, beide an Saläre wetteifernd, leiten die ganze Maschinerie an ihren Schürchen.

Und welche Politik geht aus dieser Maschinenarbeit hervor? Es ist eine geist- und principienbare Allerveltspolitik ohne festen Aufbau und inneren Zusammenhalt. Auch die Reifer Versammlung zeigte das Centrum als Partei der Versprechungen und Verleugnungen vor allen Bevölkerungsgruppen. Kommerzienräte und Kapitalisten, Agrarier und Bauern, Handwerker und Arbeiter, alles soll sich in dem alleinseligmachenden Schoße der katholischen Kirche zusammenfinden. Vom reichen Fabrikbesitzer bis zum einfachen Arbeiter, vom schlichten Landwirt bis zum Fideikommissbesitzer, ja bis zum Fürsten sei in aller Einigkeit zusammengewirkt worden — so rühmte in seinem Schlußwort Reichsgerichtsrat Dr. Spahn.

Ein Redner legte dar, was das Centrum alles für die arbeitende Landwirtschaft gethan habe, ein anderer pries die Verdienste der Partei um das Handwerk, der dritte um die Arbeiter und so fort. So will das Centrum entgegen dem Bibelwort vielen Herren dienen und nennt „Versöhnung der Klassen“, was in Wahrheit Verschönerung der Privilegien und Ungerechtigkeiten, Vernachlässigung der Armen und Leidenden ist. Wie deutlich zeigte sich dieser wirkliche Charakter der Centrumsfüttererei z. B. in den Vorschlägen für die Landbevölkerung. Da ward die ganze agrarische Flöte herabgespielt und mancherlei den Bauern versprochen, wie ja das Centrum seit je sein gerüttelt Maß Schuld an den Kornzöllen und sonstigen Viebesgaben für die Besitzenden auf dem Lande auf sich genommen hat. Wie aber steht es um die Landarbeiter? Was wurde ihnen verheißen? Wie soll ihrer leiblichen und geistlichen Not begegnet werden? Es sollen Vereine für ländliche Arbeiter und Diensthöfen errichtet werden — natürlich „auf christlicher Grundlage“. Das heißt: diese Vereine sollen die Aufgabe haben, die ländlichen Arbeiter „über die Vorzüge der ländlichen Arbeit vor der industriellen“ zu belehren und einen festen Damm gegen die Sozialdemokratie zu errichten! So wahrlich ist die vielgerühmte Versöhnung aller sozialen Klassen ein Leichtes: Den Besitzenden Förderung aller ihrer Eigenjucht, den Besitzlosen Belehrung über die Vorzüge ihrer Lage!

Diese saubere Politik wird schließlich in das Gewand des religiösen Bekenntnisses markiert. Das Christentum wird aus dem engen Kämmerlein auf den Markt geschleppt und lärmend angeboten. Es wird als Fundament gepriesen für alle politische Betätigung. Doch man mag die Grundsätze des Christentums noch so dehnen, eine Centrumpolitik kann nimmer vor ihnen bestehen. Selbst in der sozialen Gesetzgebung hat die Centrumpartei des Reichstags, der die Generalversammlung besonderen Dank ausspricht, ihre christlichen Grundsätze dadurch bewährt, daß sie vor den Wünschen des ausbeuterischen Kapitalismus jämmerlich kapituliert. Denn diese Partei hat nichts von jenem christlichen Wesen, das von einer anderen Welt sei, sondern sie strebt nach Macht und Ansehen, nach Aemtern und Ehren. Nicht einmal das Bewußtsein ihrer Antichristlichkeit hat sie bewahrt, indem sie stets bereiter für Militarismus und Vorbereitung scheußlicher Kriegsgreuel dem armen Volke schwerste Steuerlasten auferlegte.

Nicht christliche Ziele verfolgt das Centrum, sondern die Herrschaft der Kirche, des unfehlbaren Papstes, des Priestertums, dem die unmündige Menschheit die geistige Freiheit und Selbstständigkeit ausliefern soll. Auch in Reiffe trat der pfäffliche Widerwille gegen den frei sich entfaltenden Menschengest hervor. Man wetteuerte gegen die moderne Kunst, und nicht etwa nur die mancherlei häßlichen Begleitererscheinungen des Kunststrings unserer Tage wurden verdammt, sondern auch die reinste und größte Kunstschöpfung, sobald sie der Kirchenlust entflieht, ist den Dunkelmännern verhaßt, welche für Goethe die Denkmalehrung verteidigten. Selbst bis in die kleineren Fragen läßt sich die widerwärtige, einem freudigen Volkleben feindliche Art des Centrums verfolgen. Legationsrat a. D. v. Kehler — vorjähriger Centrumsanbidat in allen Berliner Wahlkreisen — bedauert und die Generalversammlung stimmt ihm einhellig bei, daß der Staat durch billige Sonderzüge die Entheiligung des Sonntags befördere.

Eine Partei solcher Art kann nur herrschen, so lange die Geister im Schlafe liegen. Noch weniger kann sie, wie Herr Trihorn forderte, neue Eroberungen machen; in Schlestien gerade, dem die Trimbörnische Anfeuerung galt, ist das Centrum auf dem Rückmarsch vor der vorwärts marschierenden Sozialdemokratie, welche die Geister erweckt und dem Bannschein frommer Gaukeleien enttreift.

Schließlich ist noch ein nicht uninteressantes Bekenntnis von den tieferen Beweggründen der Wallfahrer nach katholischen Kongressen getreulich zu vermelden; Herr Baumgarten aus München verriet, daß die nächste Generalversammlung der deutschen Katholiken nicht, wie vorgeschlagen war, in Berlin stattfinden soll, da es in diesem Sündenbabel „so viel zu sehen“ gebe, sondern in Bonn, von wo es bequem sei, die Pariser Weltausstellung zu besuchen.

Deutsches Reich.

Stimmen zur Aussperrung der Landräte.

In erster Linie interessiert es natürlich, wie sich die Konser-

vativen zu der Abstrafung ihrer Standesgenossen stellen. Die „Krenz-Zeitung“, die vor der That bei der Ankündigung der Maßregel sich sehr scharf gegen die Absicht gewendet hatte, hat bisher noch nicht das rechte Wort der Mühle gefunden. Sie druckte den „Reichs-Anzeiger“-Erlass ab, zuerst ohne etwas dazu zu bemerken und begnügte sich in der Abendnummer, auf die mangelnde Klarheit des Schriftstüds hinzuweisen. Die Regierung habe unzweifelhaft einen schweren Fehler begangen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, sagte am Freitagmorgen, ob diese „Herabsetzung des Beamtenums“ notwendig sei und wie sie auf Volk wirken müsse:

„Gewiß haben die Beamten die Pflicht, die ihnen bekannten Anschauungen der Regierung zu vertreten; sie können das aber nur, soweit sie ihnen bekannt sind, — und das ist bei dem Wechsel der Regierungsanschauungen nicht immer möglich. Gewiß sollen die Beamten die Durchführung der Politik der Regierung erleichtern, aber Eisenbahn- und Wasserstraßenfragen haben mit der Regierungspolitik nichts zu thun.“

Das Blatt fordert, daß der Beamte ein aufrechter Mann sein solle. Die Wirkung des Erlasses müsse vermindert sein. In ihrer Abendausgabe wiederholt die „Deutsche Tageszeitung“ gar die konstitutionellen Argumente, die — der „Vorwärts“ gestern dargelegt hat:

„Von dem Beamten zu verlangen, daß er in seiner amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit jede Maßregel der Regierung, jede von ihr vorgeschlagene Eisenbahn und jeden Wasserstraßenbau verteidigt und verspricht, ist ein Unling. Wenn man das aber that-

fächlich will, wenn der in der Morgennummer mitgeteilte Regierungserlass diesen Sinn haben soll, dann ziehe man die unerbittlich notwendige Konsequenz und verschlechte den Gesamtstand der Verhältnisse. Glaubt man wirklich, von ihnen fordern zu müssen, daß sie in jeder einzelnen Frage nicht ihre eigene Ueberzeugung, sondern die Meinung der jeweiligen Regierung vertreten sollen, so zwingt man sie zu einem offenkundigen Verfassungsverstoß. Daß irgend ein Mensch im Stande sei, seine freie Ueberzeugung sofort nach der Vorkunft der Regierung zu wechseln, ist undenkbar, und sollte es solche Leute geben, dann wären sie zum Amte eines Volksvertreters im höchsten Grade ungeeignet. Das Blatt weist auf den Fickzackkurs hin und erinnert die Regierung daran, wie in den letzten Jahren nicht bloß in kleinen, sondern in sehr bedeutenden Dingen die Anschauungen der Regierung gewechselt haben. Nach dem Wortlaute des Erlasses müßte jeder Beamte jeden solchen Wechsel sofort mitmachen.

Wir sehen mit Staunen, eine wie gelehrige Schülerin — socialdemokratischer Logik die „Deutsche Tageszeitung“ plötzlich geworden ist.

Der „Reichsbote“, das einzige konservative Organ, das nach dem Dortmund Reden seine Opposition aufgegeben hat, fragt jammernd:

„Was soll denn nun werden? Man kann der Regierung darin nur zustimmen, was sie über die „amtliche Stellung“ der Beamten sagt, muß ihr aber widersprechen, falls sie das Gefagte auf die Stellung der Beamten als Abgeordnete ausdehnt; und tief bedauern muß man es, wenn infolge dieses Erlasses die Beamten aus den Parlamenten fern bleiben müßten. Das kann weder die Regierung, noch die konservative Partei, noch das Volk wünschen.“

Diese hofpastorale Weinerlichkeit hat in der Junkerschaft kein Echo. Der „Reichsbote“ vertritt nur die kleinen Kreise der in Pfaffen demut ersickernden konservativen Opposition.

Die „Freisinnige Zeitung“ hebt mit uns das verfassungswidrige der Maßnahme hervor:

Gegen dies Vorgehen der Regierung muß auf das entschiedenste Einspruch erhoben werden. Die Maßregelung der konservativen Abgeordneten wegen ihres parlamentarischen Verhaltens ist ein Verstoß gegen die Verfassung und ein schwerer Eingriff in die parlamentarische Freiheit der Abgeordneten. Artikel 88 der Verfassungs-Urkunde für den preussischen Staat besagt, daß die Mitglieder der Kammer nach ihrer freien Ueberzeugung stimmen und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden sind. Art. 84 setzt fest, daß die Abgeordneten für ihre Abstimmung in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochene Meinung nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden können. Im vorliegenden Falle ergreift sich der klare Thatbestand, daß Abgeordnete wegen ihrer Abstimmung zur Rechenschaft gezogen worden sind.“

Sie hebt ferner hervor, daß die Wartegeld-Politik für die Steuerzahler sehr kostspielig ist, weil je zwei Landräte statt eines zu bezahlen sind, einer der Landwirt ist, und ein anderer, der es nicht mehr ist, aber wartet, daß er es wieder werden wird. Das gleiche gilt von den Regierungspräsidenten, die 12 000 M. jährlich Gehalt beziehen.

Die liberale Presse vom Schlage der „Königlichen Zeitung“ ist natürlich über das stramme Vorgehen hoch beglückt — sie hat in der ganzen Kanallampagne keinen anderen Ehrgeiz gehabt, als das möglichste Höchstmaß von Würdelosigkeit zu erreichen.

Er ist nicht müde! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Eine Auslassung der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt sich dieser Tage mit dem Befinden des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Dr. von Wiquel. Unter anderem hieß es dort, nach seiner eigenen Bekundung sehe der Minister „dem Zeitpunkt, da er seines schwierigen und verantwortungsvollen Amtes endlich entbunden sein werde, mit Sehnsucht entgegen.“ Aus dieser, möglicherweise auf eine gelegentliche, bei dem hohen Alter des Ministers leicht verständliche Keuperung zurückzuführenden Angabe sind in der Presse allerlei Meldungen über angebliche „Amtsmüdigkeit“ des Finanzministers und dergleichen entstanden. Daß von einer Amtsmüdigkeit des Ministers in dem Sinne, als ob er sich außer Stande fühle, den Anforderungen seines Amtes weiterhin gerecht zu werden, nicht die Rede sein kann, läßt sich unseres Erachtens schon aus dem Maße der Teilnahme des Ministers an den parlamentarischen Arbeiten der verflochtenen Session, nicht nur im Plenum des Parlaments, sondern auch in den verschiedenen Kommissionen, schließen.

Daß Herr Wiquel immer noch der arbeitsfähigste Minister der gegenwärtigen Regierung ist, daran zweifelt kein Mensch. Es fragt sich nur, ob er nicht wirklich die Lust verloren hat, weiter zu amtieren, namentlich seitdem die zum Weinen lustige Tragikomödie von den gemahregelten Landräten begonnen hat. Es muß doch kein Vergnügen sein, derartige Handlungen mit einem politischen Namen zu beden.

Geachtet. Graf Limburg-Stürm, der Führer der Konservativen in der Kanalfrage, ist von der — Hoffliste gestrichen worden. Es ist ihm also die Hoffähigkeit aberkannt worden.

Das Wartegeld. Ueber die einstweilige Versehung in den Ruhestand trifft das Gesetz vom 21. Juli 1882 betreffend die Dienstvergehen der nicht-richterlichen Beamten Bestimmungen. Nach dem § 87 dieses Gesetzes können „durch königliche Verordnung jederzeit die nachbenannten Beamten mit Gewährung des vorchriftsmäßigen Wartegeldes einstweilen in den Ruhestand versetzt werden: Unterstaatssekretäre, Ministerial-Direktoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Vizepräsidenten, Beamte der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten, Vorsteher königlicher Polizeibehörden, Landräte, die Befandten und andere diplomatische Agenten. Weiter wird in diesem § 87 bestimmt: Wartegeld-Empfänger sollen bei Wiederbesetzung erledigter Stellen, für welche sie sich eignen, vorzugsweise berücksichtigt werden.“

Eine Gewissensfrage. Im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen zweifellos eine Anzahl Reservelieutenants, die gegen den Kanal, also gegen die Interessen der Landesverteidigung gestimmt haben. Sind sie noch fäherlich würdig, dem edelsten der Stände anzugehören? Sind sie nicht moralisch zu militärischem Gehorsam verpflichtet und könnten sie nicht eventuell kriegsgerichtlich zur Verantwortung gezogen werden? Eben solche wird Antwort wissen.

Lassalle ein Führer der — Antisemiten. Zum Parteitag der deutsch-socialen Reformpartei, der vom 9. bis 11. September in Hamburg stattfand, hat der Antisemit Karl Lebermann, Hamburg-St. Pauli, den Antrag eingebracht:

„Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm folgende Forderung aufzunehmen: Lösung der sozialen Frage durch die freien individuellen Produktiv-Assoziationen der Arbeiter vermittelt Staatskredit nach den Prinzipien von Ferd. Lassalle als das unerlässliche Bedürfnis unserer Zeit und als eisernen Bestand der Initiativ-Anträge im hohen Deutschen Reichstage.“

Da sieht man, wie weit die Verjudung vorgeschritten. Selbst die Antisemiten begeben sich in die Geistesnacht eines Juden.

Von der preussischen Bergverwaltung. Auf recht seltsame Zustände in der preussischen Bergverwaltung des Saarreviers läßt eine Verfügung der Bergdirektion Saarbrücken schließen, die zwar als „geheim“ behandelt werden sollte, durch eine Zuschrift an die „Straßburger Bürgerzeitung“ aber ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wird. Seit dieser vom zuständigen Minister beauftragten Verfügung wird einer einzelnen privaten Firma des Saarreviers die Lieferung des gesamten Stamm- und Stempelholzes abzugeben, das für die Berg-

inspektionen des Saarreviers übertragen. Diese Lieferung im Werte von etwa elf Millionen Mark war bisher in Wege öffentlicher Ausschreibung unter ca. 20 Lieferanten verteilt und ist nunmehr für eine Reihe von Jahren der erwähnten Firma freihändig übertragen worden. Diese freihändige Uebertragung steht in direktem Widerspruch mit dem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 17. Juli 1885, welche grundsätzlich vordreibt, daß sämtliche in sein Ressort fallenden Lieferungen und Leistungen von über 1000 Mark in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden müssen. Durch das Verhalten der Saarbrücker Bergverwalter werden sowohl der Berg- wie der Justizminister, die Gemeinde- und Privatwaldungen wie zahlreiche Geschäftskreise in weitem Umkreis erheblich geschädigt. Dasselbe steht in diametralen Gegensatz zu dem von der Staatsregierung so oft und so pompös ausgesprochenen Grundsatz, daß der Mittelstand sowie der kleine Mann in dem ungleichen Kampfe gegen das Großkapital kräftig unterstützt werden sollen.

Begnadigt. Der „Lothringer Zeitung“ zufolge ist der Oberleutnant Schildmann, der am 9. Januar d. J. den Sohn des Pflanzbesizers Tillmann in Metz im Duell erschossen hatte und deshalb zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt worden war, jetzt nach Verbüßung von sieben Monaten seiner Haft, vom Kaiser begnadigt worden.

Ausland.

Liberalen und Socialisten in Belgien.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die Kammer hat diese Woche die Diskussion darüber fortgesetzt, ob der Gesetzentwurf, das Pluralstimmrecht durch das allgemeine zu ersetzen, zur Debatte gestellt werden soll.

In der Sitzung vom Dienstag hat der neue Minister des Innern, de Krooz, zu beweisen versucht, daß diejenigen, welche die Revision der Verfassung fordern, im Lande nicht die Mehrheit bilden. Uebrigens hat er erklärt, daß er den Census als Grundlage der Pluralstimmrechte bedauere. (Der Familienvater von 35 Jahren hat eine zweite Stimme, falls er 5 Frs. direkte Steuern bezahlt). Ein bemerkenswertes Zugeständnis!

Woeite, der Führer der anti-proportionalistischen Liberalen, hat eine außerordentlich heftige Rede gehalten. Sein Thema war: „Die Regierung zieht es vor, der Befragung einer liberalen Fraktion zu sein, als auf die Ratsschlüsse ihrer Freunde zu hören. Woeite ist für das Einstimmrecht und hält während dem Chef der Proportionalisten, Deernaert, der Vorsitzender der Kammer ist.“

In der Mittwoch-Sitzung hat Lorand, der Führer der liberalen, die für die Proportionalverteilung mit Pluralstimmrecht stimmen werden, Woeite entgegnet, daß ein Bündnis zwischen ihm und der Regierung nicht existiert. Dabei beging er die Ungeschicklichkeit, die Socialisten anzugreifen. Die Socialisten müßten die Proportionalverteilung aus dem schönen Grunde annehmen, damit die Regierung eine Majorität hat und nicht den Drohungen der Straße zu weichen braucht. Nun ist Lorand Korrespondent der „Aurore“ in Paris, und in einer Korrespondenz schreibt er der Regierung an, nicht zu weichen; denn das würde das Ende des parlamentarischen Regimes in Belgien sein, und die Herrschaft des Caesarismus bedeuten. Sie muß „den Sieg der Straße verhindern oder verschwinden.“

Dieser liberale Rat, sich um das Volk nicht zu kümmern, gefiel der socialistischen Linken natürlich nicht, und Wanderside geist in starken Ausdrücken den elenden Unfall dieses Mannes, der früher im Parlament und auf der Straße mit uns kämpfte — der im Jahre 1880 sogar bedauerte, daß der Zustand nicht noch heftiger war.

Die Pest.

Obvoto, 31. August. Heute wurde ein verdächtiger Krankheitsfall gemeldet. Der Ausbruch der lausnämischen Verehrung richtete an den König und den Gouverneur Eingaben, in welchen um Antwort auf die vorgebrachten Beschwerden gebeten wird. Einige Geschäfte in der Stadt sind geschlossen. Heute nachmittag verließ der Präsident der lausnämischen Verehrung vor einer großen Vollversammlung eine Verfügung der Regierung, durch welche Versammlungen verboten werden. Die Menge protestierte in lärmender Weise, Gendarmen zerstreuten dieselbe und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Pestkommission erklärte den Hafen Intou (Zing-he-Kau bei Kutschwang?) in der Mandchurei für pestverseucht.

Schweiz.

Zürich, 1. September. (Fig. Ver.) Während eine Reihe von Kantonsregierungen die vom Bundesrat im Auftrage der Bundesversammlung gestellte Frage: ob es wünschbar sei, die Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz zu erleichtern, verneinend, haben sie verschiedene andere bejaht. Darunter auch diejenige des Kantons Zürich. Neben Genf und Basel leben hier die meisten Ausländer, nämlich 70 300 auf eine gesamte Einwohnerzahl von etwa 420 000, d. h. rund 17 Proz.; in der Stadt Zürich kommen 48 000 Ausländer auf 180 000 Einwohner. Das ist ein arges Mißverhältnis und es war daher zu erwarten, daß sich die Züricher Regierung für die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern aussprechen wird. Im Kanton Zürich kostet heute das Staatsbürgerrecht für den Ausländer 200 bis 500 Fr. und das Gemeindebürgerrecht im Minimum 100 Fr., meistens aber 500 Fr. und hier und da noch mehr, so daß jeder Eingebürgerte mit Recht sagen kann: teures Heimath! Gewöhnlich kommt die Einbürgerung auf 900 Fr. zu stehen. Da vielleicht 90 Proz. der Ausländer Besitzlose sind, so erkennt der Regierungsrat auch in der Höhe der Einbürgerungsgebühren die Hauptursache, daß sich so wenige Ausländer um das Bürgerrecht bewerben, im Durchschnitt alljährlich kaum mehr als 200. Die Regierung schlägt daher eine Reduktion der Gebühr für das Staatsbürgerrecht auf 50 Franken vor, ebenso eine erhebliche Reduktion der Gebühr für das Gemeindebürgerrecht und endlich die Schaffung eines Rechts auf Einbürgerung nach einer gewissen Dauer des Aufenthalts, eventuell sogar auch die unentgeltliche Einbürgerung. Diese Vorschläge werden mit rechtlichen, politischen und militärischen Motiven begründet. Die Züricher Regierung wünscht aber, wohl in genauerer Kenntnis der erörternden Ungehörigkeit, mit der weite Volkstheile der Frage der Einbürgerung gegenüber stehen, daß da durch die geltende Bundesgesetzgebung Wandel geschafft werde.

Frankreich.

Oruel des Militarismus. Der „Matin“ veröffentlicht nach Dokumenten aus dem Kolonialministerium Einzelheiten über die Grausamkeiten, die sich die Mission Boulet-Chanoine hat zu schulden kommen lassen. Am 8. Januar wurde ein Eingeborener, der erklärte, den Weg nach dem Osten nicht zu kennen, auf Befehl Boulets enthauptet. Am demselben Tage ließ Boulet 20 eingeborene Frauen mit ihren Kindern, darunter Säuglinge, durch Langenlöcher niedermachen; er wollte ein „Exempel statuieren“. Ferner schloß Boulet einem Schützen, weil er mit seiner Munition verschwenderisch umgegangen war, eine Kugel in den Kopf. Um dieselbe Zeit brannte die Mission eine Stadt von 10 000 Einwohnern nieder, die einen Handelsmittelpunkt bildete. Ferner wurden zwei Krieger, die, weil sie nur mit Langen bewaffnet waren, nicht gewagt hatten, Eingeborene, die mit Pfeilen bewaffnet waren, zu verfolgen, auf Befehl Chanoine's ohne Urteil erschossen. Andere Blätter berichten, Boulet und Chanoine hätten sich die Hände der niedergemachten Eingeborenen bringen lassen, um die Zahl derselben festzustellen.

Serbien.

Belgrad, 1. September. Den zahlreichen hier eingetroffenen Zeitungs-Korrespondenten wurde bekannt gegeben, daß die Eröffnung

der Verhandlungen im Attentats- und Verschwörungsbrosch neuerdings auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Zahlreiche Offiziere und Beamten wurden teils ihres Dienstes enthoben, teils pensioniert.

Afrika.

Die Transvaalkrisis. Die Situation bleibt weiter sehr gespannt. Präsident Kruger berief den Raad zu einer geheimen Sitzung am Donnerstagsabend, um über Chamberlains letzte Depesche zu beraten. Staatssekretär Keiz besprach die Vorschläge Transvaals, welche Chamberlain in nicht formeller Form durch den britischen Agenten mitgeteilt worden. Chamberlains Antwort habe den Inhalt gehabt, daß, falls Transvaal solche Vorschläge mache, wie sie ihm mitgeteilt worden seien, dieselben ihrem Werte gemäß erwogen werden würden.

Ferner meldet das „Neuerliche Bureau“: In ihrer letzten Mitteilung an die englische Regierung erklärt die Regierung der Südafrikanischen Republik, falls ihre Gegenanschläge von England angenommen werden sollten, werde der Raad aufgelöst werden und nach erfolgten Neuwahlen in wenigen Wochen das neue Gesetz in Kraft treten. Der Zweck, welchen man mit dieser Handlungsweise verfolge, sei, von Südafrika einen Krieg abzuwenden, der die weittragendsten Folgen haben würde. Gleichzeitig spricht die Regierung ihre Ansicht dahin aus, daß die Bestimmung, wonach ein Aufenthalt von 7 Jahren zur Erlangung des Wahrechts erforderlich sei, genüge, den Bedürfnissen der neuen Bürger zu entsprechen.

Und aus Jangzibar wird vom 1. September telegraphiert: Der englische Kreuzer „Philomela“ und das Kanonenboot „Widgeon“ sind nach der Delagoa-Bai abgegangen.

Amerika.

Washington, 1. September. Die Vorschläge für die Marine weisen für das nächste Jahr eine beträchtliche Zunahme auf. Insbesondere werden 18 Millionen Dollar für die Vermehrung der Flotte, neue Schiffe und Trockendocks beantragt.

13. Parteitag der norwegischen socialdemokratischen Arbeiterpartei.

3. und 4. Verhandlungstag.

Montag und Dienstag wurden fast ganz von den Debatten eingenommen, welche den Vorstandswahlen vorausgingen. Hierher hatte Advokat Ludvig Meyer die Stellung als 1. Vorsitzender und als Chefredacteur zugleich inne und diese Posten hat er unentgeltlich verwaltet. Der Antrag der Opposition, daß die Posten getrennt werden sollten, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt und beschlossen, es dem Gesamtvorstande zu überlassen, event. einen besoldeten Chefredacteur anzustellen. Die hierauf vorgenommene Wahl ergab die Wiederwahl des Genossen Meyer mit 78 Stimmen. Gegen 11 Stimmen wurde hierauf eine Resolution angenommen, worin der Parteitag dem Vorstande für seine Thätigkeit dankt. Zu weiteren Vorstandswahlmitgliedern wurden gewählt: Vizepräsidenten Chr. Knudsen, Olaf Ström, Advokat Hazeland, Frau Anne Andersen, J. Johansen, Oskar Pedersen und Fel. Birgitte Helooren.

Nachzutragen ist noch die Resolution, betreffend die Einwanderungsfrage. Sie besagt, daß der Parteitag mit den Gesetzesvorschlägen einverstanden ist, soweit sich dieselben gegen Leute richten, die sich innerhalb einer gewissen Zeit krimineller Verbrechen schuldig gemacht haben, er protestiert aber ganz entschieden gegen ein Gesetz, welches geeignet wäre, fremde ehrliche Arbeiter unter Polizei-Aufsicht zu stellen.

Ueber die Frauenfrage wurde folgende Resolution angenommen: Zur besseren Agitation unter den Frauen und Mädchen wird der Parteivorstand ersucht, von einer oder mehreren Frauen Agitationsreisen vornehmen zu lassen, ferner werden die Frauenvereine aufgefordert, von Zeit zu Zeit für Frauen und Mädchen besondere Versammlungen einzuberufen.

Dem vom Parteivorstande vorgelegten Plan zur Gründung einer Arbeitergesellschaft behufs Uebernahme der Druckerei, in welcher das Partei-Organ gedruckt wird, spricht der Parteitag seine Sympathie aus.

Am ein besseres Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften herzustellen, wird beschlossen, daß zwei von den Gewerkschaften zu wählende Genossen dem Parteivorstande angehörenden sollen und daß andererseits zwei Mitglieder des Parteivorstandes dem Sekretariat der gewerkschaftlichen Landesorganisation angehören.

Gegen vorgeschlagener Zeit (man hat bereits einen Tag länger getagt, als ursprünglich angenommen wurde) werden die Punkte 6, das neue Jagdgesetz, 7., Gewerbegebühren und 8., Erhöhung der Zolltarife auf Lebensmittel, bis zum nächstjährigen Parteitage vertagt. Die Enderfassung des nächsten Parteitages wird dem Vorstande überlassen.

Hierauf schloß der Präsident den Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Partei-Nachrichten.

Ein Jubiläum. Unser Erfurter Parteiblatt, die „Tribüne“, kann auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde am 1. September 1880 begründet als Kopfblatt des früheren Leipziger „Wählers“ und erschien anfangs nur zweimal die Woche. Jetzt erscheint das Blatt täglich. An der Redaktion waren in den zehn Jahren nacheinander die Genossen Karl Schulze, F. Ed. Wehler, Waldenberg, A. Enders, Hülle, Rose, Leven, Klaus, Huth, Viertelarz, E. Wöhle, Ziegler, Coors, Heinrich Schulz, Karl Wöhle, A. Rudolph, Wappe und May beteiligt.

Von den Kämpfen, die das Blatt in dieser Zeit zu bestehen hatte, giebt die Strafliste seiner Redacteurs sprechendes Zeugnis. Es wurden über sie insgesamt 6 Jahre Gefängnis, 22 Tage Haft und 6300 M. Geldstrafe verhängt, wozu mehr als 7000 M. Prozeßkosten kommen. Eine Straffache gegen den Redacteur Genossen Rudolph schwebt noch. Es handelt sich um eine Wiedergabe der von uns gegen das Dresdener Ober-Landesgericht gerichteten Kritik, die vom hiesigen Gericht als eine berechtigte anerkannt wurde.

Troydem ist unser Druckerblatt kräftig emporgewachsen. Wir wünschen ihm ein ferneres gutes Gedeihen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Der Bürgermeister von Volkmarshausen (Kassel) genehmigt eine Volksversammlung „nur für hiesige Einwohner und nicht für auswärtige Personen“. Volkmarshausen scheint demnach sein eigenes Vereinsgesetz zu haben.

In Rennes.

Die Freitag-Sitzung wird um 6 Uhr 35 Min. eröffnet. Der Präsident läßt die über den Zeugen Dubreuil eingezogenen Erkundigungen verlesen. Aus denselben geht hervor, daß Dubreuil niemals Vertheidiger war und ein sehr ehrenwerter Mann ist. Auf seine Frage Dubreuil erklärt Drehfus, im Jahre 1887 hätten seine Beziehungen zu Frau Bodson aufgehört. Dubreuil erwidert, den genauen Zeitpunkt, an welchem dies geschehen ist, durch zwei ehemalige Bedienstete der Frau Bodson feststellen zu lassen. (Gelächter.)

Drehfus ist aufgebraut darüber, daß man von seinen persönlichen Beziehungen zu Frau Bodson spreche und versichert, daß er niemals irgend eine ausländische Persönlichkeit bei Frau Bodson getroffen habe; er ersuche, über diesen Punkt eine Untersuchung anzustellen.

Der nächste Zeuge ist der Jureiter des Millhauser Vertheidigers, Germain. Er sagt aus, er habe im Jahre 1886 das Pferd gestohlen, welches Drehfus bemitle, um den deutschen Kanonieren im Elsaß zu folgen. Später sei er im Bois de Voulogne Drehfus begegnet. D'Arzeville habe ihm gesagt: „Das war Lieutenant Drehfus.“

Der Präsident fragt Germain, ob er Drehfus wiedererkenne, was Zeuge mit Bestimmtheit bejaht.

Der Verteidiger Demange richtet an Germain mehrere Fragen nach seinen Vorstrafen.

Zeuge giebt zu, wegen Unterschlagung bestraft zu sein. Duesnach de Beaupaire zu kennen leugnet Germain.

Dreyfus giebt zu, bis etwa zu den Jahren 1886 und 1897, während er im Arcueil, im Polytechnicum oder in Fontainebleau war, jedes Jahr zwei Monate auf Urlaub in Mülhausen gewesen zu sein; er versichert jedoch, niemals offiziell oder offiziös den deutschen Manövern beigewohnt und ebenso wenig jemals mit einem deutschen Offizier gesprochen zu haben. Jedemal bei seiner Anwesenheit in Mülhausen sei er bei dem in Mülhausen kommandierenden General gewesen, um sich ihm vorzustellen. Dazu sei er verpflichtet gewesen. Dreyfus betont, daß das Manöverterrain in Mülhausen von keiner Bedeutung sei und nur der Garnison zu Uebungen diene.

Er sagt, im Jahre 1886 habe er, wenn er spazieren ging, die Regimenter manövrieren sehen können; aber weder 1886 noch 1887 habe er jemals, wenn er beritten war, mit deutschen Offizieren gesprochen. Er sei von ihnen auch nicht eingeladen worden, wie er auch mit ihnen nicht gesprochen habe.

Auf eine Frage des Präsidenten teilt Dreyfus mit, daß er in Mülhausen die Pferde seiner Väter ritt. Er erinnere sich nicht, Pferde Kaufmanns geritten zu haben oder mit diesem ausgeritten zu sein.

Der Pferdehändler Kaufmann aus Mülhausen, in dessen Diensten der Zureiter Germain stand, erklärt es in aller Form für unrichtig, daß er mit Dreyfus zu Pferde oder zu Fuß den deutschen Manövern beigewohnt habe.

Major d'Inzeville giebt sodann an, daß er im Jahre 1894 Germain kennen lernte, welcher ihm von einem Spazierritt des Dreyfus zum Zwecke der Beobachtung der deutschen Manöver erzählte. d'Inzeville fügt jedoch hinzu, er habe niemals gesagt, daß der Offizier, welcher ihnen im Bois de Voulogne begegnete, der Lieutenant Dreyfus sei, und zwar aus dem guten Grunde, weil er diesen gar nicht kannte. (Bewegung.)

General erwidert, er habe bestimmt geglaubt, daß d'Inzeville diese Vernehmung ihm gegenüber getan habe.

Kapitän Lemonnier, welcher mit Dreyfus zusammen die Kriegsschule besuchte, sagt aus, Dreyfus habe ihm versichert, er kenne sehr gut die Stellung, welche die Deutschen einnehmen würden, um einen Einfall im Ober-Elzass abzuschlagen. Dreyfus habe ihm die Position, welche sich westlich von Mülhausen befindet, mit dem Bemerkten erklärt, er habe sie eines Tages bestichtigt, als er den deutschen Manövern zu Pferde beigewohnt habe.

Dreyfus unterbricht den Zeugen mit dem Bemerkten, die Thatsache sei richtig, er habe jedoch nicht von deutschen Manövern gesprochen. Er habe in seiner Jugend die Position zu Pferde durchstreift, dieselbe sei übrigens auf einem anderen Punkte gelegen, als das Gelände, in welchem er den Manövern hätte beigewohnt können, es müßte bei dem Zeugen eine Verwechslung vorliegen.

Zeuge Wilson, der im Jahre 1894 in einem Berliner Hotel speiste, will deutsche Offiziere daselbst über Spionage haben sprechen hören. Einer derselben habe gesagt: „Wir erwarten den Mobilisierungsplan von Dreyfus“.

Der Polizeikommissar, der über die Abgänge in der Feuerwerkerschule zu Bourges Ermittlungen angestellt hat, sagt, nichts habe auf Dreyfus hingewiesen.

Lieutenant Bernheim, der in Rouen dem Eskadron Auskünfte gab, sagt, dieser Offizier habe sich anscheinend lediglich informieren wollen.

Der frühere Artillerie-Lieutenant Brühre sagt, er habe im Jahre 1894 im Lager von Chalons den Uebungen der Schießschule beigewohnt. Es sei für Offiziere leicht gewesen, das Geschütz 120 kurz in der Nähe zu sehen, da für dessen Ueberwachung keine besondere Maßregel getroffen war. Erläuterungen seien allen Offizieren geliefert worden. Zeuge bemerkt bei mehreren Schießübungen die Anwesenheit zahlreicher ausländischer Artillerie-Offiziere; er leip auseinander, daß das neue Schießreglement im Mai 1894 an die Batterien verteilt wurde; dann sei es auf der Regimentspresse abgedruckt worden und Offiziere wie Unteroffiziere konnten soviel davon haben als sie wollten. In anderen Regimenten hätten auch einfache Soldaten dasselbe haben können. Zeuge sagt ferner, daß er sein Schießreglement am 17. Mai 1894 einem Infanterie-Offizier mitgeteilt habe.

Hauptmann Leroux versichert, daß im August 1894 sich kein Geschütz 120 kurz im Lager von Chalons befand. Es eignete sich dann

ein lebhafter Zwischenfall.

General Roget fragt den früheren Artillerielieutenant Brühre, ob er nicht i. J. dem damaligen Kriegsminister Cavagnac in einem äußerst heftigen Brief seine Entlassung gab und hierin sagte, daß es eine Schande sei, im französischen Heere zu dienen. (Anhaltende Bewegung.)

General Deloye erklärt, daß er auf Wunsch des Ministers einen Bericht über die Angelegenheit abfaßte und daß dann der Präsident der Republik die Absetzung Brühres als Offizier der Landwehr verfügte.

Brühre versichert energisch, daß sein Brief einen anderen Sinn hatte, daß er nur gewisse Persönlichkeiten und nicht das ganze Heer im Auge gehabt habe.

Auf Verlangen Laboris wird bestimmt, daß dieser Brief dem Kriegsgericht unterbreitet werde.

Artillerie-Hauptmann Carvalho erklärt, es sei ziemlich schwer gewesen, sich ein Exemplar der Schießvorschrift zu verschaffen und die Berichte über das Geschütz „120 kurz“ seien im Kriegsministerium erst nach dem 1. Oktober 1894 eingegangen. Carvalho überreicht dem Kriegsgericht ein Exemplar der Schießvorschrift und fügt hinzu, daß man derselben in Deutschland keine große Bedeutung beilegte.

Labori verliest dann den Brief eines gewissen Corningue, in welchem dieser erklärt, er habe die Schießvorschrift im Zimmer des Agenten A. in Gegenwart des Agenten K. kopiert.

Auf eine Frage Laboris sagt Vicquart, er glaube, daß es sich um die Schießvorschrift von 1895 handelte. Er habe von dieser Angelegenheit im Jahre 1896 Kenntnis gehabt.

General Deloye bestätigt die Auslassungen Vicquarts.

Lauth giebt seinem Stamen darüber Ausdruck, daß Vicquart sich nicht genauer dieses Vorfalls erinnern und leugnet, daß er zu Corningue Beziehungen gehabt habe.

Labori fragt, ob Lauth damit sagen wolle, daß Corningue Geld erpressen wollte.

Der Vorsitzende weigert sich, diese Frage zu stellen.

Labori ruft dem Vorsitzenden zu: „Gehen Sie doch über alle unbequemen Fragen hinweg!“ (Bewegung.)

Es entspinnt sich hierauf ein lebhaftes Zwiegespräch zwischen dem Vorsitzenden und Labori.

Der Regierungskommissar Carrière beklagt sich lebhaft darüber, daß die Verteidiger jeden Augenblick zu sprechen verlangen, während man ihm immer das Wort verweigert.

Der Vorsitzende antwortet hierauf: „Still! Schweigen Sie!“

Der Artillerie-General Sebret äußert sich über das Vorderreau. Seiner Ansicht nach ist dasselbe das Werk eines Menschen von niedriger Bildungslage und die im Vorderreau vorliegenden Ausdrücke beweisen die sachliche Unwissenheit desselben. Wenn man das Vorderreau einem Offizier zuschreiben wolle, so könnte das kein Artillerie-Offizier sein, das beweisen die fehlerhaften Ausdrücke. Der General hebt sodann die eigentümliche Wendung „sans nouvelles“, welche man bei Esterhazy wiederfinde, hervor, und weist nach, daß die Note über Madagastar wenig Interesse für eine Note habe, für welche der übrige Teil des Vorderreaus von Wert war. General Sebret bemerkt weiter, das Ausland könne sich Auskünfte namentlich dann verschaffen, wenn ein neues Material in Frankreich eingeführt und in den Dienst gestellt wird und sagt seine Aussage in die formelle Erklärung zusammen, daß das Vorderreau nicht von einem Artillerieoffizier geschrieben sei. Der Zeuge erklärt schließlich, er werde in seinen Ausführungen bekräftigt durch die Uebersetzung von der Handschrift des Hauptmanns Dreyfus und spricht die Hoffnung aus,

daß durch das Wiedergutmachen des geschehenen Unrechts, wozu beitragen zu können er sich glücklich schätze, eine Verabfolgung der Gemüter eintreten und eine Aera des Friedens und der Einigkeit für das Land anbrengen möge. (Anhaltende Bewegung.)

Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht General Sebret auf Aufforderung Laboris seine Ansicht über das System des Hauptmanns Valerio aus, welcher der Theorie Vertillons zustimmt. General Sebret drückt sein Bedauern darüber aus, daß Hauptmann Valerio für das System Vertillons eintrete, das falsch sei.

Vertillon bittet ums Wort, welches ihm aber der Präsident Jonauski verweigert. Es wird darauf zur Vernehmung des folgenden Zeugen geschritten, nachdem Dreyfus erklärt hatte, daß er nichts zu sagen habe.

Artilleriemajor Ducros sagt aus, Dreyfus habe an ihn niemals Fragen über die Feldartillerie gerichtet, er habe sogar die Auskünfte gehabt, da das Kriegsministerium ihre Einführung abgelehnt hatte. Major Hartmann beantragt, für kurze Zeit die Oeffentlichkeit auszuschließen zwecks Prüfung gewisser Stücke.

Der Präsident fordert Hartmann auf, einstweilen über diejenigen Punkte anzuzugehen, bei denen der Ausschluß der Oeffentlichkeit nicht notwendig ist.

Major Hartmann erklärt hierauf, er glaube, daß das Geschütz, um das es sich im Vorderreau handele, das Geschütz „120 lang“ sei. Das Geschütz „120 kurz“ konnten alle Offiziere im Jahre 1891 kennen und die fremdländischen Offiziere, welche den Manövern beigewohnt, konnten es in Augenblicke nehmen. Major Hartmann sagt weiter aus, alle Artillerie-Offiziere jeder allgemeinen Kenntnisse von „120 kurz“, aber sein Verhalten während des Feuers und über die hydropneumatische Bremse haben, aber diese Kenntnisse konnten in gleicher Weise die fremdländischen Artillerie-Offiziere haben, namentlich hinsichtlich des Verhaltens während des Feuerns im Lager von Chalons im Jahre 1894. Was nun die detaillierten Kenntnisse betrifft, welche Gegenstand des Vorderreaus sein müssen, wenn es sich um „120 kurz“ handelt, so konnten diese nur einige Offiziere der Geschützfabrik in Bourges sowie die Offiziere der Prüfungskommission oder der dritten Artilleriedirektion haben; kein anderer Offizier, auch keiner aus dem Generalstab, konnte zu dieser Kenntnis gelangen, außer durch die oben genannten Offiziere. Hartmann weist sodann nach, wie leicht es war, sich diese allgemeinen Auskünfte im Jahre 1894 zu verschaffen, sei es durch Kenntnisse, die bereits vor dem Jahre 1890 zu erlangen waren, oder durch solche, die zum Beispiel im Lager von Chalons im Monat August gewonnen wurden. Der Urheber des Vorderreaus hätte demnach im Jahre 1894 nur eine Notiz geliefert, die er sich bereits im Jahre 1890 hätte verschaffen können.

Das weitere Verhör Hartmanns wird sodann auf morgen vertschoben und die Sitzung geschlossen.

Weitere Hausdurchsuchungen.

Freitag früh wurden zu Paris bei verschiedenen Personen, deren Namen noch nicht bekannt sind, Hausdurchsuchungen vorgenommen, die mit dem Komplott gegen die Sicherheit des Staates in Verbindung stehen und, wie es heißt, zu der Verhaftung des Letzters einer großen Vereinigung in der Provinz führen werden. Auch in Remes wurden bei dem Sekretär der Antisemiliga Petil und bei einem Kaffeehausbesitzer Hausdurchsuchungen vorgenommen; zahlreiche Papiere wurden beschlagnahmt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Steinarbeiter Berlins und Umgegend, die gestern, Freitag eine gut besuchte Versammlung abhielten, um zu den stattgefundenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt Stellung zu nehmen, beschloß nach einer lebhaften Beratung mit allen gegen 7 Stimmen die Forderung auf Einführung der allgemeinen Tageslohn-Arbeit aufrecht zu erhalten und den Vergleichsvorschlag des Einigungsamts abzulehnen.

Vor der Beschlußfassung haben die Kommissionsmitglieder auf alle eventuellen Folgen, die durch die Ablehnung des Einigungsvorschlages entstehen können, hingewiesen.

In der Diskussion sprachen sich fast sämtliche Redner, nachdem die Mitglieder der Kommission über die Verhandlungen und über die Situation des Streiks eingehend berichtet hatten, für die Ablehnung des Einigungsvorschlages aus. Alle diese Redner erklärten den Vorschlag insbesondere deshalb für unannehmbar, weil die allgemeine Einführung der Lohnarbeit, die Hauptforderung der Arbeiter, nicht zugestanden ist. Sie plädierten für die strikte Aufrechterhaltung des Streiks, und zwar so lange, bis von den Unternehmern die Befestigung der Accordarbeit bewilligt wird. Von den zu den neuen Bedingungen Arbeitenden wurde versprochen, daß sie noch einen größeren Prozentsatz von ihrem Verdienste als bisher abgeben werden, um die genügende Unterstützung der Ausschüßigen zu sichern. Ein Teil derjenigen, die zur Zeit in Arbeit stehen, haben sich bereit erklärt, anderen, bisher Streikenden den Platz zu räumen.

Achtung! Lederarbeiter! (Portierküller!) Der Streik in der Lederwarenfabrik von Sommer, Reichenbergerstr. 181, ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Posamentierer Berlins! Der Termin, an dem die Entscheidung über unsere Forderungen fallen soll, rückt immer näher, und die Unternehmer zeigen sich immer rathloser. Sie versuchen mit allen Mitteln, einzelne Kollegen breitzuschlagen und zeigen dadurch, daß sie sich durchaus nicht sicher fühlen! Kollegen! Halten an den Forderungen fest, überlasst alles der Lohnkommission! Halte fest zusammen, dann ist auf einen Sieg mit Bestimmtheit zu rechnen; Esay für streikende Arbeitskräfte ist nicht vorhanden. Rätheres in der am Dienstag Neue Nothstr. 3 stattfindenden Versammlung. Die Lohnkommission. J. A.: Fr. Berger.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Ebersfeld ist, entgegen den Meldungen bürgerlicher Blätter, noch nicht beendet.

Die Maurer in Offenbach sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen zehnstündige Arbeitszeit, 45 Pf. Mindestlohn und Abschaffung der Accordarbeit. Beteiligt sind 524 Gesellen. Drei Firmen mit 20 Gesellen haben bewilligt.

Im Leipziger Tischlerstreik sind noch 400 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen ausständig. In den neuen Bedingungen arbeiten bereits 618 Arbeiter und 5 Arbeiterinnen in 44 Betrieben. Die Scharfmacherei des Unternehmertums scheint demnach nicht auf besonders fruchtbareren Boden gefallen zu sein.

Ernieuernde Annahmen werden den Bergarbeitern des Blaueschen Grundes bei Dresden gestellt. Vor einigen Wochen streikten dort auf den Werken des Igl. sächsischen Kammerherrn Freyherrn v. Burgl die Förderleute. Infolge von Versprechungen nahmen sie die Arbeit nach zwei Tagen wieder auf. Jetzt will man sie, wie die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ mitteilt, bestrafen, wenn sie nicht ein Wittgeleit eingeben, worin sie diesen Schritt bereuen und um Strafbefreiung bitten. So werden die Arbeiter durch Kapitalisierern zur Empörung getrieben, die früher oder später ausbrechen wird.

Ausland.

Die Massenansperrung in Dänemark. Wie uns ein Privattelegramm aus Kopenhagen meldet, haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter auch gestern noch zu keinem Resultat geführt. Die Verhandlungen werden Montag fortgesetzt. — Der Kampf dauert also noch ununterbrochen fort. Die entgegenstehenden Meldungen bürgerlicher Blätter sind unrichtig.

An die streikenden Textilarbeiter in Brünn wurden nach der soeben veröffentlichten Abrechnung in Geld und Naturalien 88 569 fl. Unterstützungen gezahlt. In Naturalien wurden für 81 500 fl. gewährt.

Ausgeperrte Schuhmacher in der Schweiz. In Bruntz (Kanton Bern) sind 66 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Firma Rastoff u. Kohler, Schuhfabrik, ausgeperrt worden, weil sie eine Gewerkschaft gründeten und sich weigerten, dem Verlangen der Herren nach Wiederaustritt aus der Organisation Folge zu leisten. Das ist ein Fall des schlimmsten Fabrikanten-Terrorismus, auf den man auch in der Schweiz bei Ausbreitung der Organisation in neue Gegenden immer und immer wieder stößt. Auch in der demokratischen Schweiz blühen im Verborgenem noch viele Stummlinge, die ein depositories Gewaltregiment über die Arbeiter führen. Der eine Fabrikant, Droffard, ließ die Arbeiter einzeln ins Bureau kommen, um sie unter Drohung mit den Fingern zur Unterzeichnung folgender Erklärung zu zwingen: „Eintritt, den 28. August. Unterzeichnete erklären, daß das Schuhmacher-Syndikat und seine Vertreter sich gegen die Herren Rastoff und Kohler insofern und unhöflich verhalten haben und treten deshalb aus dem Syndikat aus.“ Der Fall ist ebenso interessant wie lehrreich, er demonstriert einmal klar und deutlich aller Welt, wie die verächtlichen Erklärungen von Streikbrechern oder von nichtorganisierten Arbeitern bei sonstigen Anlässen „freiwillig“ zu stande kommen.

Der Konflikt innerhalb der Gewerkschaften Englands, der, wie wir schon berichteten, in dem Ausflusse der Amalgamated Society of Engineers vom nächsten und abernächsten Gewerkschaftskongresse, verhandelt durch das Parliamentary Committee geprüft, hat einen recht eigentümlichen und unseres Erachtens heillosen Grund.

Die Maschinenbauer haben ihre Rivalen unter den Angehörigen verwandter Gewerbe. Dazu gehören die „Kooperativen Schmiede“. Diese streikten 1898 in einer Schiffswerft am Tyne, weil ein junger taubstummer Arbeiter, der eigentlich noch Beschäftigter war, aus Rücksicht auf seine Familie, deren Vater geblieben war, dort mit einer Arbeit betraut wurde und 12 Schillings wöchentlich erhielt, ein Lohn, der nur gelehrten Schmieden zukommt. Die Maschinenbauer hielten diesen Streik für ungerechtfertigt und ließen zu, daß ihre Mitglieder in die Stellen der streikenden „Kooperativen Schmiede“ eintraten, nach Auffassung der Schmiede als „Streikbrecher“. Dies geschah im März 1898.

Das ist der Grund des Ausschlusses.

Beim Nixdorfer Gewerkschaftskartell gingen für die ausgeperrten dänischen Arbeiter vom 26. bis 31. August folgende Beiträge ein:

Durch Bennetly, Hise Nr. 147 10,55. Durch Hartmann, Hise Nr. 143 1,80. Durch Th. Ködner, Hise Nr. 171 6,25. Nr. 198 5,55. Von den Rälern Nixdorfs: Hise Nr. 187 6,25. Nr. 192 6,95. Nr. 194 13,05. Nr. 200 9,25. Gekammelt in der Albmfabrik Wolger, Ritterstr. 22, durch Frau Driemann auf Hise Nr. 193 15,—. Vaudenolone Postenthal (Sankowitz), 2. Rate 3,20. Durch Rood, Hise Nr. 216 7,50. Durch Vorberg, Hise Nr. 213 16,70 (Jadrik Rothmann). Weitere Beiträge nimmt entgegen A. Nierich, Nixdorf, Steinmetzstraße 86, D. II.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leoben, 1. September. (W. S.) Im Beltveger Eisenwerk wütet ein großer Brand. Details fehlen noch.

Budapest, 1. September. (W. S.) Der Buchhalter Jerobis der ungarischen Gecompte- und Wechselbank, Filiale Hermannstadt, defraudierte 50 000 Gulden. Der Defraudant wurde verhaftet.

Prag, 1. September. (W. S.) Die „Korodni Ustn“ gestehen nunmehr zu, daß die Chancen der Deutschen im Steigen begriffen sind. Der Stat Ghlmedns (deine beim Kaiser durchgedrungen zu sein, und die Deutschen würden außer der Aufhebung der Sprachverordnungen auch die Demission des Kabinetts Thun als Draufgabe erhalten.

Paris, 1. September. (W. S.) Vor dem Schloß von Mambouillet fand eine große Demonstration der nationalitätlichen Frauen Frankreichs statt. Da denselben der Eintritt verwehrt wurde, wurden die Damen äußerst rabiat. Schließlich erhielten sie den schriftlichen Befehl, Frau Louvet werde ihrem Gemahl die Petition zu Gunsten Guérins überreichen.

Paris, 1. September. (W. S.) Der Kriegsminister hat die großen Herbstmanöver für dies Jahr abbestellt, angeblich, weil in dem Département, wo die Manöver stattfinden sollten, eine epidemische Krankheit herrschen soll. In politischen Kreisen will man dagegen wissen, daß die wahre Ursache die augenblickliche gefährliche innere Lage sei.

Paris, 1. September. (W. S.) Vor der Festung Guérins wurden heute die Mannschaften der Feuerwehr verstärkt, man glaubt jedoch, daß erst zünftliche Maßregeln nach dem Urteilsprüche in Remes gegen Guérin erfolgen werden.

Paris, 1. September. (W. S.) Der Ministerpräsident Waldeck-Roussieu empfing heute den Erzbischof von Paris, der um Schonung für Guérin bat, und hob hervor, wie sehr er diesen Versuch zu schätzen wisse, bemerkte aber gleichzeitig, daß die Regierung nur mit sich selbst zu Rate zu gehen habe über die Maßregeln, die sie ergreifen habe. Die Regierung habe Langmut und Geduld gezeigt, die vom Standpunkt der Neutralität aus gerechtfertigt seien, und die sich die Regierung angeheißt des rebellischen Verhaltens Guérins als besonderes Verdienst anrechne.

London, 1. September. („Frankf. Ztg.“) Nach einer Depesche der „Central News“ aus Shanghai hat der „Chai-Lyoh“ die Nachricht gebracht, daß im Hinterlande von Kiantshou ernste Unruhen ausgebrochen seien und ein Kampf stattgefunden habe, in welchem sechs Chinesen erschossen wurden. Der deutsche Gesandte Baron Ketteler habe ein Ultimatum an die chinesische Regierung geschickt und Sicherheit für Leben und Eigentum im Hinterland und Aufrechterhaltung der Ordnung verlangt. Andersfalls werde Deutschland Schritte thun, um seine Interessen zu schützen.

Brüssel, 1. September. (W. S.) Aus dem Kongostaat sind Nachrichten hier eingetroffen, daß bei einem Zusammenstoß zwischen Kongosoldaten und den eingeborenen Vatelos 25 Soldaten und 100 Eingeborene getötet wurden. Die Rebellen ließen sämtliche Bewehre in den Händen der Kongosoldaten.

Belgrad, 1. September. (W. S.) Die Untersuchung in der Angelegenheit des Attentats auf König Milan ist abgeschlossen. 16 Personen sind in Freiheit gesetzt worden; 20 Personen, darunter Paskich, Tanschanowitch, Oberst Nikolic und der Redacteur des „Objet“ Protisch sind im Zusammenhang mit dem Attentat wegen Hochverrats angeklagt. Mehr Personen sind wegen Majestätsbeleidigung den Gerichten überwiesen worden. Weitere Freilassungen sind nicht ausgeschlossen. Es verkundet, die Gerichtsverhandlung werde am Donnerstag beginnen.

New York, 1. September. (W. S.) Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus Santa Domingo ist die Regierung insolge Fehlschlages der Verhandlungen mit den Aufständischen bis nach der Wahl eines neuen Präsidenten in die Hände von Pedro Rejiso gelegt worden. Es bestehe indessen nur wenig Zweifel darüber, daß Jimenez bei seiner Ankunft die Präsidentenschaft erlangen werde.

New York, 1. September. (Meldung des „Reiterischen Bureaus“.) Nach einem heute hier veröffentlichten Telegramm aus Washington hat der Staatssekretär Hay den amerikanischen Konjul in Brätoria angewiesen, darüber zu wachen, welchen Einfluß die weitere Entwicklung der Dinge auf die Amerikaner und die amerikanischen Interessen haben werde, und für den nötigen Schutz derselben zu sorgen, falls ein Konflikt sie gefährden sollte.

Stimmungsbilder von der „Affaire“.

Ueber die Mittwoch-Sitzung, in welcher immer noch Sachverständige vernommen wurden, schreibt unser Berichterstatter aus...

Heute früh betrat man den Saal nur mit einer gewissen Furcht. Drei Sachverständige waren als Zeugen angeklagt. Man hat von den Sachverständigen genug. Seit Vertillon, seit dem komischen Trio Courard, Belhomme und Marinard, begiebt sich das Publikum nicht ohne Bangen an die Orte, wo diese Herren sprechen sollen.

Indessen die Sitzung erwies sich besser, als wir fürchteten. Die heutigen Zeugen waren keine feichten, ermüdenden Kleinigkeitsträger, sondern Gelehrte.

Der inympathische Direktor der Ecole des Chartes, Paul Meyer, Professor am College de France, vernichtet in übersichtlicher und scharfer Beweisführung Punkt für Punkt die Schlussfolgerungen der Sachverständigen des Generalstabes. Unbarmherzig zerpflegt er das System Vertillon. Wenn eine englische Jury über Vertillon ein Verdict abgegeben hätte, sagt er, so würde sie nicht zögern, ihn für geistesgestört zu erklären. Natürlich lacht man ein wenig auf Kosten Vertillons, der hinter den Generalen stehend in einer ungeheuren Altkammappe herumwühlt und einzelne Stücke sieberhaft in die Hände nimmt.

Mit philosophischen und moralischen Ueberlegungen entwickelt Paul Meyer dann die Psychologie der Affaire, und zeigt, daß Drehfus in keinem Fall das Vorderreau geschrieben haben könnte, als dessen Verfasser sich im Gegenteil Esterhazy selbst nennt.

Die Richter folgten der Darlegung des hervorragenden Professors mit außerordentlicher Aufmerksamkeit, und vielleicht zum erstenmale interessierte sich das Publikum, das allen Sitzungen beiwohnt, wirklich für das Zeugnis eines Sachverständigen.

Doch die allgemeine Aufmerksamkeit sollte auch durch die folgenden Zeugen gefesselt werden.

Molinier, Professor an der Ecole des Chartes, und sein Kollege Giry, Professor an der Hochschule, griffen träftig die Schlussfolgerungen der Sachverständigen des Generalstabes an, und zeigten ihre ganze Thörheit und Nichtigkeit. Ich will auf die Einzelheiten dieser so wichtigen und entscheidenden Bekundungen in Bezug auf die Handschriften Esterhazys und Drehfuss nicht eingehen. Ich will mich nur bei einem Zwischenfall aufhalten, der vom General Mercier hervorgerufen wurde, und der zeigt, wie weit die Leute des Generalstabes heute zurückgewichen sind.

Bei der Antwort auf eine Frage des Präsidenten Jonaus erklärte Molinier, daß die Schrift Esterhazys seit 1894 merklich verändert worden wäre. In diesem Moment trat Mercier hinzu, um den Präsidenten zu bitten, die Aussage Gierys vor dem Kassationshof verlesen zu lassen; in dieser erklärte der frühere Freund des Kommandanten Esterhazy, daß dessen Handschrift seit der Anzeige von Mathieu Drehfuss merklich verändert worden sei.

Im Saale entsteht ein Eindruck der Ueberraschung, und man fragt sich nach dem Beweggrunde dieser Genehmigung des Generals Mercier.

Auch auf der Bank der Verteidiger wird man unruhig, und Labori beantragt, eine Frage zu stellen.

Welcher Beweggrund, sagt er, leitet den General Mercier, der sich sicherlich weniger als Zeuge eingemischt hat, sondern um den Regierungskommissar zu ergänzen.

Und General Mercier antwortet, er wolle die Aussage Moliniers bestätigen, indem er bemerkt, daß Esterhazy seine Handschrift seit 1894, vielleicht schon früher, verändert habe.

Was soll das heißen? Bedeutet das einen Frontwechsel? Gestern stimmte er dem Oberlieutenant Cordier zu, um die Loyalität von Mathieu Drehfuss festzustellen, und er zerstörte konsequenterweise das lächerliche Märchen vom Syndikat. Heute scheint er die Zeugnisse stützen zu wollen, welche das Vorderreau Esterhazy zuschreiben.

Offenbar wird irgend etwas vorbereitet. Denn es wäre lächerlich, zu glauben, daß der Mercier, durch die Verhandlungen aufgeklärt und von Beweisen ergriffen, sich ansieht, eine öffentliche Ehrenklärung abzugeben. Man darf keine anständige Handlung von einem Manne erwarten, der, um der Verantwortlichkeit eines ersten Verbrechens zu entgehen, auf dieses andere Verbrechen gekauft hat.

Man muß sicher Misstrauen hegen. Uebrigens ist die Haltung der Generale und der Offiziere des Generalstabes seit zwei oder drei Tagen sehr wohl geeignet, unser Misstrauen zu verstärken. Sie treten auf den Gängen und in den Sälen des Speeums in Gruppen zusammen; Rogot ist beständig mit den offenkundigsten Lügnern von den Offizieren, die als Zeugen im Prozeß auftraten, im Gespräch, und es ist mehr als gewiß, daß er mit ihnen die Lügen präpariert, die sie morgen vorzubringen haben.

Diese Leute merken, wie die Anklage von allen Seiten zusammenstürzt, und wie von allem, was sie gesagt haben, rein nichts gegen Drehfus übrig bleibt. Sie suchen eine Rettungsplanke. Und überdies ist es ja länger, um so weniger möglich, zu leugnen, daß das Vorderreau von Esterhazy stammt; daher suchen sie, durch welche Umstände sie Drehfus trotzdem vernichten können.

Was jetzt benutzen sie zwei Mittel: Esterhazy zu einem Strohmännchen im Solde des Syndikats oder der Familie Drehfus zu machen; in diesem Falle würden sie behaupten, Esterhazy habe sich Mähe gegeben, die Schrift des Vorderreaus nachzumachen, um in einem gegebenen Augenblick sich an die Stelle Drehfuss' setzen zu können. Ich bemerke übrigens, daß Esterhazy seine Handschrift geändert hat, damit sie der des Vorderreaus nicht mehr gleicht.

2. Eine Frage der Mitschuld zwischen Drehfus, Esterhazy und dem Kommandanten Weil, dem früheren Adjutanten des Generals Cauffier, aufzuwerfen.

In beiden Fällen werden die Häcker des Generalstabes elend scheitern. Denn im ersten Falle wird die Verteidigung leicht beweisen können, daß die Briefe Esterhazys vor 1894 der Handschrift des Vorderreaus gleichen. Und im zweiten Falle wird leicht der Beweis zu führen sein, daß Esterhazy und Drehfus niemals Beziehungen hatten. Wollte man übrigens sagen, das Vorderreau sei von Esterhazy, doch habe dieser noch Dokumente von Drehfus, so würde die Anklage auch zusammenstürzen, da sie ja lediglich auf dem Vorderreau beruht.

Was die Generale auch thun, so sind sie überführt, und der Beweis, daß sie selbst das Bewußtsein ihrer Niederlage haben, besteht eben darin, daß sie jetzt nach dreißigtägiger öffentlicher Verhandlung nach neuen, noch unbekanntem Dingen suchen, um die Anklage zu fügen.

Einige unter ihnen verhehlen sich übrigens die Niederlage nicht. Man versichert, daß die Generale Voideffre und Villot mit einigen der wenigst bloßgestellten Offiziere gegen den General Rogot, gegen den General Mercier und gegen die Lauth, die Guignet, die Griselin anlämpfen, um die letzten Untritte aufzuhalten und nicht unheilbar alle Offiziere des Generalstabes zu vernichten.

Villot und Voideffre, welche die Partie verloren sehen, würden bereit sein, zum Rückzug zu blasen, und man versichert, daß ihr Zwischentreten es gehindert hat, einen weiteren falschen Zeugen gegen Drehfus, eine frühere Bediente der deutschen Gesandtschaft, Frau Bastian, vor das Gericht zu citieren.

Diese Frau, die eine Agentin des Generalstabes war, ist durch den Chef der Häcker nach Rennes gerufen worden, und hält sich, wie es scheint, bereit, Drehfus zerstückende Enthüllungen zu machen. Aber auch dieser Coup würde vergeblich sein. Denn die militärischen Zeugen haben uns selbst gesagt: Außer dem Vorderreau lag im Jahre 1894 nichts gegen Drehfus vor.

Uebrigens wollen wir abwarten und jetzt zu den Zeugen zurückkehren. Heute haben die berühmten Persönlichkeiten das Wort

Da ist Herr Picot, Mitglied des Instituts. Er erzählt uns eine sehr niedliche Geschichte. Eines Abends speiste er in einem befreundeten Hause mit dem österreichischen Militärattaché, dem Oberst Schneider. Dieser sprach zu ihm über die Beziehungen Esterhazys mit dem Oberst Schwarzkoppen. Nach Schneider hielt der deutsche Attaché besonders Esterhazy für einen Schuft, der ihm übrigens kein wichtiges Dokument lieferte. Daher strich er auch sein Gehalt.

Damals unternahm nun Esterhazy Schritte, um ins Kriegsministerium einzutreten, und er benachrichtigte den Oberst Schwarzkoppen, daß er im Begriffe stünde, dies zu erreichen, und daß er ihm dann auch bessere Schriftstücke würde liefern können.

Der deutsche Militärattaché hatte zuerst die Absicht, zu warten, und schrieb das famose Petit Bleu an Esterhazy. Dann befam er sich anders, indem er daran dachte, daß Esterhazy nach allem doch nur ein Menonmist und Verräther wäre, gerief das Petit Bleu und warf es in den Kamin. Von da kam es ins Nachrichtenbureau und wurde dem Oberst Picquart zugestellt.

Das ist also die Geschichte des Petit Bleu. Aber diese Geschichte ist nicht nach dem Gesandte Rogots, der sich anfählt und auf den Zeugenstand tritt, um zu versuchen, den Eindruck abzuschwächen, den sie auf die Richter gemacht hat.

Verlorene Mühe! Alles flürzt zusammen, alles weicht und das Zwischentreten des Generals Rogot verursacht selbst bei den Richtern nur ein Gefühl der Langeweile.

Man schließt diese Sitzung mit dem Verhör des Generals Delohe. Er wiederholt seine vor dem Kassationshof gemachte Aussage, jedoch mildert er die Ausdrücke und spricht ohne Haß und Heftigkeit. Man merkt, daß er sich anfangs von den Verdrehungen des Generalstabes hat mitreißen lassen, daß er ihnen aber nicht bis zu Ende folgen will. Er spricht im Ton eines guten Kindes, vermeidet es, Namen zu nennen, und will ersichtlich Drehfus zum mindesten nicht erdrücken.

Da General Delohe auch geheime Stände aus dem Ministerium über die hydropneumatische Bremse und die Fabrikation der Granate Robin beibringt, so beschließt das Kriegsgericht, die Stände in geheimer Sitzung zu prüfen.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. Hinsichtlich der Ordinarie der jüdischen Lehrerinnen hat das Magistratskollegium der jüdischen Schuldeputation zugestimmt, daß das Abkommen ihrer Anerkennung mit dem Schulkollegium genehmigt werde unter Vorbehalt des abweichenden grundsätzlichen Standpunkts der städtischen Verwaltung und der Betonung, daß das Abkommen auch nach diesem Abkommen nicht werden vermieden werden können. Vom Minister sind diese Verabredungen hinsichtlich der bereits angestellten und noch anzustellenden jüdischen Lehrkräfte an städtischen Schulen genehmigt worden. Mit dem gnädigen Vorgehen gegen solche Lehrkräfte, die sich weiter nichts als ihre jüdische Religion und Abstammung habe zu schulden kommen lassen, sieht es folgendermaßen aus: Es sollen im Ordinarie verbleiben oder wieder eingereiht werden: die drei jüdischen Lehrerinnen Fräulein Tobias, Weermann und Jastrow I, welche entsprechende Gesuche eingereicht haben —, „mit Rücksicht auf ihre langjährige und treue Dienstzeit“. Bezüglich der neu anzustellenden Lehrkräfte ist festgesetzt, daß die beiden bereits beschäftigten Fel. David und Manst mit Rücksicht auf ihre längere Dienstzeit ausnahmsweise zur Anstellung gelangen, sobald ihnen mindestens wöchentlich 8 Religionsstunden übertragen sind und mit der Maßgabe, daß diese Stunden bei geeigneter Gelegenheit auf 12 erhöht werden. Die Anstellung neuer jüdischer Lehrkräfte und die Uebertragung eines Ordinariats an dieselben soll auch in Zukunft nicht ausgeschlossen sein unter der Bedingung, daß die ministeriellen Forderungen in den beiden Erlassen vom 27. November 1895 und 14. Februar 1899 nachgewiesenermaßen erfüllt werden.

Die Projekte der beiden neuen Schulen über die Speere und dem Angergraben an der Museumsinsel hat das Magistratskollegium genehmigt. Dieselben sind auf 90 000 M. veranschlagt. Zum Oberlehrer für das Dorotheensädtische Realgymnasium ist der Lehrer vom Luisenstädtischen Gymnasium Kemzig vom Magistratskollegium gewählt worden.

Die Stadt Berlin soll sich an der Hundertjahrfeier der Berliner Technischen Hochschule durch Gewährung eines Kapitals von 100 000 M. an die Hochschule beteiligen und zwar sollen die Zinsen dieses Kapitals abzüglich zu zwei Stipendien zu 1500 M. Verwendung finden. Es sollen bereits weiter vorgebildete Schüler der Anstalt mit diesen Stipendien zu Studienreisen bedacht werden. Das Magistratskollegium hat beschlossen, hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Einem leitenden Erzieher im Waisendepot beabsichtigt der Magistrat anzustellen. Die Aufgaben, welche dieser Pädagoge zu erfüllen haben wird, sind im wesentlichen folgende: 1. Die obere Leitung der Erziehung der stiftungsmäßig im Waisendepot dancend zu erziehenden französischen Waisen; 2. die Leitung der für die vorübergehend im Depot untergebrachten Kinder bestehenden Schule; 3. die Leitung der im Waisendepot unterhaltenen Fortbildungsschule für die in hiesigen Pflegefamilien untergebrachten Weismädchen im 15. Lebensjahre. Der Erzieher würde in dem weiteren Ausbaue dieser Einrichtung ein besonders fruchtbares Feld seiner Thätigkeit finden, und soll daher in jeder der drei Klassen mindestens zwei Stunden erteilen. 4. Die Leitung der Sonntagserziehungsanstalt für schulentlassene Waisenkinder; 5. die Lehrunterbringung solcher schulentlassener Waisenkinder, für welche der Vormund nicht sorgt; 6. ebenso die Unterbringung der Mädchen in Dienststellen; 7. auf besondere Veranlassung die Prüfung der hiesigen Pflegefamilien für Waisen; 8. die Beratung der entlassenen Waisen auf deren Ansuchen. 9. Endlich würde der Erzieher bei der Auswahl der Pflegefamilien für die Depotskinder soweit beratend mitwirken, als er ihre Charaktereigenschaften kennen gelernt hat.

Die Stadtverordneten Spinola u. Gen. haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung erucht den Magistrat, durch Verhandlungen mit den zuständigen Staatsbehörden dahin zu wirken, daß das Gebäude des neuen Amtsgerichts Berlin-Weidling nicht in Reinickendorf, sondern im Berliner Stadtteil Weidling, möglichst an der Grenze des Stadtteils Gendarmenmarkt errichtet wird.“

Lokales.

Die Beerdigung unseres Kollegen August Jacoben erfolgt Sonntagvormittag nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde. Näheres wird in der Sonntagsnummer bekannt gegeben.

Die konfiskierte Beilage unseres Blattes, welche das Berliner Polizeipräsidium, den Untersuchungsrichter beim Amtsgericht und das Richterkollegium Heibel-Löw-Rürnberg vom Landgericht I zu überflüssiger Konfiskation eines Majestätsbeleidigungs-Prozesses verurteilt haben, ist uns nunmehr zurückgestellt worden. Der Polizeibeamte, der die schweren Zeitungsbullen herbeischleppte, hatte unser ganzes Beileid. Sicherlich haben auch die sonstigen Eigentümer von konfiskiert gewordenen Exemplaren der gefährlichen Beilage ihren Besitz zurückgehalten. Nun dürfen diejenigen unserer Leser, denen jene Beilage durch die Konfiskation entzogen wurde, sich dieselbe bei uns abfordern.

Das hygienische Museum in der Klosterstraße gehört zu jenen Sammlungen Berlins, die der großen Menge fast gar nicht bekannt sind. So oft man auch seine Räume durchwandert, man trifft nur wenige Besucher darin. Jedenfalls ist die unglückliche Verwechslung (Dienstags und Freitags von 10-12 Uhr) an diesem Unstand schuld. Es ist angebracht, daß man wenigstens noch den Sonntag freigebe und so das Museum auch den Arbeiterkreisen zugänglich mache, für die es immerhin ein nicht unbedeutendes Interesse hat. Seinen reichen Inhalt bilden Modelle und Gruppen aller hygienischen Einrichtungen, die für Industrie und Gewerbe, Oeffentlichkeit und Haushalt erfunden sind. Im Parterre findet man das Rettungswesen zur See in sehr interessanten Darstellungen geschildert. Die Hosen- und Strandanlagen, Leuchttürme, Loostenstationen usw. geben ein anschauliches Bild des Küstenlebens. Der Facharbeiter findet in der Abteilung „Schnupfvorrichtungen in der Industrie“ außerordentlich viel Belehrendes und laun an den Modellen der Wasch- und Bade-Einrichtungen für Fabriken, Arbeiterhäuser usw. erkennen, wie viel ihm selber in Wohnung und Werkstatt von all den schönen Dingen meist noch fehlt. Den Bergwerksbetrieb kann man an einem im Querschnitt dargestellten Bergwerk studieren. Allerliebste sind die Modelle eines Turmplatzes mit unzähligen kleinen Figuren, sowie die Darstellung einer Hutwäscherei und eines Kinderortes, eine Arbeit, die von Kindern selbst gefertigt ist. Ebenso sind reizende Miniaturdarstellungen der Adorfer Rieselfelder, der Breslauer Kanalisation und ähnlicher Anlagen ausgestellt. Plöbensee und das Hellengefängnis von Moabit kann man, obgleich es mit seinem hygienischen Wert sehr zweifelhaft steht, hier ebenfalls inwendig und auswendig studieren. Ein Zimmerchen ist ganz als Isolierzelle eingerichtet. Hochinteressant sind die Modelle unserer Irren- und Krankenhäuser, jedes ein Puppenhaus für sich, dem selbst die kleinen Hippchen in Kerzen, Wärter- und Krankentracht nicht fehlen. Der Feuerbestattung ist ein ganzer Saal gewidmet, ebenso der Schulhygiene. Ganze Räume sind zu Klassennummern eingerichtet. Die Baby-Anstaltungen, Wagen, Stühchen usw. werden die Frauen interessieren, wenigstens nicht die Proletarierinnen daran, was man so im allgemeinen für Kinderpflege nötig hält und wie wenig sie selbst sich bei ihren großen Löhnen von alle dem für ihre Lieblinge leisten kann. Daselbst lernt sie an den Einrichtungen für häusliche Hygiene, sowie an den Heiz-, Koch- und Bade-Anlagen usw. Jedenfalls ist für den, der Augen zum Sehen hat, im hygienischen Museum keine Sekunde verloren.

Für die Beurteilung des Fleischverbrauchs in Berlin sind auch die den Viehverkehr auf den Berliner Bahnhöfen betreffenden statistischen Zahlen nicht ohne Interesse. Für diesen Schlachtwiechverkehr hinsichtlich des eingeführten Großviehes kommt hauptsächlich der städtische Centralviehhof in Betracht. Der Empfang von Großvieh auf den anderen Bahnhöfen Berlins ist daneben verhältnismäßig unbedeutend. Die Hauptmasse des eingeführten Großviehes wird auf dem Centralviehhof abgeladen. Im Jahre 1898/99 waren dies 350 220 Stück. Seit dem Jahre 1894/95 war bis zum vorigen Jahre der Empfang von Großvieh ständig zurückgegangen. Im Jahre 1894/95 betrug derselbe noch 455 110 Stück, im folgenden Jahre schon 100 000 Stück weniger, genau 355 998 Stück; im Jahre 1896/97 fiel derselbe weiter auf 341 002 Stück und im Jahre 1897/98 auf 338 914 Stück. Erst im letzten Rechnungsjahre ist wieder eine kleine Steigerung, um 11 308 Stück, eingetreten.

Vom ehrsamem Handwerk. Das Submissionswesen wird wieder einmal durch größere Malerarbeiten beleuchtet, die in diesem Sommer die Eisenbahnverwaltung vergeben hat und die jetzt ihrer Vollendung entgegengehen. Es handelt sich um Bahnhöfe und Ueberführungen der Stadtbahn, deren Anfrisch einer Erneuerung bedurfte. Bei einem Loose — Leichter Bahnhof und Bahnhof Bellevue — betrug die höchste Forderung 8425 und die geringste 2687 M., beim zweiten — Bahnhof Jannowitzbrücke und Tiergarten — 6490 und 1655 M. Das erste Preislos umfaßte die Ueberführungen an der Jannowitzbrücke, Alexanderstraße, am Leichter Stadtbahnhof und an der Ladestraße beim Leichter Hauptbahnhofe. Hier verlangte der Höchstfordernde 8670 und der Mindestfordernde nur 3511 M. Keuchlich stellte sich der Unterschied beim zweiten Loose — Ueberführung am Bahnhofe Bellevue, an der Grolmannstraße und an der Kneipstraße. Ein Meister forderte 4300, ein anderer nur 1600 M. Noch größer war die Differenz beim dritten Loose — Ueberführungen hinter dem Bahnhofe Charlottenburg, in der Nähe der Rodenbahn Halensee, und auf der Straße beim Altonaerthor 12: 8000 und 3000 M. Den Zuschlag erhielten in allen Fällen die Mindestfordernden. Wie sie auf ihre Kosten kommen, ist eine andere Frage. Ein Meister wollte, als er den Zuschlag erhalten hatte, die Ausführung der Arbeit ablehnen. Er sah ein, daß er sich gränzlich verrechnet hatte, aber es war zu spät. Nach einer Ministerialverfügung muß der Zuschlag dem Mindestfordernden erteilt werden, wenn er leistungsfähig ist, das heißt, wenn er etwas zuzufügen hat. Ist das der Fall, und bei diesem Meister ist es so, dann ist der Mindestfordernde verpflichtet, den Zuschlag anzunehmen, und wenn er ihn dennoch ablehnt, so läßt die Eisenbahn-Verwaltung die Arbeit auf seine Kosten ausführen. Da es dann noch teurer wird, mußte sich der Meister doch wohl oder übel selbst an die Arbeit machen. Nach anders laut es in Altona. Dort sollte das Haltebuch des Bahnhofes gefertigt werden. Die höchste Forderung dafür betrug 26 224, die geringste nur 5927 M. Nun leistet die Rüstung für die Arbeit, die von Berlin geliefert werden muß, allein schon 4000 M. Der Meister erhielt aber, da ein schwerer Verlust bei diesem Angebot unabwendbar gewesen wäre, von Berlin kein Gerüst geliefert, und da Altona über Hamburg für derartige Bauten keine besten, so kann er eben die Arbeit nicht machen. Zwei oder drei anderen Meistern, deren Forderungen der geringsten am nächsten kommen, erging es ebenso. Die übrigen aber scheinen der Eisenbahnverwaltung zu teuer zu sein so ist denn die Arbeit, die im Frühjahr gemacht werden sollte, bis jetzt noch nicht begonnen und wird voraussichtlich zum nächsten Jahre noch einmal ausgeschrieben werden.

Das Polizeipräsidium hat der Allgemeinen Omnibus-Aktien-Gesellschaft die Erlaubnis erteilt, während der Dauer der am 3. September beginnenden Motorwagen-Ausstellung auf der Linie: Altonaer Platz—Hebemann—Wilhelm—Rue Wilhelms—Zuilen—Karlstraße (Ausstellungsgebäude) unter Erhebung eines Fahrpreises von 10 Pfennigen für die ganze Strecke einer Betriebes mit elektrischen Omnibussen einzurichten; auch darf die Gesellschaft auf dem Altonaer Platz eine Ladestation bauen. Die zulässige größte Geschwindigkeit ist auf 12 Kilometer die Stunde festgesetzt.

Der Aylverein für Obdachlose hatte im Verwaltungsjahre 1898 eine Einnahme von 452 028 M., darunter 393 918 M. Legate und 2000 M. Zuschuß aus städtischen Mitteln. Die Ausgaben betragen 49 545 M., davon für Unterhaltung des Panneraufhals 27 210 M., für das Frauenasyl wurden 5878 M. verausgabt. Der gesamte Vermögensbestand des Aylvereins stellte sich ultimo 1898 auf 671 313 M. — Seit dem Bestehen des Ayls bis Ende 1898 wurden 2 496 809 Männer und 461 245 Frauen aufgenommen. — An Wädern wurden 1898 im Panneraufhals 40 887 (im Vorjahr 40 280), im Frauenasyl 788 (803) verabreicht. Der Arbeitsnachweis wurde von 1260 Männern (im Vorjahr von 1897) demut. Im Berichtsjahre fanden 109 578 Personen im Panneraufhals und 10 148 im Frauenasyl Unterkunft. Unter den Aufgenommenen befanden sich 506 Kinder, darunter 66 Säuglinge.

Nachklänge zum „Prozeß Zietzen“. Der Schriftsteller Gustav Landauer hat die ihm im Prozeß Zietzen wegen Beleidigung des Polizeikommissars Gottschall zubilligte sechsmonatliche Gefängnisstrafe in Strafgefängnis Tegel angetreten. Auch der Redacteur des „Armen Konrad“, Richard Ruppert, hat sich zur Verbüßung einer zweimonatlichen Strafe in Tegel gestellt.

Die Papierkörbe in den städtischen Parkanlagen sind jetzt in den verschiedensten Mustern vorhanden, viereckig und rund, aus Holz, aus Seidengewebe, aus Draht und aus Eisenstäben. Bemerkenswert sind leider immer noch wenig — ansehnlich, weil sie zu spärlich verteilt sind. Die von der Parkverwaltung angestellten Papierfahnenfrauen treten nach wie vor des Morgens um 6 Uhr mit ihrem Holenstock an, um anzufahren, was achtlos Leute am Tage vorher weggeworfen haben. Im Hochsommer, wo die Parkanlagen am meisten besucht sind, müssen die Sammlerinnen ihren Rundgang mehrfach im Laufe des Tages wiederholen.

Die große Herbstparade ist gestern unter den üblichen Verkehrsstörungen abgehalten worden. In liberalen Blättern erlöst das geivohle Klage über die Unannehmlichkeiten, die der Bürger dieserhalb auszustehen habe. Und will scheinen, daß solche Beschwerden inkonsequent sind, wenn sie von Leuten kommen, die an der Parade des Kriegsbeeres so großen Gefallen finden, gerade so, wie es inkonsequent ist, wenn der Paradebumler, der hier in tausenden Exemplaren umherläuft, sich etwa über polizeiliche Mißhandlungen beklagt.

Eine Generalversammlung der Krankenkasse „Hilfe“, welche jetzt durch die Verhaftung ihres Angestellten Urban von sich reden macht, wird, wie gemeldet wird, am 12. September stattfinden. Voraussetzungen sind die Affaire Urban bei dieser Gelegenheit besprochen werden. Der Angeklagte hat dem Vernehmen nach in der Untersuchungshaft seine Straftaten bereits eingestanden. Er ist übrigens im Nebenamt nicht Angestellter der Versicherungsanstalt „Hilfe“ gewesen, sondern er war lediglich im Bureau eines Generalvertreters der Gesellschaft thätig, so daß dieser den Schaden zu verantworten hat. Die „Hilfe“ selbst bleibt hiervon unberührt.

Ein Theaterdirektor als Hochstapler gesucht. Als Direktor des deutschen Gesamt-Gesellschafts in Berlin gab sich im Juli d. J. in Stargard i. P. der Kaufmann Paul Klein aus Berlin aus und kaufte das dortige Theater- und Konzerthaus, dessen Aufführung am 16. August geschehen sollte. Dem Leiter des Theaters, Herrn Schuster, erklärte der Käufer auf die Frage, wo sich denn sein Personal befinde, daß dasselbe augenblicklich in Wiesbaden und anderen Seebädern gastiere. Sie sich jetzt auf Grund eingehender Recherchen herausgestellt hat, ist Klein ein raffinierter Hochstapler, der noch nie schauspielerisch wirkte, auch keinen Pfennig Geld besah und sich auf Grund seines „Kaufvertrages“ ein gutes Leben zu verschaffen wußte. Er ließ sich unter anderem auch Visitenkarten anfertigen, auf der die stolze Prämie prangte: „Besitzer und Direktor des Stargarder Stadt-Theaters“, und erwanderte sich durch Präsentierung derselben verschiedentlich recht ansehnliche Geldbeträge. Als ihm in Stargard der Waden unter den Füßen zu heiß wurde, packte er schleunigst seine Koffer und verschwand auf Kümmerwiedersehen. Jetzt fahndet die Staatsanwaltschaft mittels Stedorfieser auf ihn und glaubt, daß der Flüchtling identisch sei mit einem Menschen, der in letzter Zeit wiederholt Gasthöfe und Hotels aufgesucht hat, um dann plötzlich nach Verübung von Diebstählen und Beleidigungen spurlos zu verdunsten.

Auch eine Wahrung der ärztlichen Standeswürde. Keines Konvents bedarf ein Vorkommnis der letztverflohenen Tage in Berlin W., über welches der Zahnarzt E. Lazarus in Ren-Weihensee in der „Jahresärztlichen Rundschau“ folgende Mitteilungen macht:

Ein etwa zehnjähriges Mädchen hatte heftige Zahnschmerzen und klagte dies seiner Großmutter. Diese begab sich mit ihrer Enkelin zu einem Zahnarzt, ließ dem Kinde den kranken Zahn ausziehen und bezahlte die geforderten 2 M. dafür. Bald darauf stellten sich bei dem Mädchen Schmerzen in der Wange ein und diese schloß dergestalt an, daß die Großmutter mit ihrer Enkelin nachmittags wieder zu dem betreffenden Zahnarzt ging, um Hilfe zu suchen. Auf ihr Klingeln öffnet ein weibliches Wesen. „Was wünschen Sie?“ — „Den Herrn Doktor sprechen. Ich war vorhin mit dem Kinde schon einmal hier.“ — „Bitte einen Augenblick warten.“ — Pause. — „Der Herr Doktor läßt fragen, ob Sie Geld haben?“ — „Geld habe ich nicht, ich bin eine einfache Frau! Habe ja aber vorhin zwei Mark bezahlt.“ — Pause. — „Dann ist der Herr Doktor nicht zu sprechen!“ — In ihrer Angst läuft die Frau hin und her, bis sie, völlig ratlos, in die im Bezirk belegene Apotheke geht und dem Apotheker ihr Leid klagt. — Nehmen Sie einen Augenblick Platz! — Der Apotheker ruft telephonisch einen Arzt herbei, welcher die Zahnwunde des Kindes mit einem Heilmittel betupft. — Den Dank, Frau, begehren wir nicht! Mit diesen Worten entlassen beide das nunmehr wenigstens beruhigte Kind und seine Großmutter. Also geschehen im August 1899 in Berlin W.! — Es ist schade, daß Herr L. den Namen des menschenfreundlichen Zahnarztes nicht nennt.

Die Reinigung der berühmten neuen Teppiche nach den Kartons von Raphael in der Rotunde des Altes Museums hat sich als äußerst schwierige Arbeit herausgestellt. Zunächst ist der die Steinigung des heiligen Stephanus darstellende Teppich gereinigt worden. Er war nach beendeter Reinigung bis vor kurzem auf einer Staffelei in der Rotunde zu ebener Erde aufgestellt, während die Teppiche sonst bekanntlich ihren Platz an den Wänden oberhalb der an der Rotunde sich hinziehenden Galerie haben. Trotz aller Anerkennung der geleisteten Arbeit hat sich jedoch ergeben, daß die Reinigung noch nicht ganz gelungen war. Infolgedessen ist der Teppich noch einmal an die mit der schwierigen Arbeit betraute Fabrik zurückgegangen, und zu gleicher Zeit ist ihr ein zweiter Teppich, welcher die Heilung des Lahmen durch Petrus darstellt, zur Reinigung mit überwiesen worden.

Die üblichen Zusammenstöße. Gestern gegen 4 Uhr nachmittags fand auf der Kreuzung der Schlesischen Straße und des Götlicher Ufers ein Zusammenstoß zwischen einem leeren Omnibus der Linie Groß-Görschensstraße — Franzfurter Allee und einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Treptow — Zoologischer Garten statt. Der Omnibus bog im Trabe statt im Schritt von dem Götlicher Ufer in die Schlesische Straße ein und wurde von dem nach Treptow fahrenden Straßenbahnwagen an der linken Seite erfasst. Der Omnibusfahrer stieg vom Bod auf den Strohdamm, erlitt aber nur unbedeutende Abschürfungen an der linken Hand. — Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem Postwagen kam es gestern nachmittags um 6 Uhr an der Ecke der Jerusalem- und Zimmerstraße. Der Postillon stieg im weiten Bogen vom Bod herab und soll erheblich verletzt worden sein. Beide Wagen wurden stark beschädigt.

Von dem mit 12 000 M. künftigen gewordenen Buchhalter Spielvogel fehlt bis jetzt jede Spur. Man nimmt an, daß er sich nach der Schweiz gewandt hat, wo er von früher her Bekanntschaft unterhält. Ueber den abenteuerlichen Lebenslauf des Defraudanten liegen jetzt folgende nähere Angaben vor: Er wurde als Sohn eines Antiquars zu Wlaj geboren und ist jetzt erst 22 Jahre alt. Seine Lehrzeit absolvierte er in Wismarburg, Kreis Rerubode; er machte schon während dieser Zeit seinem Vormunde durch unnötige Ausgaben viel zu schaffen. Später nahm er eine Stellung in Pock R. an, von wo er, unter Hinterlassung von Schulden heimlich nach Berlin abreiste. Hier hielt er sich längere Zeit stellunglos auf; erst ein Jahr später glückte es ihm, Engagement als Theaterdiener bei einer Schauspielertruppe in Bärzig zu finden. Dieser Dienst behagte ihm jedoch nicht lange, und in herzerweichenden Briefen schilderte er dem Vormunde sein Elend, daß dieser sich bewegen ließ, ihm das Geld zur Heimreise zu schicken. Im Jahre 1897 erscheint er als Korrespondent in Trachenberg, wo er sich auch verheiratete. Lange war seines Weibens auch dort nicht. Er fand in Berlin Engagement und hat nun hier das Vertrauen seines Chefs in so arger Weise getäuscht.

Ein aus Berlin und Umgegend ausgewiesener Arbeiter Anton Jauel hatte in verschiedenen Anzeigen erzählt, daß er am Tage der Parade dem Kaiser ein Altkleid persönlich überreichen wolle, in welchem er den Kaiserweis fände, daß ihm Unrecht geschehen sei. Die politische Polizei erhielt hiervon Kenntnis und ließ am Donnerstagabend den J. festnehmen, wobei man in der That ein

an den Kaiser adressiertes Paket bei ihm vorfand. J. wurde Freitagvormittag nach dem Hofmarschallamt geleitet, damit er dort sein Gefängnis abgeben könne, womit J. auch zufriedengestellt war.

Theater. In Verhart Hauptmanns Komödie „Kollege Exemption“, welche im Deutschen Theater am nächsten Sonntagabend neu einstudiert in Szene geht, spielt außer Georg Engel, welcher in der Titelrolle auftritt, auch Hermann Rippen die von ihm schon in der ersten Aufführung des Stückes dargestellte Rolle des Adolf Sträßler. — Im Schiller-Theater werden auch in der diesjährigen Spielzeit neben den festen Abonnements, die jetzt zur Ausgabe kommen, freie, d. h. nicht an den Tag gebundene Abonnements in Heften zu 6 Büllets angeboten. — „Iphigénie auf Tauris“ geht heute und in der morgigen Rachmittags-Vorstellung in Szene. — Im Fährhaus des Passage-Panoptikum sind Hippels Stettiner Sänger mit ihren drohenden Beiträgen mit dem 1. September eingetroffen. Die Renoverungsarbeiten im Passage-Panoptikum schreiten so rüstig vorwärts, daß die Direktion hofft, die neuen Vorstränge zum 1. Oktober dem Publikum öffnen zu können. — Im Palais-Theater (früher Stern-Palast) in der Burgstraße ist heute der Tag der Eröffnung.

Auf der Treptow-Tierwarte spricht Direktor F. S. Archenhold Sonnabendabend 8 Uhr über „Die Miesenerode und ihre Leistungen“. Sonnabendmittags lautet das Thema um 5 Uhr „Die Weltuntergangs-Prophezeiungen“ und um 7 Uhr „Die Bemohnbarkeit der Welten“. Mit dem Miesenerode wird in der Dämmerung die Waga, von 7-8 Uhr der Jupiter, von 8-10 Uhr der Saturn und alsdann bis 12 Uhr nachts der Ringelstein in der Veger beobachtet.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag waren zwei größere Brände abzulösen. Schwedterstr. 15a brannten Bodenverfäße, wobei auch die Dachkonstruktion beschädigt wurde. Vesselerstr. 17 hatte in einer Buchdruckerei der Fußboden und die Schalende Feuer gefangen, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Am Donnerstag waren mehrere Brände zu befeitigen. Turmstraße 26 hatte die Dekoration in einem Saale Feuer gefangen, das aber mit Leichtigkeit gedämpft werden konnte. Ein Kosten-Tapeten ging Große Frankfurterstr. 99 in Flammen auf. Längere Zeit wurde die Wehr in Anspruch genommen durch ein Schandfeuer, das Kaiser Wilhelmstr. 12 in einer Schuhfabrik zum Ausbruch kam, während die Arbeiter Mittagspause hatten. Der verursachte Schaden ist hier erheblich. Kochstr. 71 war Terpentin in Brand geraten. In einem Chemikalienlager in der Königin Augustastr. 81 hatten Anilinjarden Feuer gefangen, wobei Regale und Lische mit eingeschert wurden.

Aus den Nachbarorten.

Für die ausgeperrten dänischen Arbeiter veranstaltet der Gesangsverein „Neuzberger Harmonie“ unter Leitung seines Dirigenten Herrn Bleil am Sonntag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, ein Solalonzert in Franz Königss Gartenlokal, Brigg-Rudowstr. 85, Haltestelle der Südringbahn (Niedorfer Kirchhof). Es wird erwartet, daß dieses Konzert in Anbetracht des guten Zwedes zahlreich besucht wird. Eintrittspreis 20 Pf.

Die Technische Hochschule in Charlottenburg erhält jetzt an der Westseite einen großen Erweiterungsbau, dessen Fundierung bereits zum größten Teil ausgeführt worden ist, so daß demnächst mit dem Oberbau begonnen werden kann. Das neue Gebäude, welches für die Maschinenbau bestimmt ist, und nach den aufgestellten Profilskizzen den Charakter wie das Hauptgebäude haben wird, erstreckt sich von der Charlottenburger Chaussee bis zur Kurfürsten-Allee.

Die drei großen Kinder-Spielplätze, welche, wie wir neulich mitteilten, die Stadt Charlottenburg innerhals ihres Gemeindebezirks einrichten will, werden sich auf dem Markthalen-Terrain am Bahnhof, auf dem Schulgrundstück in der Spreestraße und auf dem städtischen Grundstück an der Bismarck- und Spielplatzstraßen-Ecke befinden. Wegen der Benutzbarkeit der Kinder auf den Plätzen gehen die Meinungen noch auseinander. Es soll den Kindern Gelegenheit zu völlig freien Spielen gegeben werden, doch wird sich eine Aufsicht nicht vermeiden lassen. Die gegen bössartige Pöcker und Friedensstörer einschreiten kann. Ob hierzu Lehrer nötig sind, oder ob schon die Autorität des Parkaufsichters genügt, wird die Erfahrung lehren müssen.

Sämtliche Bürgersteige Schönbergs sollen jetzt einer Regullierung und Neupflasterung unterzogen werden und zwar in der Weise, daß sie in der ganzen Stadt einheitlich eine je nach ihrer Gesamtlänge ein bis zwei Meter breite Mittelbahn aus Steinfliesen und zu deren beiden Seiten Mooskalkpflaster erhalten, während bisher die Schönberger Bürgersteige alle möglichen und unmöglichen Pflasterarten zeigten. Die Kosten dieser allgemeinen Bürgersteig-Regullierung will zu 1/2 die Stadt leisten, während 1/2 die anliegenden Besitzer tragen sollen, die auch fast sämtlich dazu bereit sind. Zunächst sollen die Straßen im „Berliner Ortsteil“ in Angriff genommen werden.

Nieder-Schönhausen. Selbstmord beging gestern Morgen gegen 9 1/2 Uhr der in der Reisen Hofstraße 53 zu Berlin wohnhafte Kaufmann Ludwig Wendel, indem er sich auf dem Wege nach Schönholz, unweit der Pankebrücke in der Schönholzerstraße eine Revolverkugel in die rechte Schläfe schoß. Die Leiche des 60 Jahre alten Mannes wurde nach der Leichenhalle in Nieder-Schönhausen geschafft. Küber einer Versicherung von 250 M. und einer goldenen Uhr und Kette fand man bei ihm 200 Mark in Scheinpapieren vor, aus denen die Identität des Selbstmörders hervorging. Wie jetzt fehlt jeder Anhalt, weshalb der Unglückliche freiwillig in den Tod ging.

Aus Nordorf. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag früh gegen 8 Uhr in der Bergstraße, am Bahnhof der Ringbahn. Dort war der Verdebahnshofmeister Reichelt aus Berlin dabei beschäftigt, zwei Straßenbahnwagen zusammenzufuppeln. Hierbei rückte der Motorwagen an und Reichelt kam so unglücklich zwischen beide Wagen, daß ihm der Brustkorb teilweise eingedrückt, ihm mehrere Rippen, sowie das Becken zerbrochen wurden. In hoffnungslosem Zustande wurde Reichelt im Gemeinde-Krankenhaus nach dem Preiser Krankenhaus gebracht. — Seine Frau, die ihm weggelassen war und verschiedenes Viebesverhältnisse angeknüpft hatte, wollte am Freitagmorgen auf den Köpplischen Wiesen der Brunnemanns Arthral aus der Hermannstraße erschießen. Beide Eheleute wurden nach der Polizei gebracht, wo dem Ehemann ein sechsälziger, schargeladener Revolver abgenommen wurde.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung in Sachen des Mordes in Alt-Buchholz ist anzunehmen, daß die Mörderin Vertha Schröder die Bluttat allein ohne Mitwisser begangen hat. Ursprünglich war angenommen worden, daß die Sch. einen Liebhaber besitze, der den Mord auf Anstiften des Mädchens verübt hätte. Alle nach dieser Richtung hin in Kallberg-Niederdorf und Alt-Buchholz aufgenommenen Nachforschungen sind jedoch erfolglos geblieben. Ebenso ergebnislos waren die Nachforschungen an den früheren Dienststellen des Mädchens. Trotz des Zeugnis der Mörderin muß als sicher angenommen werden, daß die Schröder das Geld der Witwe Pielke geraubt und verborgen hat. Eine Befragung jener Stelle des Pielkeschen Gartens, wo mehrere Tage nach dem Mord ein geheilter Spigenbogen gefunden wurde, ergab nicht nur die Thatsache, daß dort gegraben worden war, sondern es wurden auch Blutspuren entdeckt.

Die Zahl der Schwäne auf der Havel und Spree wird von Jahr zu Jahr geringer; schätzungsweise befinden sich jetzt auf der Spree von Berlin bis Spandau und auf der Havel von Hennigsdorf bis Potsdam 400 Schwäne; noch vor sieben Jahren waren etwa 800 vorhanden und früher belief sich die Menge dieser schönen Tiere auf den bezeichneten Wasserstraßen auf 1500. Die Brut ist in diesem Jahre gut ausgefallen; man sieht verschiedentlich Paare mit drei und fünf Jungen. Aber der immer stärker werdende Schiffschiffsverkehr und die zunehmenden Nachstellungen tragen dazu bei, daß alljährlich zahlreiche Tiere eingehen.

Theater und Kunst.

— Schiller-Theater. Ein paar Bühnen raffen sich nun doch zu Ehrungen Goethes auf. Zu ihnen gehört auch das Schiller-Theater, das Donnerstag beim Wiederbeginn der Schauspielvorstellungen mit „Iphigénie auf Tauris“ aufwartete. An sich mag das Schiller-Theater noch am ehesten zu einer Goethe-Feier berechtigt sein. Obgleich die Theaterleitung vielfach von ihrem Publikum gehemmt wird, hat sie sich doch immer wieder mit frischem Mut an die Klaffler gewagt und trotz widriger Umstände manchen hübschen und ehrlich verdienten Erfolg verzeichnen können. Leider war die Eröffnungsvorstellung nicht so, wie sie im Schiller-Theater sein sollte. Die einzige reine Freude hatten wir an der Iphigénie der Frau Wiede, die sich mit seinem Verständnis ebenso vor geschriebener Sprache und unnatürlicher Pathetik als vor unangebrachten Konzeptionen an den Leberrealismus hütete. Vielleicht, daß ihre Iphigénie im Ausbruch der Erregung das Amt der Priesterin vergessen machte, doch wird es gewißlich gehandelt sein, wenn die Künstlerin in solchen Momenten immer zuerst das Weib Iphigénie sprechen ließ.

Was im übrigen die Darstellung anging, so blieb es bei dem guten Willen. Herr Paß als Orest eiferte in unbändiger Leidenschaft, doch war er ein etwas degenerierter Tantalussohn, mehr der geärgerte Jüngling als der Unglücksbeladene, der unter der Last seiner Qualen aufschreit. Der Phylades des Herrn Paßschke gab sich als ein lebenswürdiger junger Mann. Iphos, der König der Taurier, wurde von Herrn Gregori gespielt. Der edle König! Er schritt in so schmerzlicher Maske einher, doch wenn er sprach, zerfloß er in Weichheit und Wehmut, als ob er zeigen wollte, daß er einen viel zu barbarischen Respekt vor Iphigénie habe, um sie ernsthaft zur Frau zu begehren.

Geriichts-Beitrag.

Wie die Oestlicher sich ihre „Leute“ wünschen! Am Dienstag stand vor der Greifswalder Herlen-Strassammer ein russischer Schmitt, der sich nur mit Hilfe eines Dolmetschers verständlich machen konnte, unter der Anklage der fahrlässigen Brandstiftung. Er hatte nämlich in Stolpe (Kreis Sullam) in Dienst gestanden und sein Quartier unter dem Dachstuhl des Schmittwerkes gehabt. In der Nacht zum 10. Juli hat er jedoch gar nicht schlafen können, weil — und das ist für ostelbische Arbeiterwohnungen charakteristisch — seine ganze Strohdachstuhl voller Wangen und sonstigen Ungeziefer wimmelte. Der Bedauernswerte meckte seine Kameraden und bittet um Rat, wie er sich helfen soll. Dabei zeigt er ein Brett, das er von dem die Lagerstätte bildenden Verschlag abgebrochen und das höchstschwarz war von jenem peinigenden Gewürm! Aber in der Nacht ist schwer helfen und so muß der arme Polak, wenn er nicht ganz sein Blut sich ansaugen lassen will — notabene von den Wangen — zur Selbsthilfe greifen! Diese hat ihr aber auf die Klugegeant geführt. Er nahm nämlich ein Streichholz und leuchtete damit an jene Stelle, wo er das Brett abgebrochen hatte. Durch die Hitze und den Lichtschein angelockt, kamen die schwarzen Geister zum Vorschein und so konnte er wenigstens einen Teil derselben zertreten. Das vergimmelte Streichholz warf er achtlos fort. So entstand das Feuer, das den Schmitt und auch den „Brandstifter“ ihre Habe raubte und den Dachstuhl des Gebäudes einäscherte. Der Angeklagte wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt und aus der Haft entlassen, die seit dem 12. Juli dauern hatte. Und nun geschah das Unglaubliche: Der Polak stürzte im Glückgefühl der Freiheit auf den Gutschtern von Stolpe zu, umarmte ihn und lächelte ihm die Brust und den Saum seines Kleides!!! Dafür darf er nun wieder in Stolpe arbeiten und hofentlich in einem von Wangen gereinigten Bette schlafen! Hoffen wir's!

Der Herausgeber der verflohenen Zeitschrift „Das Narrenschiff“ war wegen verschiedener Artikel und Abbildungen aus § 184 des Strafgesetzbuchs beschuldigt, aber nur wegen einer Erzählung verurteilt. Auf Revision des Staatsanwalts wurde das freisprechende Urteil in zwei weiteren Punkten aufgehoben. In einem Anklagepunkte handelte es sich um nackte oder wenig verhüllte weibliche Figuren, bezüglich welcher das Urteil freisprach, weil das Blatt nach seiner Tendenz durch Karikaturen, also durch absichtliche Verleumdung und Hebertreibung plump und grotesk erscheinender Darstellungen wirken wolle, welche jedoch objektiv nicht unzüchtig seien, wenn sie auch auf einzelne aus subjektiven Gründen Anstoß erregen könnten. Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil zwar die Eigenschaft einer Darstellung als Karikatur den unzüchtigen Charakter nicht ausschließt, hierüber aber nur das Gefühl des normalen Menschen entscheiden könne, nicht die Auffassung einzelner. Bezüglich solcher liege nicht nur die Möglichkeit der Erregung eines Anstoßes vor, sondern es handle sich um objektive Unzüchtigkeit, um die im Volke allgemein herrschenden Anschauungen über Scham, Sitte und Anstand. — Bezüglich eines andern Punktes erfolgte aber Aufhebung, weil das angefochtene Urteil eine objektive Unzüchtigkeit angenommen, dieselbe aber so verdeckt fand, daß nur wenige sie verstehen würden und ein Denkprozeß erforderlich sei, um das Anstößige herauszufinden. Das Reichsgericht befindet, daß nicht die größere oder geringere Intimität des zur Erlernung erforderlichen Denkprozesses einen Unterschied begründen könne, sondern das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des nachdenkenden Lesers nicht minder Schutz zu beanspruchen habe, als das des oberflächlichen. In einem dritten Punkte erfolgte Aufhebung des Urteils, weil das Instanzgericht im Vorklaut des Artikels nicht das Scham- und Sittlichkeitsgefühl Verleidendes gefunden habe, aber nicht bloß der Vorklaut, sondern der Sinn geprüft werden mußte.

Nachstehende Entscheidung: „In der Strafsache gegen den Redaktor August Jacoben zu Berlin, geboren 24. März 1854 in Frankfurt a. O., Dissident, wegen Verleumdung hat die vierte Strafkammer des königlichen Landgerichts I Berlin am 30. März 1899 für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der Verleumdung durch die Presse schuldig und wird deshalb unter Belassung mit den Kosten des Verfahrens mit dreihundert Mark Geldstrafe bestraft, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je fünf Mark ein Tag Gefängnis tritt. Die Nummer 247 des „Vorwärts“ vom 21. Oktober 1898 ist in allen Exemplaren einzuziehen, die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen. Dem Polizeipräsidenten und dem Ersten Staatsanwalt in Magdeburg wird die Befugnis zugestanden, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils durch einmaliges Einrücken in den „Vorwärts“ und in die „Magdeburger Volksstimme“ öffentlich bekannt zu machen“, — wird hiermit auf Antrag des königlichen Polizeipräsidenten und des königlichen Ersten Staatsanwalts zu Magdeburg bekannt gemacht. Berlin, den 28. August 1899. Der Erste Staatsanwalt beim königlichen Landgericht I Oberstaatsanwalt Istenbiel.

Veranstaltungen.

Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, fand die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Königsberg im Reichstags-Lokale in Berlin an der Ober statt. Vertreten waren 15 Orte durch 28 Delegierte, als Vertreter der Agitationskommission Genosse B a j e w i z, als Kandidat des Kreises Genosse G ö h r t e -Charlottenburg und viele Gäste aus der Umgegend anwesend. Nach dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes Genossen F e l s m a n n -Reudamm betragen die Einnahmen im verflohenen Jahre 455,33 M., während sich die Ausgaben auf 388,66 M. beliefen, so daß ein Bestand von 66,67 M. verblieb. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde der Genosse F e l s m a n n einstimmig wiedergewählt. Im allgemeinen waren die Delegierten mit dem finanziellen und auch agitatorischen Ergebnissen nicht zufrieden und tadelteln lebhaft die Unzeit der einzelnen Genossen im Kreise in Bezug auf Einführung unserer Presse. Von der Annahme des auf der Provinzial-Konferenz zu

stellenden Antrages: Gratio-Beigabe der „Neuen Welt“ zur „Märk. Volkstimme“, erhofft die Konferenz größere Fortschritte zu Gunsten der Parteipresse, da die Frauen Sonntags eine Unterhaltungs-Beilage in unserem Sinne sehr vermehrt haben. Entgegen der immer wiederkehrenden Behauptung, die Leute auf dem Lande hätten keine Zeit zum Lesen“, berichteten die Delegierten aus den Pigele-Distrikten des Kreises, daß die „Märkische Volkstimme“ deshalb so schwer einzuführen ist, weil sie nur dreimal wöchentlich erscheint, während die Provinzialblätter, die hauptsächlich im Kreise gelesen werden, täglich herauskommen, man will eben alle Tage neues lesen.

Gen. Wase witz teilt hierzu mit, daß vom 1. September d. J. ab monatlich einmal eine neue Zeitung herausgegeben wird, für die die Genossen kräftigst einzutreten haben, so daß die Agitations-Kommission auch hierin für Erfolg des noch Fehlenden gesorgt hat. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden die Gen. Jabel-Königsberg, Benz-Jellin und Felsmann-Neudamm gewählt. Für den Parteitag zu Hannover Gen. Gölke-Charlottenburg.

Unter Verschiedenem wurde beschlossen, für den Kreis Königsberg einen Wahlverein zu gründen, mit der Motivierung, daß dadurch den nicht gelehrten Arbeitern eine Möglichkeit gegeben wird, sich zu organisieren, was dieselben bis jetzt nicht konnten. Die nächste Volksversammlung soll sich jedoch noch einmal mit der Frage beschäftigen, die Vorarbeiten aber bis zu dieser erledigt sein, damit sofort nach derlei den Statuten eingetretet werden können. Ferner soll energische Agitation zur Erringung von neuen Lokalen getrieben werden. Nach Erledigung diverser Angelegenheiten und nach kräftigem Schwurwort des Genossen wurde die Konferenz um 1/2 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie vom Genossen Jabel geschlossen.

Im Centralverband der Töpfer sprach am 29. August das Mitglied Drunzel in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die Juchthausvorlage. Sodann wurden einige Ergänzungs-wahlen vollzogen: Kundi wurde zum Schriftführer und Hildebrandt, Diek, Vorkhin, Paul Thiele, Wolf, Dreßler und Zepke zur Führung des Arbeitsnachweises gewählt. Auf Anregung des Mitgliedes Hagen wurde der Lohn-Kommission anheimgegeben, ob es nicht ratsam sei, von der Versammlung am Montagvormittag Abstand zu nehmen, um an einem Abend die Versammlung einzubereitern. Beschlossen wurde, die Mitglieder, die in Brandenburg als Streikbrecher thätig waren, aus dem Verbands auszuscheiden.

Die Maurer lokaler Richtung hielten am Donnerstag zwei öffentliche Versammlungen ab, in denen das Thema: Die Pläne des Unternehmertums und unsere Stellung dazu“ erörtert wurde. — In der in Klammanns Saal, Brunnentstraße, stattgehabten Versammlung, die zahlreich besucht war, referierte Kateer. Er sprach insbesondere das neuerdings hervorgetretene Bestreben des Arbeitgeberbundes, welches darauf ausgeht, mit Hilfe des Arbeitsnachweises eine Auslese unter den Arbeitern zu halten. In der Ritzgeher-Kommission habe man den Vertretern der Arbeiter zwar versichert, daß der hiesige Arbeitsnachweis nicht mehr bestehe, Tatsache sei aber, daß verschiedene Vorkere die von ihnen angenommenen Maurer erst einstellen, nachdem diese sich einen Arbeitschein aus dem Nachweisbureau geholt haben. Seitens der Unternehmer werde in der Provinz fortgesetzt auf den Berliner Nachweis des Arbeitgeberbundes hingewiesen, zu dem Zwecke, die von auswärts kommenden Maurer dem Nachweisbureau zuzuführen, ehe sie sich an die hiesigen Organisationen ihrer Kollegen wenden können. Die Einrichtung von nicht paritätischen Arbeitsnachweisen in ganz Deutschland, sowie die obligatorische Einführung von Entlassungsscheinen, beides von dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes als erstrebenswertes Ziel bezeichnet, das seien die Mittel, durch welche die Unternehmer die Wirksamkeit der Maurer-Organisation lahm legen möchten. Die Bedeutung des Arbeitsnachweises sei nicht zu verkennen, deshalb hätten die Vertreter der Maurer die Ansicht, dem Vorstande des Arbeitgeberbundes ein Statut vorzulegen, auf Grund dessen ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet werden solle. Gegenwärtig sei die Geschäftslage noch so günstig, daß man einen Druck auf die Unternehmer nach dieser Richtung ausüben könne. Die Erfüllung der Wünsche der Maurer hinsichtlich des Arbeitsnachweises sei im Rahmen des Einigungs-Vertrages möglich. Da Mitte Oktober ein Bundesstag des Arbeitgeberbundes stattfinden, so wolle man schon jetzt mit der Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises an die Unternehmer herantreten. Sollten die Wünsche der Arbeiter nicht beachtet werden, dann läme eventuell der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Frage. — Petersdorf und Bor-pahl berieten in längeren Ausführungen die Ansicht, daß der „Einigungsbrümmel“ die Aktionsfähigkeit der Berliner Maurer gelähmt und das Interesse an der Bewegung vermindert habe. Kateer trat dieser Auffassung entgegen und meinte, er hätte erwartet, daß sich die Kollegen über die von ihm behandelte Frage des Arbeitsnachweises ausdrücken würden. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich mit den Ausführungen Katers einverstanden erklärt. — Im weiteren Verlauf der Debatte wurde ein Antrag eingebracht, welcher verlangt, daß den durch die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Willeidenhaft gezogenen Maurern Streikunterstützung gezahlt werde. Der Antrag soll auf die Tagesordnung der nächsten für ganz Berlin stattfindenden Versammlung gesetzt werden.

Im Englischen Worten kritisierte Meßke mit scharfen Worten die Ansicht der Unternehmer, unparitätische Arbeitsnachweise einzuführen. Dann konnten die Unternehmer allerdings mit dem „Schwarze Listen“-System wirtschaften und der von ihnen erzielte Terrorismus könnte durchgeführt werden. Jeder Bauarbeiter bekomme, ganz wie heute noch das Gefinde, seinen Entlassungsschein, und die Gefinde-Ordnung, die noch als ein Ueberbleibsel aus dem Feudalismus auf uns gekommen sei, würde einen größeren Umfang annehmen, würde auf die Arbeiter ausgedehnt werden, anstatt, wie es an der Zeit sei, ihr Ende zu finden. In der Diskussion behauptete Dahlske, es sei die Schuld der Arbeitervertreter, daß bei der Einigung nicht auch die Arbeitsnachweisfrage geregelt worden sei. Andere Redner wiesen darauf hin, daß die Vorkere wohl die Arbeiter, die bei ihnen um Arbeit anfragen, annehmen, sie aber erst nach dem Nachweis der Unternehmer sichten. Dort müßten sich die Arbeiter eintragen lassen, damit der Bauarbeitgeberbund mit den vielen Stellen prunken kann, die er vermittelt hat. Meßke erklärte, daß nicht die Einigungskommission insid an der Richtregelung der Arbeitsnachweisfrage sei. Die Unternehmer hätten damals verlangt, daß die weggereisten Arbeiter hergeholt würden. Darauf sei ihnen erwidert worden, daß sie genug Arbeitskräfte in den Nachweisen der Organisationen bekommen könnten. Doch die Arbeiter hätten selbst die Unternehmer auf den Gedanken gebracht, die Nachweise der Arbeiter zu ruinieren. Die Arbeiter, unorganisierte und organisierte, seien stets hingelaufen nach dem Nachweis der Unternehmer. Ihre eigene Relativität, ihre Gleichgültigkeit gegen die Organisation, zwingt sie in das Joch der Unternehmer. Ein Antrag, die Renner-Kommission der Arbeiter solle der Ritzgeher-Kommission einen Antrag über paritätische Arbeitsnachweise unterbreiten, wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde bekannt gegeben, daß die aus der Gewerkschaftskommission abgetretenen Gewerkschaften eine eigene Centralstelle gründen wollen. Außerdem würden auch die ständigen Bureaus der Lokalorganisierten jederzeit Auskunft für die Gewerkschaften erteilen, die kein ständiges Bureau haben. Als Dahlske, der die Redner mehrmals unterbrochen hatte, während einer Rede abermals stürmisch das Wort forderte, wurde ihm auf Beschluß der Versammlung das Wort nicht erteilt und die Versammlung geschlossen.

Die Jollerer und Rohrbühler hielten am Donnerstag eine Versammlung ab, um über den vor einigen Wochen aufgestellten Lohn-Tarif schlüssig zu werden. Rehmlich wie fast alle dem Bau-gewerbe angehörigen Berufsgruppen, hatten auch diese Arbeiter in dem Lohn-Tarif eine Verfürzung der Arbeitszeit auf 10, Sonnabends auf 9 Stunden gefordert. Ueberstunden sollten vermieden und nur unter dringenden Umständen mit einem Zuschlag von 15 Pf. pro

Stunde geleistet werden. Für selbständige Jollierer sollte der Stundenlohn 40 Pf. und für Hilfsarbeiter 35 Pf. betragen; bei Arbeiten in den Vororten Berlin sollten 50 Pf. als besondere Vergütung, sowie das Fahrgehalt gezahlt werden. Fahr- und Laufzeit sollten als Arbeitszeit berechnet und außer dem Minimal-Stundenlohn eine „Lohnzulage“ für Arbeiten in der Provinz, nebst Fahrgehalt 3. Klasse gezahlt werden. Accordarbeit sollte gänzlich ausgeschlossen bleiben.

Diese Forderungen waren von der bisherigen Lohnkommission nebst einem bescheidenen Ersuchen um sämtliche Löhntermerger gefandt worden mit dem Ersuchen um eine entsprechende Erklärung. Aber nur die Firma Horn u. Laube hatte, und zwar ausweichend, geantwortet, außerdem aber ihren Buchhalter H. Schmidt beauftragt, in der Versammlung namens sämtlicher jetzt vereinigten Unternehmer zu erklären, daß diese den aufgestellten Tarif nur teilweise anzuerkennen gewillt seien. Herr Schmidt entledigte sich aber seiner Aufgabe in so eigenartiger Unternehmer-Manier, daß er mit seinen Ausführungen nicht nur den lebhaften Unwillen der Versammlung, sondern den Spott und eine gründliche Abfertigung seitens der meisten Redner erzielte. Die Arbeiter müßten gar nicht, daß die Unternehmer vielfach am „Material“ noch „Geld zulegen“, um nur die Arbeiter beschäftigen zu können! Diese und ähnliche Bemerkungen wurden namentlich vom Töpfer Thiele u. a. in längeren Ausführungen widerlegt und nachgewiesen, daß z. B. eine Firma, die mit ganzen 1000 M. „Betriebskapital“ begonnen, innerhalb weniger Jahre 80 000 M. „verdient“ hätte! Auf den Einwand des Herrn Schmidt, daß es „früher“ wohl möglich gewesen wäre, Lohnaufbesserungen z. z. zu gewähren, wurde ihm entgegen, daß eben deshalb, weil es nicht früher geschehen, die Arbeiter jetzt unbedingte Erfüllung ihrer jedenfalls bescheidenen Forderungen verlangen. Dazu sei nicht bloß eine „wohlwollende“ mündliche Erklärung, sondern eine schriftliche Vereinbarung unbedingt erforderlich. Die Arbeit in diesem Berufe sei nicht nur eine anstrengende und gesundheitschädigende, sondern namentlich auch eine verantwortungsvolle.

Mit allen gegen eine Stimme gelangte schließlich ein Antrag zur Annahme: Falls bis Sonnabend, den 2. September, der Lohn-Tarif in seinem vollen Umfang von den Unternehmern nicht bewilligt werde, habe Montag, den 4. September, die allgemeine Arbeitseinstellung zu erfolgen. Die neugebildete Lohnkommission wurde beauftragt, diesen Beschluß sämtlichen Unternehmern zu unterbreiten und in der am Sonntag, mittags 12 Uhr, stattfindenden Versammlung bei Pöste, Grenadierstr. 33, Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Die auswärts arbeitenden Kollegen sind sofort zu benachrichtigen und ihnen event. das Reisegeld zu vergüten. Die angeregte Stellungnahme zur Berliner Gewerkschaftskommission wurde für eine spätere Versammlung vertagt.

Eine gutbesuchte Versammlung der Hausdiener und Bader, zu welcher die Angestellten des Warenhauses A. Jandorf u. Co. besonders eingeladen waren, tagte am Donnerstag in den Armuthallen. Joh. Rein referierte über: „Die Ausnützung und Behandlung der Angestellten im Warenhause Jandorf.“ Redner führte u. a. aus: Obwohl die Hausdiener auch in anderen Warenhäusern unter manchen Mißständen zu leiden hätten, habe man sich doch in dieser Versammlung nur mit der Firma Jandorf beschäftigen wollen. Das auf den Säulenstatuen anzugeben, sei jedoch nicht gestattet worden, so daß man darauf als Thema schlechtweg die „Mißstände in Warenhäusern“ habe angeben müssen. Schon vor einem Jahre sei es bei Jandorf zu Differenzen gekommen, weil man den Hausdienern zu-mutete, sich für Nacharbeit mit einem Glas Bier und einer Stulle abspülen zu lassen. Damals hätten Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation stattgefunden und es sei letzteren folgendes versprochen worden: Jugendliche Hausdiener zwischen 16 und 18 Jahren sollten 16 M., solche zwischen 18 und 21 Jahren 18 M., ältere ledige 21 M. und ältere verheiratete 24 M. Wochenlohn erhalten. Die Arbeitszeit sollte 9 Uhr abends — Sonnabends 10 Uhr — enden. Für jede Ueberstunde nach 9 Uhr seien 50 Pfennig bewilligt worden, für jede 1/2-stündige „Sonntagswache“ auf dem Hofe des Geschäftshauses 1.50 M. Die Arbeitskräfte sollten vom Nachweis des Verbandes der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlin bezogen werden. — Diese Vereinbarungen seien vorläufig gehalten worden, bis anfangs dieses Jahres den Hausdienern Diebstähle vorgeworfen wurden. Der Verband sei der Sache näher getreten und die Firma habe dann brieflich erklärt, daß es sich nicht um Angestellte handele, die der Nachweis des Verbandes vermittelt habe. Redner hebt hervor, daß es sogar gestattet worden sei, eine Jagd-flecke des Verbandes im Betriebe zu errichten, und fährt dann fort: Bis Pfingsten dieses Jahres hätten sich gewisse Mißstände noch durch Verhandlungen heftigen lassen. Nach der Entlassung sei es anders geworden. Da habe man Arbeitskräfte entlassen, die sich bei langer Arbeitszeit und intensiver Thätigkeit beinahe aufgerieben hätten. Die Lohnskala sei seitdem nicht mehr innegehalten worden. Man habe sich nicht mehr um den Arbeitsnachweis des Verbandes gekümmert, sondern Leute zu jedem Preise angenommen. Es sei öfter in dem Geschäft vorgekommen, daß die Kassierinnen keine Markos hatten. Das habe zu der Behauptung geführt, die Hausdiener müßten sich auf den Erdboden gefallene kleine Geldstücke beim Aus-segen auf und stecken das Geld ein. Der Hausinspektor Wachsen habe darauf gezeichnete Geldstücke hingeworfen, um die Hausdiener auf die Probe zu stellen. Eines Tages habe er dann dem Kollegen Sch., dessen Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, auf den Kopf zuge-sagt, daß er 20 Pf. gefunden habe. Sch. habe dies energisch bestritten. Danach sei er nach allen Regeln der Kunst diszipliniert worden, und als man nichts fand, habe sich Wachsen sogar zu den Worten ver-stiegen, er sei viellecht bloß zu schlaun gewesen, sich freigen zu lassen. Damit nicht genug, sei auch noch die Polizei veranlaßt worden, in der Wohnung Sch.'s eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, die natür-lich auch vergeblich geblieben sei. Sch. sei sofort entlassen worden. (Allgemeine Entrüstung.) Durch ein Plakat hatte schließlich Jandorf seinen Hausdienern verboten, mit Sch. zu sprechen. (Lachen und Juchensrufe.) Das Plakat sei alsbald verschwunden, und als dann auf Befragen alle Hausdiener verneinten, das Plakat abgerissen zu haben, da seien sie sämtlich gefänglich worden. Man habe die Ge-legenheit gleichzeitig benutzt, die bisherige vierzehntägige Kündigungs-frist zu befristigen. — Die Sonntagswachen würden heute überhaupt nicht mehr bezahlt und ohne Wiederzahlung müßten die Kollegen meist eine Viertel- und eine Halbstunde des Abends länger arbeiten. Neuerdings habe sich nur aus drei Angestellten der Firma, dem Redner und dem Kollegen Straube eine Kommission gebildet, um eine friedliche Regelung der ganzen Verhältnisse anzubahnen. Einen Hinweis auf die Vereinbarungen des vorigen Jahres habe Jandorf dahin beantwortet, daß er sich in Geldangelegenheiten nicht mehr beeinflussen lasse. Er könnte in seinem Betriebe kein, was er wolle. Schließlich habe sich J. doch zu ernsthaften Verhandlungen bewegen lassen und verschiedene Versprechungen gemacht. Die Ueberstunden sollten regelmäßig bezahlt werden, eine mensliche Be-handlung eintreten, der Arbeitsnachweis des Verbandes wieder be-nutzt werden zc. An diese Versprechungen scheine sich aber Jandorf nicht halten zu wollen. Schon am nächsten Tage habe er mit einem Hausdiener „Koch gemacht“, weil dieser einen Korton herunter-geworfen habe, und habe angeordnet, daß der Kollege den Kaffen mit 1.50 M. bezahllen solle. Dabei habe der Gegenstand nur einen Markwert von höchstens 60 Pf. Auf eine Verlesung des Herrn Wachsen habe Redner einige wichtige Leute der Firma zugeführt; Leute von 24, 25 Jahren, die natürlich 21 M. Wochenlohn ver-langten. Herr Wachsen, der Finanzverwalter des Hauses, habe ihnen darauf 16 M. angeboten. Ebenso hätte ein äußerst tüchtiger Glas-packer nur 18 M. erhalten sollen. Nun würden die Leute wieder von der Strafe genommen. Auch in gesundheitlicher Beziehung bleibe im Geschäft manches zu wünschen übrig. So müßten Handelsgeliffen, Gehilfen und Haus-diener Lindenstraße 16/17 bei langer Arbeitszeit den ganzen Tag bei elektrischem Licht in einem Lagerkeller thätig sein, der zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet und direkt unter

dem fünften Hofe belegen sei. In der Betriebsstätte der Firma wo nach der Gewerbe-Ordnung die Frauen des Sonnabends nur bis 1/2 Uhr arbeiten dürften, werde gerade an diesem Wochentage länger, manchmal sogar bis 10 Uhr gearbeitet. Gegen die an-geführten Mißstände und Vorkommnisse müsse energisch protestiert werden, und wenn ein Versuch zur Einigung erfolglos bleibe, dann müsse die allgemeine Arbeiterkraft Berlin zur Stellungnahme auf-gerufen werden. (Anhaltender Beifall.) Redner ging auch auf die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen der Handlungsgehilfen und -Gehilfen bei Jandorf ein, die er als nicht gerade rosig schildert.

Als Vertreter der Firma Jandorf nahm Herr Horak zu einigen Erklärungen das Wort. Für private Aufträge hätten die Diener besondere Vergütungen erhalten. Von 34 Hand-dienern komme jeder nur alle 4 Wochen einmal zur Sonntagswache. (Zuruf: Gegen Bezahlung?) Nein, ohne Bezahlung. Unter den in den letzten Tagen vom Arbeitsnachweis geschickten drei Leuten habe man nicht eine engere Wahl treffen können, deshalb habe man einige der täglich einlaufenden Offerten benutzt. Von den Haus-dienern erhielten 18 einen Lohn von 24 M., 10 von 21 M., 5 von 18 M., einer 16 M., einer 15 M. und einer, der Keller wäscht, 12 M. Das Verbot, mit Sch. zu sprechen, sei erlassen worden, weil Sch. auf dem Hofe in der Lindenstraße die Diener lange aufgehalten habe. Der Hausdiener, der das Plakat herabgerissen habe, hätte den Mut haben müssen, es auch zuzugestehen. Es wäre ihm nichts passiert. (Stürmisches Ge-lächter.) Nur um die Disziplin aufrecht zu erhalten, sei die Kündigungsfrist auf einen Tag festgelegt worden. Hätte sich der Enterner des Plakats gemeldet, dann hätte die Firma die vierzehntägige Kündigungsfrist wieder eingeführt. Der Chef habe auch dem Inspektor seine sofortige Entlassung für den Fall angedroht, daß er noch einmal häßliche Redensarten ge-drauche. Man sei der Kommission dafür dankbar, daß sie hierauf aufmerksam gemacht habe. Die Lage der Gehilfen in andern Häusern sei auch nicht besser wie bei Jandorf, sie belämen auch bloß 75 M. Verkäuferinnen für 90 M. monatlich habe Jandorf nicht. 90 M. belämen wohl eine kurze Zeit die eben ausgerechneten Mädchen, die erst geprüft werden müßten, ob sie sich für den Verkauf eignen. Wenn dies der Fall, würden sie bald mit 50 bis 60 M. Gehalt angestellt. Nacharbeit sei nicht mit einem Glas Bier und Butterbrot bezahlt worden. — Auf eine Anfrage Straubes erklärt Herr Horak, daß Jandorf nicht gefagt habe, wer in die Versammlung gehe, werde entlassen. — Straube schloß sich in längeren Ausführungen im wesentlichen dem an, was Rein gesagt hatte. — Vorab, der seine Stellung bei Jandorf aufgegeben hat, weil man ihm statt 18 nicht 21 M. geben wollte, teilte mit, daß er noch bis 10 Uhr habe den Hof seggen sollen, obwohl das Arbeitsverhältnis durch die Lohnzahlung bereits um 8 Uhr gelöst worden sei. Schließlich habe Wachsen verlangt, daß er bis zehn auf dem Hofe spazieren gehe. Er habe sich dann aber entfernt und später seine ihm so lange vorenthaltenen Papiere geholt. — Köppen sind bei Jandorf 17 M. Lohn angeboten worden, als er 21 M. verlangte. Rein bemerkte in seinem Schwurwort, daß eine Bezahlung von 1 bis 2 Mark für Nacharbeit nicht viel mehr seien wie ein Butter-brot. Die Festsetzung der 14-tägigen Kündigungsfrist sei doch bezweifelt worden, denn Jandorf habe schon lange vor dem Fall Sch. Leute mit einjähriger Kündigungsfrist eingestellt.

Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der das Verhalten der Firma im Sinne des Referats getadelt wurde und dementsprechend Forderungen zur Beseitigung solcher Uebelstände gestellt wurden.

Wie uns heute von der Firma Jandorf mitgeteilt wird, ist man bereit, über die Beschwerden mit einer Kommission zu verhandeln.

Schwargendorf. Am Dienstag fand hier eine Parteiversamm-lung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rich. Zubeil über die Thätigkeit des Reichstages referierte. Eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden mit der Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion einverstanden erklärten, wurde angenommen. Hierauf wurden Lutz und Seeger zu Delegierten für die Kreislorenz und Peters als Revisor des Kreisvertrauensmannes gewählt.

Weihensee. Hier tagte am 30. August eine gutbesuchte Ver-sammlung des Holzarbeiter-Verbandes, in der das Mitglied Stufche in ausführlicher Weise über die Lobbewegung der Bauschler sprach. Hierauf gelangte die Einführung eines wöchentlichen Ertragsbezuges von 10 Pf. zur Beratung. Nach längerer Debatte wurde dem An-trag zugestimmt.

Achtung, Wappenbranche! Für die in der Wappenbranche be-schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen findet heute, Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerhain Saal, Alte Fasan-sträße 15, eine äußerst wichtige Versprechung statt, zu welcher alle in dieser Branche beschäftigten Personen hiermit eingeladen werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag den 3. September, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 20, Versammlung: Freireligiöse Darlegung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags eben-dort: Vortrag des Herrn G. Bogner: „Patalismus“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Steinhilber-Brandenburg. Sonntag den 3. September, vormittags 10 Uhr, bei Bülow, Nudenstraße 15/16: Sitzung.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brick. Sonntag, den 3. September, nachm. 1 Uhr: Bezirksversammlung im Apollo-Theater, Germaniastraße 48—50, (Kleiner Saal). Statutenänderung.

In der humanistischen Gemeinde, Fiegestraße 10/11, im oberen Saal des Vangensbühnen, hat am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Lind. Pöngig den Vortrag über: „Was ist mir Götze?“ Eine Geistesfrage. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Centralverein der im Adresswesen und verwandten Branchen Beschäftigten. Am Sonnabend, den 2. September, abends 8 Uhr, bei Witz, Schmalz, Wallstr. 65: Versammlung.

Vermishtes.

Schiffunglück. In der Nacht zum Freitag fand auf dem Nordsee-Kanal, der Amsterdam mit der Nordsee verbindet, ein Zusammenstoß zwischen zwei Flußdampfern statt. Ein Dampfer ist gesunken, 9 Personen, darunter 2 Frauen und 4 Kinder sind ertrunken.

Unglücksfälle. In Cosziewo bei Rogosen sind mehrere Scheunen und Ställe des Dominiums, sowie drei Bauernwirtschaften abgebrannt. Viele Schafe, Geflügel und Vorräte sind vernichtet. — Der Witz tötete in Wisomar einen Arbeiter und lähmte einen anderen. Bei Peccatel bei Schwerin wurden drei Erbpächterkinder durch den Witz getötet. Das Gewitter hat viele Brandschäden angerichtet.

Automobilspott. Ein Mitglied eines britischen Automobilclubs hat einen Petroleummotor herstellen lassen, mit dem es im nächsten Februar von Hongkong nach Paris und Galatz und von Dover nach London zu reisen gedenkt. Der Wagen wird bei Koch in Paris gebaut und soll den Namen „Koch-in-China“ führen. (Au.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

Dr. 100. Ausweisung konnte unter dem Socialistengesetz nur da erfolgen, wo der Belagerungsstand verhängt war. Aus dem preussischen Sozialgesetz wurde auch zu jeder Zeit kein Staatsangehöriger ausgewiesen werden.

Walt, Lichtenberg. Die Angelegenheit ist bereits in der Sammlungs-berichter erwähnt.

Zwei Weitrade Posten. 1. Die erste Klasse tragen einen weis-lachsten Out. 2. Der und die Hausfrau.

C. N. Wenn Sie in Berlin wohnen: nein, sonst ja. — Unparteiisch 99. Moskau. 1. Darüber können wir keine Auskunft geben. 2. Für Frauen ist die randesamtliche Ehe durch Gesetz vom 9. März 1874 für die von 1. October 1874 ab geschlossenen Ehen, für Deutschland durch Gesetz

vom 6. Februar 1875 für die vom 1. Januar 1876 ab geschlossenen Ehen eingeführt. 3. Ja. 4. Ja. — **Marbaum.** Wegen der Veräumung des Termins kann der Betreffende Einspruch und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Ihn steht das Recht der Beschwerde zu. — **W. 51.** 1. Zwischen 6 und 12 R. 2. Darüber bestehen keine Vorschriften. 3. und 4. Sie müssen zahlen was angemessen ist: 6—12 R. für die Einbindung, 1—3 R. für jeden Besuch werden hier als angemessen erachtet. — **W. 29.** 1. Es ist ohne Einfluss auf eine etwaige Rente, ob Sie oder Ihre Frau ein Kramgeschäft betreiben. 2. Wenn das Anlagekapital unter 3000 R. beträgt, so haben Sie keine besondere Steuer zu zahlen. 3. Ist nichts Besondere vereinbart, so hat der Witt für ein paar Tage vor dem Erben nichts zu verlangen. — **Alte Schönhauserstraße.** 1. und 2. Ja. — **W. 6. 100.** 1. Falls nicht das Gegenteil aus einem etwa von Ihnen unterschriebenen Verträge hervorgeht, muss der Witt Schadenersatz leisten. 2. Nein. 3. Ja. — **C. R. 27.** Den Schlüssel müssen Sie Ende September abgeben. — **W. 6. 100.** Falls keine Unterbrechung der Verjährung stattgefunden hat, so verjährt die im Jahre 1897 gemachte Forderung mit Ausgange des Jahres 1899. — **H. J. G.** Wiedereinsetzung Sie Ihre Klage. — **W. 574.** Eine Klage wäre erfolglos. — **W. 8.** Sie müssen sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **W. 83.** 1. und 2. Nein. — **W. 8. 23.** Nein. — **W. G. 26.** 1. Nein. 2. 180. **H. G. 1000.** Der von Ihnen geschickte Thatsbestand ist nicht der eines Ehebruchs. — **W. 27.** Eine gesetzliche Bestimmung, die zu welcher Zeit musiziert werden kann, besteht nicht. Ob ungebührlich lange und störende musiziert wird, ist von Fall zu Fall durch den Richter unter Würdigung aller Umstände zu entscheiden. Auf Unterlassung der ungebührlichen Störung kann jeder Mieter des Hauses und der Vermieter klagen. — **W.** Eine Klage in dieser Art wäre kaum durchführbar, allenfalls eine Klage seitens eines etwa durch Kontraktbruch geschädigten Arbeiters. Mehr Aussicht auf Erfolg hätte eine Klage nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — **H. J. 100.** Die Frage ist hier nicht zu erörtern. — **Widens 94.** Velder steht in Ihrem Fall die Verlegung Ihres Anspruchs entgegen. Bei jeder anderen Beschäftigungsdauer, z. B. wenn Sie überfahren worden wären, richtet sich die Höhe der Entschädigung nach dem wirklichen Schaden. Es würde Ihnen also dann die frühere noch nachgabe Ihrer Verhältnissstellung zugebilligte keine Entschädigung jetzt erhöht werden. Anders bei den sogenannten Unfällen: da bleibt die nach Maßgabe Ihrer Verhältnissstellung Ihnen für den fortgesetzten Arm zugebilligte geringe „Rente“ in derselben minderen Höhe stehen, wiewohl Sie nun älter geworden sind, ohne den Unfall erlitten zu haben, erheblich mehr verdient hätten. Auf Abstellung dieser wie vieler anderer auf dem Gebiete der Unfallversicherung liegenden Missstände ist im Reichstag bislang vergeblich seitens der sozialdemokratischen Fraktion gedrungen. — **Karl.** Die Jurisprudenz einer Anzeige wegen Bedröhung ist unvollständig, die Jurisprudenz eines Antrages auf Beibringung wegen Beleidigung und Körperverletzung ist bis zum Erlöse eines auf Strafe lautenden Urteils erster Instanz unvollständig und wirksam. — **Schneberg 12.** Wältig bis zum 31. Dezember 1899. — **H. 100.** 1. Ihre Frau haftet nicht für Ihre Schulden. 2. Ja. 3. Ja

Fall der Pfändung müsste Ihre Frau Interpellationsklage erheben und Einsetzungsbefehl stellen. Formulare hierzu sind in der Buchhandlung Vorwärts, Venzlerstr. 2, zu haben. — **W. 23. 100.** 1. Darüber besteht keine gesetzliche Bestimmung. Es entscheidet der hierorts Wälde Brand. Ein Brauch, die außerhalb der Werkstätte gefertigten Waaren in der Werkstätte fertigzustellen, besteht unterer Wissen nicht, daher 2. Ja. — **1000.** Nein. **Kissa 16.** Eine Heirat zwischen Onkel und Nichte, die heiratsfähig, unverheiratet und im Besitz der erforderlichen Einwilligung sind, steht nicht entgegen. — **G. 1.** Ist das Kostium nach Ansicht des Gerichts passend, so können Sie die Zahlung nicht zurückverlangen. Dasselbe ist der Fall, wenn das Kostium passend gemacht werden kann. In wessen Besitz das Kostium zu Beginn der Klage ist, ist unerheblich. Vor allen derartigen Prozessen ist zu überlegen: a) die Frage, ob das Kostium passend ist; ist häufig Weidmadsache, b) der unterliegende Teil hat infolge der Sachverständigenkosten in der Regel mehr zu zahlen, als der Wert des Kostüms beträgt. — **W. 22.** Nach der Polizeiverordnung vom 26. März 1810 muß in Berlin die Räumung der Wohnungen seitens des abgehenden Mieters bei Kleinem (d. i. aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden) Wohnungen am ersten, bei mittleren (die aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen) am zweiten Quartalsstage um 12 Uhr mittags, bei großen (d. i. mehr als vier Wohnzimmern enthaltenden Wohnungen) am dritten Quartalsstage um 12 Uhr mittags geräumt sein. Jedoch muß bei Wohnungen, welche aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am ersten Quartalsstage völlig geräumt und dem anzutretenden Mieter zur Verfügung gestellt sein. Unter Zubehör sind Küche, Kommode, Bodenräume, Keller und dergleichen zu verstehen. Da der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt, so würde, falls nicht noch eine andere Polizeiverordnung ergäbe (und ist solche nicht bekannt), danach allerdings ein Konflikt mit den Sonntagsheliumsgesetz-Verordnungen entstehen, dennoch die kleine Wohnung erst am Morgen des zweiten zu räumen sein. — **X.** Besuchen Sie mich in der Sprechstunde

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 2. September 1899.
Ein wenig kühler, ziemlich trübe, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 31. August 1899

nach Ermittlungen des Hpt. Polizeipräsidiums.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,--
*Weizen	D.-Gr. 15,70	14,70	Kalbsteck	1,60	1,--
*Roggen	14,30	14,10	Hammeifisch	1,60	1,--
Butter-Gerste	13,30	12,70	Butter	2,00	2,--
Hofer gut	15,30	14,70	Eier	60 Stück	4,-- 2,20
mittel	14,00	14,10	Kartoffeln	1 kg	2,40 1,20
gering	14,--	13,50	Kale	1 kg	2,80 1,20
Richtstroh	4,16	3,96	Haber	1 kg	2,60 1,20
Heu	6,40	3,80	Gerste	1 kg	2,40 1,20
f) Erbsen	40,--	25,--	Barilke	1 kg	1,80 0,80
f) Speisebohnen	50,--	25,--	Schleie	1 kg	2,50 1,20
f) Linien	70,--	30,--	Fleie	1 kg	1,40 0,80
Kartoffeln, neue	8,--	4,--	Rebje	per Schock	12,-- 2,--
Kindfleisch, Neue 1 kg	1,60	1,20			
do. Rauch	1,20	1,--			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Kollerngesellschaft - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
f) Reichthumeldpreise.

Produktenmarkt vom 1. September. Die matten Tendenzberichte der Getreidebörsen Nordamerikas und gleiche Meldungen sonstiger Auslandsplätze hatten eine wesentliche Abwärtswendung des Getreidepreises zur Folge. Weizen, für welchen überdies noch die bedeutende Dynamie der hiesigen Lagerbestände veranschaulicht in Betracht kam, gab am Hpt. Markt bis 1 1/2 R. nach. Roggen, der für nahe Sichten seine letzten Preise behauptete, ging für spätere Lieferungsfristen 0,75—1 R. im Preise zurück. Am Getreidemarkte haben die vorwiegend festen Preise der letzten Zeit allmählich ein gefestigtes Angebot in neuer Ware vom Inlande herangezogen. Daraufhin lag der Markt heute im Preisverhandlungsschwäche, während sich das Vocogeschäft in aller Ware nach wie vor zu festen Preisen vollzieht. — Am Mittagsverehr zeigte sich Brotgetreide 0,25—0,75 R. erhöht. — Spiritus. Das Geschäft war nicht bedeutend, aber doch blieb die Tendenz fest, da Hamburg die Abhängigkeiten abgenommen hat. Für Hamburger Rechnung wurden 10 000 Liter 70er Loco mit 43,90 (+ 0,20) gehandelt. Termine freigen verändert ein und waren weiterhin auf steigenden Vocopreis befestigt.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 1. Septbr. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg Brutto inkl. End und Wehl 19,50 R. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg 19,50 R.

Witterungsüberblick vom 1. September 1899, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.
Bismarck	756	SW	3	Stb. bed.	15	Daparanda	756	NO	2	bedeckt	0
Hamburg	754	SW	3	4 Regen	14	Petersburg	757	NO	3	Stb. bed.	16
Berlin	757	SW	3	bedeckt	15	Port	757	NO	3	Stb. bed.	16
Breschaden	759	SW	3	bedeckt	16	Aberdeen	752	NO	3	Wolfig	13
München	763	SW	3	Wolfig	15	Paris	760	SW	3	Wolfig	15
Wien	761	SW	3	Owolkent	14						

VI. Wahlkreis und Reinickendorf!

Sonntag, den 3. September cr.:

Lassalle-Feier

arrangiert von den
Socialdemokraten des 6. Berliner Wahlkreises und Reinickendorf

in folgenden Lokalen:

- Mierkes Gesellschaftshaus, Schönhauser Allee 101/102.
- Jägerhaus, Schönhauser Allee 103/104.
- Zimmermanns Klubhaus, Badstr. 58.
- Marienbad, Badstr. 35/36.
- Wirtshaus am Brocken (Reinickendorf-West), Tegeler Chaussee (am Chausseehaus).
- Wobitzer Gesellschaftshaus (Peters), Alt-Roabit 80/81.

Konzert. — Gesangs-Aufführungen. — Vorträge. — Lebende Bilder.
Turnerische Aufführungen. — Volks- u. Kinderbelustigungen aller Art.

Alles Nähere die Programm. 220/1

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von nachmittags 2 Uhr zur Verfügung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Billets 20 Pf. — In den Sälen: Tanz.
Personen, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Um recht zahlreichen Besuch aller Genossen und Genossinnen bitten, da wir dieses Jahr das Fest besonders ausgestellt haben

Danksagung.

Sage hiermit allen Kollegen und Genossen für die reichen Blumen-spenden sowie die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines Bräutigams **Emil Kube** meinen herzlichsten Dank.
2331b
Die trauernde Braut **Martha Müller** nebst Familie Kube.

Außerordentliche Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Gelb- und Jungferher

findet am Sonntag, den 10. September cr., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Volter**, Jantelstr. 10, statt, wozu sämtliche Vertreter der Arbeitnehmer hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Abänderung der VIII. Abänderung zu § 14, Absatz 3.
2. Verschiedenes.

Berlin, den 31. August 1899.
2313b
Der Vorstand.

Arbeiter-Kadrijahrer-Verein „Berlin“.

Morgen 1/2 Uhr
Königsplatz nach Oberberg 1. W. (60 km.)
2 Uhr Königsplatz nach Bernau (21 Kilom.).
12/14
Donnerstag: Versammlung I, Wredensstraße 26.
Billets zum Stiftungsfest daselbst zu entnehmen.

Restaurant Kiekemal

bei Ravenstein, Bahnhofsstation Hirschgarten.
Sonntag, den 3. Sept.:
Gemütl. Beisammensein.
Kaffeeküche, 2 neue Regeldampfen, Musikspannung.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
2399d
Wilhelm Bräsewitz.

Mühlenstr. Nr. 8

nahe Oberbaum, Zehnfüßchem Bahnhof und Warschauerstraße, sind zum 1. Oktober noch 2 freundliche Wohnungen für 20 R. und 22 R. pro Monat zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Cohn**, Venzlerstr. 20—21, 1 Treppe:

Allgemeine Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission. 2. Beschlußfassung über die von den Berliner Klempnern aufzustellenden Lohnforderungen, sowie die weiteren Maßnahmen. Referent **Otto Näther**. 3. Verschiedenes. 113/14

Die außerordentlich wichtige Tagesordnung bedingt das Erscheinen aller Kollegen. Die Kommission hat sich der Aufgabe unterzogen, die aufzustellenden Forderungen zu prüfen und wird hierüber die Versammlung eingehend zu entscheiden haben. Kein Kollege darf deshalb in der Versammlung fehlen.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Unsere auf Dienstag, den 5. September, festgesetzte **Mitglieder-Versammlung** fällt aus. Die nächste Versammlung findet am 19. September statt. Die Billets von Sommerfest sind schleunigst abzurufen.

Billets zur Kunstausstellung der „Secession“ sind zum ermäßigten Preise von 35 Pf. im Bureau zu haben. 25/4

Achtung! Bantischler.

Sonntag, 3. September, mittags 1 Uhr, in Wittes Volksgarten, in Wilmersdorf:
Öffentliche Versammlung der Zahlstellen
Schöneberg, Charlottenburg, Steglitz und Wilmersdorf.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Ertragsverhältnisse durch die Lohnbewegung und wie erholten wir dieselben? Referent **Kollege Bloek**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen. 109/15

Der Einberufer: **Karl Meyer.**

Central-Verband der Elektro-Monteur und Berufsgenossen Deutschlands, Sektion I Berlin.

Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr, im Restaurant **Immendorf**, Zoppienstr. 5:

Sitzung.

Ausgabe der Statutenbücher. Aufnahme neuer Mitglieder.
205/17
Der Vorstand: **Fr. Abraham.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.

Berlins und Umgegend.
Sonntag, 3. September, nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Festsaal, Venzlerstraße Nr. 19/20 (kleiner Saal): 138/14

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Konstruktion der elektrischen Bogenlampen. Verschiedenes. Fragen. F. A.: Der Vorstand.

Öffentl. Versammlung sämtlicher Kleber Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 3. September, vormittags 11 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Das Erscheinen sämtlicher Kleber ist unbedingt notwendig.
2319b
Die Agitationskommission der Kleber.

Todesanzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hat besondern Weidung die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater u. Onkel, der Redacteur u. Stadtverordnete **August Jacobey** am 30. August, früh 12 1/2 Uhr, am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. Das Nähere wird in der Sonntagnummer bekanntgegeben. Um silles Beileid bitten

Wwe. Marie Jacobey und Kinder.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berlin. Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, das unser Mitglied, [247/20] der Redacteur u. Stadtverordnete **August Jacobey** am Mittwoch früh 12 1/2 Uhr am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. Das Nähere wird in der Sonntagnummer bekanntgegeben.

Ehre seinem Andenken!
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Allen Genossen und Genossinnen die traurige Nachricht, dass unser alter Freund und Genosse

August Jacobey

am 30. August plötzlich verstorben ist.

Einer der bravsten, aufopferungsfähigsten Genossen ist uns damit entrissen, der in selbstloser Weise seit langen Jahren für die Arbeiterschaft thätig war. Vor und während des Socialistengesetzes war er die Seele der Partei-Organisation im sechsten Kreis; in stiller Weise wirkte er unermüdet und trotz jeder Gefahr.

Ein ganzer Mann, ein guter Freund, ein braver Genosse, so wird er in unserem Andenken weiterleben.

Die Beerdigung findet am Sonntag früh nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde statt. — Das Nähere wird in der Sonntagnummer bekanntgegeben.

Um zahlreiche Beteiligung bitten

220/3
Die Vertrauensleute.

Achtung, Bildhauer!

Sonntag, den 3. September, abends 7 Uhr:
Öffentliche Versammlung in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Curt Freudenberg** über: „Alkoholismus.“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Um zahlreiches Erscheinen, auch der weiblichen Angehörigen, ersucht
Der Vertrauensmann: **Otto Krippahlo.**

NB. Nächste Woche: Versammlung betreffs Beschlußfassung über eine event. Lohnbewegung. Näheres Dienstag im „Vorwärts“.
20/19

Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen werden ersucht, heute Abend in folgenden Zahlstellen ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen.

Reichhoffer, Köpenickerstr. 20, bei Köhn. **Friedrichsbergerstr. 11**, bei Urban.
Rixdorf, Hermannstr. 197, bei **Swinemünderstr. 26**, bei Gölke.
Babenschneider, **Oxantstr. 197**, bei Mohr, Amt IVa, Nr. 6082.
Friedrichsberg, **Friedrichsstr. 11**, bei Helmcke.
Berlin: **Koppenstr. 42**, bei Herold.
R. 3760.

Nur in den letzten drei Zahlstellen befindet sich unser unentgeltlicher Arbeitsnachweis. — Die Mitglieder, welche ihre Mitgliedsbücher von der Sommerparthe bis heute nicht zurückgegeben haben, werden nicht mehr berücksichtigt. 147/7

Montagabend 8 1/2 Uhr, in **Rixdorf**, Hermann-Str. 197:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Unsere Forderung von 1896 und wie können wir die jetzige Geschäftslage ausnutzen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest am 7. Oktober in Reifers Festsaal, Köpenickerstr. 29.
Der Vorstand.

Berein der Leitergerüstbauer

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 3. September, vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn **Jubel**, Lindenstraße 106:

Versammlung.

Bitte die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 208/18

Möbel und Polsterwaren.

Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [243/2]*
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.

46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Reise, den 31. August.

Vormittags wurde die letzte geschlossene Generalversammlung eröffnet.

Auf Antrag des Generalsekretärs Dr. Pieper-M. Gladbach gelangten darauf folgende Erklärungen zur Annahme:

a) Die Generalversammlung erneuert die Mahnung: Gründet überall katholische Arbeitervereine! — und betont die Notwendigkeit, insbesondere auch die wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes wahrzunehmen und zu diesem Zwecke die auf christlicher Grundlage aufgebaute Gewerkschaftsbewegung zu fördern; die Generalversammlung erkennt in den christlichen Gewerkschaften nicht einen Ersatz der professionellen Arbeitervereine, sondern eine notwendige Ergänzung derselben und hält die möglichst baldige Durchführung christlicher Gewerkschaften für ein wesentliches Mittel zum sozialen Frieden.

b) Die Generalversammlung fordert im Namen des Christentums und der Humanität mögliche Beschränkung und Beseitigung der Beschäftigung von verheirateten Frauen und mögliche Durchföhrung und Erweiterung der Schutzbestimmungen für Kinder im Fabrikbetriebe.

c) Die Generalversammlung betrachtet es als eine höchwichtige Aufgabe, auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sowohl der alleinlebenden Arbeiter und Arbeiterinnen, als auch der Arbeiterfamilien erhöhten Bedacht zu nehmen und weist besonders auf entsprechende Gekörze und gemeinnützige Vereinigungen hin.

d) Die Generalversammlung dankt der Centralfraktion für die nachdrückliche und umsichtige Vertretung der berechtigten Interessen aller Berufsstände und erhofft deren ununterbrochenes Fortschreiten auf dieser Bahn.

Dr. Pieper empfiehlt ferner die Annahme folgenden Antrages:

a) Der Bauernstand als der älteste und grundlegende Stand der Gesellschaft, durchdrungen von christlich-konservativer Gesinnung, verdient als einer der Hauptträger der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung die umsichtigste Aufmerksamkeit und Fürsorge. Von jeher hat die vollständige Vertretung der Katholiken Deutschlands ihre volle Thätigkeit den Interessen der Landwirtschaft gewidmet und durch ihre anregende und ausschlaggebende gesetzgeberische Arbeit das Gedeihen derselben gefördert. Für diese erfolgreiche Thätigkeit spricht die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands der Centralpartei ihre volle Anerkennung und ihren aufrichtigen Dank aus. Ingleich erachtet sie es als dringendste Notwendigkeit, daß auch in Zukunft auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung alle jene Maßregeln ergriffen werden, die nach objektiver sachkundiger Beurteilung geeignet erscheinen, die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft zu erleichtern und den Bauernstand in jeder Beziehung zu heben und zu fördern.

b) Da von Seiten des Staates eine allgemeine Befreiung des landwirtschaftlichen Notstandes nicht erwartet werden kann, inwiefern einerseits die Möglichkeit hierzu ausgeschlossen erscheint und andererseits dadurch Eingriffe in die persönliche wirtschaftliche Freiheit des einzelnen kaum zu vermeiden wären, ist es erforderlich, daß von

Seiten der Landwirte die Mittel der Selbsthilfe nicht vernachlässigt werden. Als lohnreiche Einrichtungen haben sich die Bauernvereine und ländlichen Genossenschaften, insbesondere die Raiffeisenschen Darlehnskassen seit Jahren erwiesen.

Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt daher wiederholt auf das dringendste die Gründung von Bauernvereinen und Darlehnskassen im allgemeinen. Im besonderen legt sie den Landwirten der Provinz Schlesien den Anschluß an den Schlesischen Bauernverein und dessen Wirtschaftsgenossenschaft ans Herz, um diese vortrefflich wirkenden Einrichtungen noch kräftiger und lohnreicher zu gestalten. Dazu richtet sie an alle, die an dem Wohl und Hebe der Landwirtschaft Anteil nehmen, besonders an den hochw. Klerus des Erzbischofs, die Ausbreitung der Darlehnskassen zu fördern, ihre Gründung anzuregen und ihre Leitung in die Hand zu nehmen.

c) Eine der drängendsten Uebelstände im landwirtschaftlichen Betriebe ist der Mangel an Arbeitern und Dienstboten. Dieser Uebelstand wird häufig noch gesteigert durch das gegenseitige Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter.

Aus diesem Grunde empfiehlt die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands die Gründung von Vereinen für ländliche Arbeiter und Dienstboten auf christlicher Grundlage.

Als Aufgabe dieser Vereine erachtet sie die Belehrung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten über die Vorteile der ländlichen vor der industriellen Arbeit, den Vortzug des Aufenthaltes auf dem Lande vor dem in der Stadt und nicht zuletzt die stitliche und religiöse Hebung der Mitglieder usw.

Durch solche Vereine wird ein fester Damm um den Kreis der ländlichen Arbeiter gezogen werden, der geeignet ist, die Gefahren der Socialdemokratie von dem empfänglichsten Teile der ländlichen Bevölkerung fernzuhalten.

Im eigentlichen Interesse der ländlichen Besitzer richtet die Generalversammlung an diese die Mahnung, derartigen Bestrebungen nicht mit Mißtrauen entgegenzutreten, sondern selbst die Hand hierzu zu bieten, um dadurch die Beschäftigung und Verebelung des ländlichen Arbeiterstandes, soweit es in der Macht solcher Vereine steht, zu fördern.

Im weiteren ergange noch folgende Erklärung zur Annahme: Wie die Frauenfrage im allgemeinen, so ist sie von besonderer Wichtigkeit für den Landwirt. Hängt doch von der Führung des Haushaltes gar oft das Wohl und Hebe der Hausbewohner ab. Um die Töchter der Landwirte zu verlässigen, tüchtigen, christlichen Hausfrauen vorzubilden, sind von verschiedenen Seiten ländliche Haushaltungsschulen auf christlicher Grundlage gegründet worden.

Die Generalversammlung empfiehlt die Schulen auf wärmste den Landwirten, um ihren Töchtern eine standesgemäße Ausbildung zu teil werden zu lassen. Den Besuchern der Generalversammlung bietet sich Gelegenheit, eine solche vom Schlesischen Bauernverein angelegte Schule in dem von den Frauen Schwestern der heiligen Elisabeth geleiteten St. Georgs-Stift, Reife-Ober-Mährenstraße, kennen zu lernen.

Auf Befürwortung des Abg. Rechtsanwalts Dr. Bachem-Röh wurde endlich noch eine Erklärung angenommen, in welcher die Förderung der christlichen Kunst und der Anschluß an den Albert-Dürer-Verein empfohlen wird.

Abg. Dr. Gille-Berlin ersucht, für das Jahr 1901 Berlin als Abhaltungsort der Generalversammlung in Aussicht zu nehmen.

Baumgarten-München: Berlin eigene sich überhaupt nicht als Kongreßstadt. In Berlin gebe es soviel zu sehen, daß es zweifelhaft erscheine, ob die Versammlungen dort gut bejudet, ja ob die Teilnehmer der Generalversammlung überhaupt zusammengehalten sein würden. Wenn die Generalversammlung in Berlin nur ein kleines Plätzchen erhalte, so wäre das sehr zu bedauern. Bedeutend mehr eigene sich Bonn, wovon man auch im nächsten Jahre die beste Gelegenheit habe, nach Paris zur Weltausstellung zu fahren.

Es wurde schließlich fast einstimmig Bonn als Abhaltungsort der Generalversammlung für das Jahr 1900 gewählt.

Gegen 10 1/2 Uhr vormittags wurde die letzte öffentliche Generalversammlung eröffnet.

Geistlicher Rat Dr. Lorenz Berthmann (Freiburg i. B.) sprach hierauf über den katholischen Charitasverband.

Darauf sprach Vater Köstlin (Tirol) über die Frauenfrage.

Wenn man sage: die Frau gehört ins Haus, so werden die Frauen sagen: auch die Männer gehören ins Haus, wenigstens zu rechter Zeit. (Gelächel). Der Redner führte im weiteren aus, daß der Grundlag: die Frau habe ihren Beruf verfehlt, wenn sie auf die Ehe freiwillig verzichtet oder auch verzichtet müsse, eine sociale und religiöse Forderung sei. Es gebe zwei Willkürigen Frauen, die nicht unter die Hände kommen könnten. Ein sehr wesentlicher Uebelstand sei, daß die jungen Kaufleute kaum noch eine Stellung erlangen können, da Tausende von Mädchen Lednerinnen werden. Schuld hieran haben in erster Reihe die Männer, die in den Reihen des Liberalismus der Gewerbefreiheit zugestimmt haben. Die Frauen werden deshalb nur den Männern vorgezogen, weil sie mit einem niedrigeren Lohne zufrieden seien. Der Staat mache es ähnlich wie die Kaufleute. Auf den Post-, Telegraphen-, Telephonanten usw. werden vielfach Frauen der niedrigen Löhne wegen angestellt. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, den Frauen bei gleichen Leistungen die gleichen Löhne zu geben. Der Redner beklagte es ferner als notwendig, die jungen Mädchen weniger zum Romanlesen und mehr zu praktischen Hausarbeiten zu erziehen und sie auch zum Studium der socialen Frage anhalten. Der Sieg werde auch in dieser Beziehung auf Seiten der katholischen Kirche sein. (Ständiger Beifall).

Der Präsident, Reichsgerichtsrat Dr. Spahn-Leipzig, gab hierauf einen Rückblick auf die Verhandlungen und bezeugte es als notwendig, daß die Katholiken der ganzen Welt fort und fort verlangen, daß dem heiligen Vater die volle weltliche Souveränität, unabhängig von jedem Staate, gewährt werde. Das Centrum habe wieder einen vollen Sieg errungen. Vom reichen Fabrikbesitzer und Kommerzienrat bis zum einfachen Arbeiter und Handwerker, vom höchsten Landwirt bis zum Hülfskommunikationsbesitzer, ja bis zum Arbeiter sei in voller Einigkeit zusammengewirkt worden, um die Generalversammlung zu einer gelungeneren zu machen. Ja wir haben, um mit der „Katholischen Zeitung“ zu reden, gezeigt, daß wir eine Macht sind und daß wir nicht dumme sind. (Beifall und Gelächel).

Seelachs pro Pfund 18 Pfennig. im Ausschnitt 25 Pf. pro Pfd. Schellfische pro Pfd. 15-25 Pf. Cabliau pro Pfd. 20-25 Pf. sowie Knurrhahn, Seehecht, Rotzungen, Heilbutt, Scholle etc. Ferner: Geräucherte und marinierte Seefische ebenfalls billig, empfohlen die Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.

C. Joëls Victoria-Garten 50., Köpnicke Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden. Haltehalle der Elektrischen Eisenbahnen (Ziemen & Salfer); von der Großen Berliner Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn-Station Treptow 2 Minuten entfernt.

Wo? beim alten Freund. Neue maltsche Dampf-Kegelstille. Paul Hilberts Restaurant und Garten, Halensee, Kurfürstendamm 126. Erste Haltestation für Kremser, Kasparsen usw. am Bahnhof Halensee. Zahlreichem Besuch entgegengehend.

Pferdebucht. Hierdurch teile ich sämtlichen Besuchern mit, daß ich das „Restaurant zur Pferdeucht“ pachweise übernommen habe. Es wird mein größtes Bestreben sein, die mich Besuchenden aufs angenehmste und zuprommendste zu bedienen. Gustav Lüdicke.

Treptow. Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstraße. Sonntags, den 3. September 1899. Letzte diesjährige Dampfer-Extrafahrten. 1. Nach Hessewinkel mit Mühl und Lauj. 2. Nach Neue Mühle und Teupitz (Tornow's Idylle).

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181. Constante H. & M. Lewent.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. (Del Einnahme von 6 bis 26 Mt.) 4 Mt. 50

Baer Sohn. En gros, Export. En detail. Berlin N., Scharfstr. 21a, Bräudenstr. 11. Gr. Hauptstr. 16.

Neu! Neu! Panfaren-Harmonika neuartige Dugharmonika. mit 8 Reihen brillanter Trommeln, Claviatur-Gesetz mit 16 Fingern und 2 Stroben, 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Saffen, 2 Register, Claviatur-Driff mit garantierter unzerbrechlicher Chiral-Verriegelung D. R. G. M. Nr. 47463, 2 Doppelrollen mit Beschlag und Inbaltzer, Valgaltenderen mit Metallrollen, Druck doppelstimmig (2 malig) C-clef, Größe 35 cm. Preis billig durch den großen Umsatz auf nur 5 Mark.

Her Stuch. Dieses Patent Harmonika mit seiner Metall-Claviatur, ist von anderer Seite angeordnet, und nur 5 Mark. 3 achte Harmonika, vorzügliche Qualität, 2 achte Register, Contrabässe nur 6 Mark. 4 achte Harmonika, 3 achte Register, harmonisierter Ton nur 8 Mark. 6 achte Harmonika-Claviatur, 6 achte Register 12 Mark. 8 achte Register, Instrument mit 10 Tasten, 4 Contrabässen, herrliche Contrabässe nur 10 Mark, mit 12 Tasten 10 1/2 Mark. 2 Doppelrollen und Selbstreinigungsmittel gratis. Glorietitel mit neuem, scharfem Metall N. G. M. Nr. 85328 nur 30 Pf. extra. Keine Instrumente sind so leicht und leicht zu handhaben, sich nicht nur 4 Wochen, sondern jahrelang. Preisliste über Harmonika-Regalisten gratis und franco. Wenn Besuche nicht bei mir finden können, sondern faule direkt bei Heinrich Suhr, Musikinstrumenten-Fabrik Neuenrade (Westfalen), nachweisbar alleinst. und größtes Fabrik-Instrumenten-Geschäft am Platze.

Kinderwagen, Puppen, Sportwagen, Roller, u. dergleichen. C. Streichhan, Besitzer des Kaiserhof's Copenick.

Effet Nordsee's Fischrolelletts (gebraten und mariniert). Es ist die dampfsichere „Gelelligkeit“ Nordsee. Nicht nur die billigste, sondern auch die beste und auferst schmackhafte tafelfertige Delikatesse, die auf keiner Tafel fehlen dürfte. Die 17 Pfund-Dose kostet 3.00 M., die 8 Pfund-Dose 2.00 M., die 4 Pfund-Dose 1.25 M., pro Pfund 40 Pf. Diese Delikatesse ist in allen bekannten feinen Verkaufsstellen (Saupt-Verkaufsstelle: Bahnhof-Börse, Bogen 9-10) Kuffel.

Elektrotechnik. Neuer Abendkursus der Elektra. Dienstag, den 5. September, 8 Uhr abends für Elektrmontage, Inskaltation und Maschinenfach. Sorgfältige Lehrmethode, glänzende Resultate (seit November 700 Schüler). — Praktische Ausbildung. — Diplomierte. — Erlaubnisnachweis. — Anmeldungen persönlich, auch Sonntags bis 1 Uhr. Prinzenstrasse No. 55. — Prospekt gratis und franco.

Hüte, Schirme. Gemähre den Genossen bei Vorgezogen dieser Annonce 5 Mt. 246394. Otto Gerholdt, 2 Dresdenstr. 2, Ecke Stallgerstraße. Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4, Kottb. Th. Bitte genau auf die Firma zu achten. Herren- u. Konfirmandenhüte, 1 Mark, nur neue moderne Sachen. Prima Qualität 1.50 und 2.- Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk. Gutfabrik-Comptoir früher Barnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Herren- u. Knaben-Garderoben eigene Fabrikation, in modernster u. gebienger Arbeit, von nur besten Stoffen. Einsegnungs-Anzüge, nur beste Qualität, in größter Auswahl zu billigen Preisen empfohlen. 243602. Joseph & Bendit, Badstr. 38/39, Berlin N. Badstr. 38/39. Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-Kleidung: Blau Koper-Jacken Nr. 1.05, steigend je nach Größe um 10 Pf. Blau Koper-Hosen, in allen Größen, Nr. 1.05. Arbeiterhemden, Wästen, Wästel u. Mäntelhemden. D. Wurzel & Co., Wangelstr. 17.

Hans Kayser, Württ. Bahnhof, Plat. 8. Billige Preisquelle für Press- u. Steinkohlen. Empfehle Freunden und Bekannten mein Wein u. Bier. Reinhold Streit, Kirchstr. 22, früh, Rammstr. 80. 230012. Nonnenbergs Restaurant Treptow, Parkstrasse. Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: Ball. 238852. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 2. September.
Opernhaus. Häsel und Gretel. Die Puppen. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königs-Theater (Krahl). Die Fiedermans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Phleggie auf Tauris. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Genossin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. König Heinrich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Rivalo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schlafwagen. Compteur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Witten. Der Mikado. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Der Heiratsmarkt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Gerninal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.
Cicend. Die Kubanerin. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Bunte Kreise. Vorher: Als Feil! Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin laßt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle-Miance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
De Haskalen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Anfallsstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Zaubers. 18/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Akte von W. Goethe.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Montag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.

Friedrich-Wilhelm-Theater
Chausseestr. 25/26.
Nur noch 4 Aufführungen!
Abends 8 Uhr: Zum 28. Male:
Gerninal oder: Der Streif der Bergarbeiter.
Sensationsstück in 6 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola.
Vorher, Sonntag nachmittags 4 Uhr bei H. Prell: Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebens.
In Vorbereitung: Die Reise nach der Teufelsinsel. Burleske mit Gesang und Tanz in 5 Akten.
Im Friedrich-Wilhelm-Konzertpark: Georgette mit ihren drei Liebhabern. Pariser Burleske-Pantomime. Außerdem 20 Spezialitäten. Entree 30 Pf.

Central-Theater
Direktion: José Foronzy.
- Lustspiel-Ensemble. -
Wegen Vorbereitung der Operetten Saison nur noch diese Woche!
Der Heiratsmarkt.
Schwan in 3 Akten v. G. Ofenstokk. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Öfend-Garl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nur noch kurze Zeit.
Die Kubanerin.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit. In Vorbereitung: Um tausend Mark. Volksstück von Buchholz und Jella.
Im Garten: Benefiz für das Hauspersonal. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Freitag, den 1. September 1899:
Jane Pieray.
Alicc Bonheur.
12 sensationelle Debüts.
Um 8 1/2 Uhr:
Berlin laßt!
2 große Balletts.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Das Hausen ist in allen Räumen des Theaters gestattet.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72-73.
Telephon: Amt IVa No. 6440.
Eröffnungs-Vorstellung am 9. September.
Novität! Der Novität! Blatzmajor.
Gesangsposse in 3 Akten von Jean Ren und Alfred Schönfeld. Musik von Gustav Wanda.
Hauptrollen: Emil Thomas, Guido Thielsch, Fritz Holmöring, Hans Junkermann, Gerda Walde, Margarete Arasop, Johanna Junkerschütz.
Neue Ausstattung.
Vor der Vorstellung:
Konzert der Theater-Kapelle im Tunnel.
Billet-Bestellungen im Theaterbureau. Vorverkauf an der Tageskasse 10 bis 2 vormittags und 5 bis 7 nachmittags.

Victoria-Brauerei
Löhovstr. 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger.
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorvert. 10 Pf. Familienbillets 3 = 1 Pf.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wesel, Vieiro, Britton, Ziel, Krone, Riechmayer, Schneider und Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Rum. Balken 75 Pf. Balkonloge 1 R. Orchester-Loge 1,50 R. Fremdenloge 2 R.
Jeden Freitag: Neues Programm. Tageskasse 11-1.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen lebenden Photographien! in Lebensgröße.
Die russische „Mignon“ Damenkapelle in moskowitzischen Kostümen. Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtjäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntag: Großer Ball im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wesel, Vieiro, Britton, Ziel, Krone, Riechmayer, Schneider und Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Rum. Balken 75 Pf. Balkonloge 1 R. Orchester-Loge 1,50 R. Fremdenloge 2 R.
Jeden Freitag: Neues Programm. Tageskasse 11-1.

Alcazar-Theater
Variété 1. Rang.
Dresdenerstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. (23882*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

W. Noacks Theater,
Brunnenstr. 16.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Nachtlager in der Jungfernhöhe.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Robert Lindber. Musik von Michaelis.
Berliner Leben.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerike. Musik von Schmidt. Im Saal: Tanzkränzchen.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Der Herzverführer.
Operette in 1 Akt v. Leopold Ely. Brothors Rung. Frères Alexandr. Franziska Heid. Eise Messer. Trude Bürgel. Gustav Eulenburg. Paul Frey etc.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Palast-Theater
früher Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Wiederholung der phänomenalen **Eröffnungs-Vorstellung** in den durchweg wunderbar renovierten **Riesen-Prachtträumen.**
Ren! Novität! Ren!
Sprey-Löffchen!
Berliner Original-Posse in 2 Akten.
Hauptrollen:
Erdmann, Rentier, Rich. Winkler, Derzhin, Gerichtsvolksglieder.
Bilg. Fröbel.
Helene Hof.
[27282*]
Grosses Spezialitäten-Programm.
Sensationsnummer:
Das lebende Karussell.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Kasseneröffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Vorverkauf vorm. u. 11-1 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 2a.
Täglich außer Sonnabends:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree: **Tanz-Kränzchen.**
Öfend-Oberjöhneweide.
Restaurant Sportsbau.
Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal, Garten, Regeld. u. Kasset. Dobslaw.

Victoria-Theater
C. Alexandrostr. 40. Fern. VII 1711.
Direkt.: V. Bauzonncin u. C. Emmerich.
Eröffnungs-Vorstellung am 9. Septemb.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität: Die weisse Henne. Novität! (La poule blanche).
Bauzeville in 3 Akten von Hennequin und Mars. Deutsch u. Hollen-Bieder. Musik u. H. Roger. Im Parterre mit Sensat. Erfolge über 500 Mal gegeben.

Apollo-Theater.
Eröffnung der Winter-Saison!
Zum erstenmale in Berlin!
Mlle. Paulette Darty.
Yumata Tiero.
The Blossoms.
Prolongiert. **Otto Reutter.** Prolongiert.
Um 9 Uhr:
Frau Luna.
Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Bolton-Saekers. Musik v. Paul Linck.
Das fliegende Luftballet:
Grigolatis.
Klown Hibbob, Henry Kaiser, Jongleur
etc. etc. etc. etc.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim Künstlerdank. Unter den Linden 60.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Kritische Leitung: Paul Milbly.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Viederfänger), Ernst Kühno (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Kohlen- u. Soubrette), Charles Gilton (Equilibrist), The Original Secars (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Häschen, Les Figaros (Instrumentalisten).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. | Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. | Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. | Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Feiertagen: Großer Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet. **Max Kliem.**

Prater-Theater
Rahmstr. 7/9.
Täglich: **In Freud und Leid.**
Bolschä mit Gesang und Tanz von Hugo Schulz. Musik von A. Kerben. Kollimondrette Fröbel, Lucie Sarow, Gebr. Milano, Graf. Duett. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristisches Bilderbuch. Little Parkins und Miss Lizze, Musikal. Concentric. Vondaro-Trio, Exerzieren am Hand-Trapez.
Konzert und Ball.
Eintritt Sonntags und wochentags 30 Pf. num. Platz 50 Pf. Kabbe.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Nüderdorfer Straße 71, am Rühriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

W. Noacks Festsäle,
Brunnenstr. 16.
Empfehle meine neu renovierten Säle Vereinen und Gesellschaften unter vollständigsten Bedingungen.
Auch sind noch einige **Sonnabende** frei. 2073b

Untenbrinks Tanz-Institut.
Frankfurterstr. 58. [23432*]
Sonntag, 8. Sept., beginnt der erste Tanzkursus in der Saison. Empfehle meinen Saal mit Theaterbühne, sowie grobe und kleine Vereinszimmer zu Gesellschaften und Besammlungen.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Ein seit 9 Jahren bestehendes Materialgeschäft mit Holz, Holz etc. ist umständlicher sofort billig zu verkaufen. Blauer, Gutsbergstr. 1, Charlottenburg. 224*
Wardrobezimmer. Große Frankfurterstr. 9, parterre. 144*
Nachbaumöbel. ganze Wirtshaus, wegen Wegzugs (spottbillig) Waldemarstr. 98, I. Unt. 90K*
Betten. Steppdecken, Gardinen spottbillig. Handleihe, Reanderstr. 6. 99/19*
Leppiche. Portieren, Tischdecken, spottbillig. Handleihe, Reanderstr. 6. 99/19*
Reumonturieren. Regulatoren, Operngläser spottbillig. Handleihe, Reanderstr. 6. 99/19*
Strickmaschinen. jedes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Heederer, Engel-Ufer 20. 113*
Kantinen und Meerweinchen verkauft Hermann, Adlershof, Gadenbergstr. 6. 20036
Möbel. bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Gef. Adlershofgraben. 1378*
Wegen Räumung meines Geschäftslotals am 15. September verkaufe spottbillig komplette Wirtshäuser, ebenso einzelne Möbel, gebraucht und neu. Wunderliche Kücheln, Tische, und Stofftische, Säulenstühle, Säulenstühle 48, Tischspindeln, Tischspindeln 18. Alle Arten Küchenmöbel. Ortschaft, Mariannenstr. 7. 1368*
Obst. Gemüse, Holz, Mehl- und Brot-Geschäft umständlicher billig zu verkaufen. Gadenbergstr. 23, Reacht. 712***Zahngeschäft.** billig, verkauft mit sämtlichen Rädchen. Röhrens Schlegelstr. 32, Grüntraumfeller.

Mischgeschäfte mit Holz, Portierstühle, passend für Anfänger, veräußert Adlershofgraben 2. 2321b
Wirtschaft. Nachbau spottbillig, auch einzeln. Gartenstr. 32A, I. Unt. 2321b
Bauwerke. 18 Meter langer, einseitig von der Landstraße, 6 Minuten von der Bahn, umständlicher 1500 R. Hoer, Restaurant Pankaschhofen, Bernauer Str. 2326b
Berlinerstr. superbillig, 85 Mark, Gipsstr. 5, III. geraden. 76/1*
Herrenrad. neu, verkauft spottbillig. Neue Königstr. 22, Hof 1 Treppe rechts. 146/11*
Halbrenner. nach neu, verkauft billig. Müller, Vorjüngstr. 31. 147
Grünbaum-Geschäft. verbunden mit Kolonialwaren, sofort oder Oktober veräußert. Stalgerstr. 22. 171
Fahrräder. erstklassige Marken, 2 Jahre Garantie. Gefährte Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzahlungen gestattet. Tandems und Einzelräder werden veräußert. Karl Fischer, Weißbierstr. 9. 1292*
Uhrreparatur. spottbillig, Stalgerstr. 128 parterre. 1178***Goldwaren-Kaufmann.** spottbillig, Stalgerstr. 128 parterre. 1178*

Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Neuer Abendkursus, 6. September. Keine Barzahlung. Vorzügliche Lehrmethode, ständige Resonanz. Zeugnis. Stellennachweis. Bedeutende Zukunft für alle Branchen, namentlich Metallgewerbe. Anmeldung persönlich, auch Sonntagvormittags. Jassen, Alte Jakobstr. 24. 2293b
Gebrauchte Möbel samt Bazar, Anklamerstr. 20. 2290b
Bereitschamer. 40 Personen saugend, frei. Gustav Ladeberg, Rommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstr. 1328*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Verteiger. 28 Jahre, guter Redner, bereits 2 Jahre verantwortlicher Redakteur, sucht sofort, auch zur Ausübung, ähnliche Stellung. Offerten Expedition des „Vormärts“ S. 2. 2322b
Blinder Stuhlreiter bittet um Stühle zum Stehen. Sie werden abgegeben und zurückgeliefert. Briefchen erbitte Reibstr. 40, Quergebäude 3 Treppen. Gläser. 2333b
Stellengebote.
Tüchtige Weißbrotbäcker sucht gegen hohen Verdienst. Ad. Bollmerhand, Weißbrotfabrik, Hagen I. B.
Tüchtige Sattler auf Hand- und Holzstühle gesucht von J. Strubel, Reibstr. 40, Quergebäude 3 Treppen. Gläser. 2333b
Schmiedelehrer verlangt. Adlerstr. 49. 2317b
Kapazierlehrling verlangt. Adlerstr. 190. 2301b
Tüchtigen Blechpanner verlangt. Weißbrotfabrik P. Hagen, C. Weinmeisterstr. 14. 147
Frontenpauer verlangt. Adalbertstr. 94. 170
Annahmer. selbständig, für dauernd sofort verlangt. Veitshardt u. Co., Niederkirchstr. 15. 2332b
Korbmacher auf Munitionstische verlangt. Robert Schmidt u. Co., Krautstr. 6. 2329b
Korbmacher. 20 tüchtige, auf Munitionstische (Lohn 1,80 Mark pro Stuch) verlangt. sofort. Birne u. Birwalde, Spandau. 2325b
Klempner. verlangt. Spiegelstr. 14, Mühlentstr. 69a. 2327b

Vermietungen.
Schlafstellen.
Schlafstelle für 2 Herren zu vermieten bei Mühlent, Oranienstr. 204, neben 4 Treppen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wengels, Frankstr. 30, D
E. Vogel Wwe., Köpenicker 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 44.
Nordosten:
J. Reul, Bernauerstr. 42.
Norden:
D. Gahmann, Grünholzerstr. 65.
Karl Wars, Rahmstr. 95/96.
Emil Stolzenberg, Wiesenstr. 14.
V. Dehann, Ruhelagerstr. 24.
G. Vogel, Dammstr. 32.
K. Ties, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidstr. 8.
Südwesten:
H. Schneider, Bergmannstr. 23, G. II
H. Schürer, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Baake, Dresdenstr. 62/63.
J. Gutschmidt, Reibstr. 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Stalgerstr. 35.
W. Geise, Wangelstr. 58.
Martin Weich, Adalbertstr. 24.
Centrum:
Gust. 27.
Charlottenburg:
Gust. Schanzberg, Schillerstr. 94 I.
H. Ties, Reibstr. 37b.
Friedrich:
G. Bernier, Reibstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Rapp, Reibstr. 4.
Pankow:
Kaiser Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
G. Oetmann, Grotz 6.
G. Reheran, Bernauerstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumer, Kottbuserstr. 13
Weissensee:
Georg Bachmann, Reibstr. 1.
Julius Schiller, Königshausstr. 39a.
Hob. Viehwagner, Gutsbergstr. 16.